Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Sechsundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 80.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1⅙ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Montag, 17. Februar

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Eine neue Beweisschrift, daß von der kgl. Staatsregierung die Provinz Posen nicht in dem Maße gefördert wird wie andere Provinzen.

In der hiesigen Stadtverordnetensitzung am 29. Januar wurde in Angelegenheit der Eisenbahn-Anleihe bekanntlich nicht nur eine Petition an das Abgeordnetenhaus angenommen, sondern noch beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, auch an das Staatsministerium eine Eingabe zu richten. Zur Ausarbeitung derselben wurde Herr Kommerzienrath B. Jaffé gewählt und hat derselbe in voriger Woche sein Elaborat abgeliefert, so daß die Petition bereits abgesandt werden konnte. Der Magistrat hat beide Petitionen drucken lassen, da sie an die einzelnen Mitglieder des Abgeordnetenhauses vertheilt werden sollen.

Wir haben die Petition an das Abgeordnetenhaus bereits in unserer Hauptnummer vom 30. Januar mitgetheilt, und sind jetzt in der Lage auch die an den Handelsminister gerichtete Schrift mitzutheilen. Es ist dies eine gediegene und eingehende Auseinandersetzung, welche die Zurücksetzung der Provinz Posen unwiderleglich darthut. Besonders machen wir auf den Umstand aufmerksam, daß die Regierung seit 20 Jahren auch nicht eine Meile Staatsbahnen in Posen gebaut hat — ein würdiges Seitenstück zu unsern armseligen 93 Meilen Staatschausseen.

Die Petition lautet:

Mittelst Vorlage vom 18. Dezember v. J. ist seitens des königlichen Staats-Ministeriums von dem Landtage die Bewilligung zur Aufnahme einer Anleihe von 120 Millionen Thalern für den Bau einer Berlin mit Metz verbindenden Eisenbahn, für eine Bahn von Hannover nach Harburg, für den Ausbau des mitteldeutschen Staatsbahn-Netzes und der berliner Verbindungsbahn beansprucht. Motivirt wird diese Forderung, soweit der gedruckte Erläuterungsbericht und die in den Kommissions-Sitzungen ertheilten Aufschlüsse ergeben, theilweise für die Linie ad 1 durch militärische Rücksichten, sodann aber durch das Erforderniß, feste Hand innerhalb des mächtig gewordenen Gefüges der großen Privat-Bahn-Unternehmungen zu gewinnen; endlich tritt deutlich erkennbar der fernere leitende Gedanke hervor, daß in umfassenderer Weise als bisher zum Staats-Eisenbahnbau übergegangen und mit diesem das Mittel größerer wirthschaftlicher Fortentwickelung auch für Landestheile, denen es bisher an der Wohlthat von Eisenbahn-Verbindungen verhältnißmäßig am meisten fehlt, geschaffen werden möge. Das erste dieser Motive entzieht sich unserer Beurtheilung; hinsichts des zweiten darf darauf hingewiesen werden, daß regierungsseits in vielfältigen Erklärungen die Ansicht ausgesprochen worden ist, es sei in den das Eisenbahnwesen behandelnden Bestimmungen der Reichsverfassung und in der Einsetzung einer Eisenbahn-Central-Behörde der Schutz geboten gegen Beeinträchtigung des öffentlichen Verkehrsinteresses Seitens der Privatbahnen. Das energische Fortschreiten im Bauen von Eisenbahnen durch den Staat begrüßen auch wir, insbesondere in Würdigung der Zielpunkte, welche hinsichts der verkehrsärmeren Provinzen in Aussicht genommen, auf das Freudigste. Leider aber sind wir vor die Thatsache gestellt, daß gerade die hierbei in Rücksicht kommenden nordöstlichen Staatsgebiete von den Segnungen der Vorlage ganz ausgeschlossen bleiben. Diese Segnungen kommen vielmehr ausschlieslich und allein den mit Bahnen reichlich ausgestatteten Provinzen des Westens zu Gute.

Insbesondere ist es unsere Provinz und Stadt, die unter dieser Sachlage mehr als jede andere leidet.

Es sei uns gestattet, mit einigen Nachweisen diese Behauptung zu rechtfertigen.

In dem Zeitraume von 1860 bis Ende 1871 wuchs die Kilometer-Zahl der Bahnen

in der Provinz Posen	von 385 Kilm.	auf 541 Kilm.,	
" " " Preußen	" 455 "	" 1110 "	
" " " Pommern	" 281 "	" 580 "	

Um einen sehr erheblichen Prozentsatz war also Ende 1871 die Provinz Posen hierbei zurückgeblieben, ein Prozentsatz, welcher seitdem in Folge der 1872 in den drei Provinzen vorgenommenen Bahnbauten nicht günstiger für unsere Provinz sich gestellt hat. Zwar kam, auf den Flächeninhalt der drei Provinzen übertragen, bei Schluß des Jahres 1871 für jede der drei Provinzen ziemlich 1 Kilometer Eisenbahn pro Quadratmeile. Gleichwohl steht die Provinz Posen in diesem Verhältnisse sehr benachtheiligt da, wenn, was erforderlich, auch die Bevölkerungs-Ziffer der Berechnung zu Grunde gelegt wird.

Bei Schluß des Jahres 1871 kam 1 Kilometer Bahnlinie in

Posen	auf 2927	Einwohner
" Preußen	" 2826	"
" Pommern	" 2468	"

während im Jahre 1860 auf einen Kilometer Bahnlinie in

Posen	3922	Einwohner
" Preußen	6674	"
" Pommern	4804	"

gekommen waren. Hieraus ist ersichtlich, um wieviel auch das Verhältniß der Eisenbahnverbindungen zu der Bevölkerungsziffer für die Provinz Posen in den zwölf Jahren von 1860 bis 1871 sich verschlimmert hat. Im Jahre 1872 hat auch dieses Verhältniß durch die Bahnbauten in der Provinz Preußen noch zu weiterer Ungunst der Provinz Posen sich gestaltet.

Ein drittes Element, das mit Nothwendigkeit in die vergleichende Berechnung hineingehört, ist aber die Gesammtheit der Verkehrs-Gelegenheiten, welche in den drei Provinzen vorhanden sind.

In erster Linie kommt bei der Provinz Pommern eine Küsten-Entwickelung von ungefähr 220 Meilen Länge in Betracht, welche diese Provinz in die Lage bringt, durch ein von der schaffenden Natur freiwillig dargebotenes, unzerstörbares Mittel um den Seeverkehr zu werben und im internationalen Austausche eine der ergiebigsten Quellen des Handels und Verkehrs zu finden, — speziell in dieser Aufgabe unterstützt von einem Platze wie Stettin, welcher, von der Odermündung aus Eisenbahn-Radien nach Ost- und West entsendend, seit zehn Jahren in fast geometrischer Progression seine Handelsziffer wachsen sieht. Für die Provinz Preußen hat nicht minder ihre Lage an der See, wie die alten Verbindungen, welche das Meer geschaffen hatte und die bis 1869 dauernd gewesene Ausnutzung der differenziellen Begünstigung der Einfuhr nach Rußland über die trockene (Eisenbahn-) Grenze den Umfang der geschäftlichen Beziehungen erheblich erweitert. Mit zwei vom Herzen Deutschlands ausgehenden Eisenbahnlinien schließt sie sich den mächtigsten Zweigen des russischen Eisenbahn-Systems an; von zwei anderen preußischen Linien steht dieser Anschluß bevor.

Der Stadt und Provinz Posen aber, die für den allgemeinen Verkehr ausschließlich auf das Mittel der Eisenbahnen angewiesen sind, fehlt jede in das russische Staatsgebiet mündende und dort weiter geleitete Eisenbahnlinie vollständig. Seit 25 Jahren läuft die direkt auf Warschau zu richtende Bahn bei der Stadt Posen sich todt. Noch heute harrt diese Linie des erlösenden Wortes, welches ihr das in den Motiven des Gesetzes vom 22. November 1842 verbürgte Recht zur Wahrheit machen soll.

Wichtig noch in Bezug auf die vorliegende Erörterung ist endlich eine Ermittelung in der Richtung:

was seitens des Staates für den Eisenbahnbau in den drei Provinzen an Mitteln aufgewandt ist.

Es besaßen an Staatsbahnen:

im Jahre 1852 die Provinz	Preußen	242	Kilometer
" " " "	Posen	145	"
" " " "	Pommern	0	"
" " 1853 " "	Preußen	304	"
" " " " "	Posen	145	"
" " " " "	Pommern	0	"
" " 1860 " "	Preußen	457	"
" " " " "	Posen	145	"
" " " " "	Pommern	0	"
" " 1862 " "	Preußen	518	"
" " " " "	Posen	168	"
" " " " "	Pommern	0	"
" " 1872 " "	Preußen	773	"
" " " " "	Posen	183	"
" " " " "	Pommern	0	"

Es wurden seitens des Staats garantirte Zinsen gezahlt:

bis zum Jahre 1860:

für die Provinz Preußen:		0 Thlr.
für die Provinz Posen:		
a. bei der Posen-Stargardter Bahn (theilweise später gedeckt aus der Plus-Dividende von dem Antheile des Staates an dem Aktienkapitale)		557,000 "
b. bei der Posen-Breslau-Glogauer Bahn (aus den Intraden des Staates bei der Oberschlesischen Bahn gedeckt)		250,000 "
Summa		807,000 Thlr.
für die Provinz Pommern: bei der Posen-Stargardter Bahn		205,000 "

von 1860 bis 1870:

für die Provinz Preußen		0 Thlr.
" " " Posen		0 "
" " " Pommern:		
a. bei der vorpommerschen Bahn	2,700,000 Thlr.	
b. bei der hinterpommerschen Bahn	3,500,000 "	
Summa		6,200,000 Thlr.

von 1870 bis 1871:

für die Provinz Preußen aus der Köslin-Danziger Bahn	120,000 "
für die Provinz Posen	0 "
" " " Pommern aus der vor- und hinterpommerschen und der Köslin-Danziger Bahn	859,000 "

Mithin hat der Staat an garantirten Zinsen bisher überhaupt gezahlt:

für die Provinz Preußen	120,000 Thlr.
" " Posen (mit der Modifikation der erfolgten Rückgewähr)	807,000 "
für die Provinz Pommern	7,264,000 "
(darunter nur 205,000 Thlr. mit der Modifikation theilweis erfolgter Rückgewähr.)	

Wird in Erwägung gezogen, daß seit 1852 mit Ausnahme der im Jahre 1862 für das Bromberg-Thorner Appoint der Ostbahn hergestellten 23 Kilometer und der wenigen Kilometer der Schneidemühl-Dirschauer Bahn in der Provinz Posen der Staats-Bahnbau nicht um eine Meile erweitert worden ist, daß der in die Provinz Posen fallende Staatsbahn-Antheil ausschließlich der Ostbahn, danach nur dem Norden der Provinz jenseits der Netze angehört, daß, was die Zinsgarantien anbetrifft, seit 1860 für die Provinz Posen keine mehr zu leisten waren, die bis dahin geleisteten vielmehr aus den Intraden der betreffenden Bahnen größtentheils, wenn nicht ganz, rückgewährt sind, daß dagegen die kolossalen Zuschüsse des Staats, was Pommern betrifft, sowohl hinsichts der vorpommerschen und hinterpommerschen Bahn, als auch hinsichts der Bahn Köslin-Danzig aller Voraussicht nach noch eine Reihe von Jahren die Staatskasse belasten werden, — berücksichtigt man ferner, daß die Kapitals-Aufwendungen zur Herstellung der Posenschen Strecke der Ostbahn, pro Kilometer gerechnet, verhältnißmäßig weit geringer als für die preußischen Strecken, zu denen die höchst kostspieligen Brückenbauten über die Weichsel und Nogat gehörten, sich darstellen, berücksichtigt man weiter noch den gewährten Staatszuschuß für die Tilsit-Insterburger Bahn, sowie, daß das preußische Appoint der Köslin-Danziger Bahn noch auf eine lange Zeitdauer staatlich zu verzinsen ist, berücksichtigt man endlich, daß gegenwärtig bereits auf Staatskosten die Erbauung der notorisch unrentablen Eisenbahn von Tilsit nach Memel durch Gesetz festgestellt und in Angriff genommen ist, — so gewinnt man einen Ueberblick, wie auch hinsichts der Aufwendungen des Staates in Bezug auf Staats-Bahnbauten und Staats-Zinsgarantien die Provinz Posen gegen die Provinzen Preußen und Pommern sehr weit zurücktritt.

Wir durften uns der Erwartung hingeben, daß diese Verhältnisse in derjenigen Kommission des Abgeordnetenhauses, welcher die Vorberathung des Eingangs erwähnten Gesetzentwurfes überwiesen ist, unbefangene Würdigung finden müßten und daß von dort aus mit aller Energie die Nothwendigkeit vertreten werden würde, allen Landestheilen die Vortheile, welche aus den Prinzipien der Vorlage sich herleiten lassen, gleichmäßig und sofort zu sichern. Statt dessen scheint man, sich fügend den Auffassungen der in der Kommission erschienen Vertreter des königl. Ministeriums, die Vorlage pure genehmigt zu haben, mit dem schwächlichen Vorbehalte sich beruhigend, daß in späterer Landtagssession „behufs Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes auch in den bei der diesjährigen Vorlage nicht berücksichtigten Landestheilen, soweit solche Erweiterung durch das allgemeine, eine gleichmäßige wirthschaftliche Entwickelung sämmtlicher Landestheile erheischende Staats-Interesse angezeigt erscheint, eine Gesetzvorlage zu machen sei."

Nicht ohne Wirkung auf die Kommissionsbeschlüsse scheinen aber die von einem der Herren Ministerial-Vertreter vorgeführten Bezifferungen des Verhältnisses der östlichen zu den westlichen Staatsbahnen, des Umfangs und der Rentabilität derselben, sowie des Verhältnisses der Zins-Garantien, wie diese auf den Osten resp. den Westen des Staates entfallen, gewesen zu sein.

Soweit diese Mittheilungen in Preßorganen zur Veröffentlichung gelangt sind, gingen die Auslassungen des Vertreters des Königl. Ministeriums in der Kommissions-Sitzung vom 24. v. Mts. dahin, daß, was die Klagen des Ostens des Staates hinsichtlich der Benachtheiligung in Staatsbahnen anbetrifft, solche nicht gerechtfertigt seien: theile man nämlich durch eine Linie von Norden nach Süden, welche durch Berlin gehe, den Preußischen Staat in zwei Theile, so entständen zwei ziemlich gleich große Hälften von je 3200 Quadratmeilen; im Osten seien dann 288 Meilen, im Westen nur 60 Meilen aus Preußischen Staatsmitteln gebaut. Diese Anführungen bedürfen in unserem Interesse einer Widerlegung. Es scheint zunächst auf den Ausdruck „gebaut" hierbei besonderer Werth gelegt zu werden, und sonach ist in Bezug auf den Westen der seit sieben Jahren vorhandene aktuelle Zustand außer Acht gelassen, in Folge dessen das westliche Staats-Eisenbahn-Netz durch 110 Meilen in Hannover, 27 Meilen in Nassau und 20 Streckenmeilen der Main-Weser-Bahn, zusammen also durch 157 Meilen mittelst Ueberganges in den Preußischen Staatsbesitz, endlich ferner durch einige Seitens der Westphälischen Staatsbahn gemachte käufliche Erwerbungen vergrößert worden. Sonach kommen auf die westliche Hälfte des Staates thatsächlich gegenwärtig 255 im Baue vollendete Meilen Staatsbahnen gegen speziell 262 im Osten, wobei hier die noch nicht vollendete Theilstrecke Konitz, Pr. Stargardt und Jablonowo-Rothfließ mit zusammen 27½ Meilen schon mit in Rechnung gebracht ist. Wird aber Bedeutung auf den Ausdruck: „vom preußischen Staate gebaute Bahnen" gelegt, so fällt im Osten die 51 Meilen lange Linie Berlin-Breslau und Kohlfurt-Görlitz der Niederschlesisch-Märkischen Bahn aus, welche Linie unter den ungünstigsten Bedingungen für die Aktionäre, unter den günstigsten für den Staat mit fester Verzinsung des Stamm-Aktien-Kapitals zu 4pCt. pro anno durch den Staat erworben und für denselben eine so bedeutende Einnahmequelle geworden ist, daß sie abzüglich der Verzinsung für Stammaktien, Prioritäts-Obligationen, erheblicher Amortisation der letzteren, sowie Verzinsung und Amortisation der sonst vom Staate für diese Strecken nachträglich aufgewendeten Baukapitalien demselben bis 1872 einen Reinüberschuß von mehr als fünfzehn Millionen Thalern gewährt hat. Die Staatsbahnen des Ostens rentiren aber überhaupt verhältnißmäßig besser als die des Westens. Unter den westlichen Staatsbahnen hat sogar die westphälische innerhalb der ersten fünfzehn Jahre erhebliche Zins-Einbußen erlitten und theilweis zu den erworbenen Theilstrecken Zinsen zuschleßen müssen, so daß diese großen Zuschüsse dauernd diese lange Reihe von Jahren die Staatskasse belastet haben.

Was die für den Osten der Monarchie übernommen, von dem Staats-Kommissar ebenfalls in der gedachten Kommissions-Sitzung berührten Staats-Zins-Garantien betrifft, so ist darauf Gewicht zu legen, daß zu diesen garantirten Bahnen die Oberschlesische Bahn insofern zu rechnen ist, als ihr speziell eine Garantie von 3½ Prozent Zinsen für das auf 2,400,000 Thlr. festgesetzte Stammaktien-Kapital Littr. B. zugesagt worden war. Ein Zuschuß aus diesem Garantie-Verhältnisse ist indeß niemals in Anspruch genommen worden; dagegen ist dem Staate aus dem seiner Zeit darüber mit der oberschles. Gesellschaft geschlossenen besonderen Vertrage, betreffend ein immerdauerndes Präzipuum von dem Ertrage über 5 Prozent des Gesammt-Stammaktien-Kapitals der Oberschlesischen Bahn, in der Zeitdauer von 1847 bis Ende 1872 ein Reingewinn von über sechs Millionen Thalern ohne die geringste Gegenleistung erwachsen, welcher Reingewinn bis auf einen Bruchtheil die gezahlten Staats-Zinsgarantien der Bahnen im Osten zu decken im Stande war.

Gestützt zuvörderst auf das Vorangeführte, wenden an Euer Excellenz wir uns mit der ganz gehorsamen Bitte:

die in der Vorlage zum Zwecke von Staats-Bahnbauten gestellte Kreditforderung auch auf Bauten von Bahnen, welche direkt das Interesse der Stadt und Provinz Posen fördern, hochgeneigtest zu erstrecken.

Weder das System der Vorlage, noch das in ihr enthaltene Prinzip bilden ein Hinderniß gegenüber dieser unserer Bitte. Vielmehr führen die hauptsächlichsten der allgemeinen Gesichtspunkte, von welchen aus die Vorlage beurtheilt sein will, auf die Würdigung unseres Verlangens ganz direkt hin. Ebensowenig kann in der eventuellen Bereitstellung der dadurch erforderlich werdenden Geldmittel bei der gegenwärtigen Lage der Staatsfinanzen eine Schwierigkeit gefunden werden. Minder noch fürchten wir den Einwand, es müsse, den Vorschlägen der Kommission entsprechend, „Stadt und Provinz Posen mit den „übrigen nicht berücksichtigten Landestheilen ihre Wünsche so lange ver„tagen, bis für diese in der Folge festgestellt sein wird, inwieweit „solche Erweiterungen durch das allgemeine, eine gleichmäßige wirth„schaftliche Entwickelung sämmtlicher Landestheile erheischende Staats-Interesse angezeigt sein werden." Wir haben das praktisch Hinfällige der Kommissions-Vorschläge im Vorangegangenen bereits behauptet und glauben ebenso den Nachweis geführt zu haben, wie eine solche, die thatsächlich vorhandenen Erfordernisse nicht würdigende, in die ungewisse Zukunft hinausgreifende Meinungsäußerung auf die diesseitigen örtlichen und provinziellen Verhältnisse Anwendung in keiner Weise zuläßt.

Unsere Forderung beschränkt sich aber in den bescheidensten Maaßen auf die Gewährung zweier Bahnlinien, welche verhältnißmäßig geringe Geldmittel in Anspruch nehmen und deren jede überdies in die Kategorie derjenigen Schienenwege gehört, die nach Euer Excellenz eigenen wiederholten Aeußerungen wegen ihrer kommerziellen und politischen Wichtigkeit sowie wegen des Umstandes, daß sie bis an die Grenzlinien der Monarchie sich erstrecken, der Staat zu bauen haben würde.

Als die beiden Bahnlinien, welche wir ganz gehorsamst zu beantragen uns erlauben, bezeichnen wir:

1. eine Eisenbahn von der Stadt Posen zur Landesgrenze bei Słupce,
2. eine die Stadt Posen über Schneidemühl, Neu-Stettin und Belgard mit Kolberg verbindende Bahn.

Volle dreißig Jahre ist es her, daß die erstere dieser Linien von uns angestrebt wird. In den Provinzen, denen ein günstigeres Geschick eine reichere Entwickelung ihres Erwerbslebens vergönnte, hat inzwischen innerhalb dieses Zeitraums durch das Mittel zutreffend gelegter Bahnlien das innere Wesen und der Zuschnitt dieser Verhältnisse sich vollständig umgestaltet. Wir aber sind in der Lage darauf hinzuweisen, wie das Fehlen einer Eisenbahn Posen-Słupce uns wesentlich in unserer wirthschaftlichen Entwickelung hat hemmen müssen. Unmittelbar bereits nach dem Jahre 1842 hatten die Bestrebungen für diese Linie für und ihre Fortsetzung nach Warschau Form und Inhalt gewonnen. Die Kapitalien schienen für dieselbe gesichert, als die Verordnung vom 24. Mai 1844 in das Unternehmen störend eingriff; und seit jener Zeit haben politische und finanzielle Vorkommnisse, haben die geänderten Auffassungen der Nachbarregierung und die Strömungen, welche jenseits der Grenze einer direkten Verbindung Warschau's mit Posen entgegenwirkten, den Bau bis zu diesem Augenblick ver-

zögert. In der langen Zwischenzeit aber konnten Preußen und Schlesien durch eine Anzahl von Bahnen, welche diese Provinzen mit Rußland und Polen verbinden, unseren eigenen Verkehr auf sich ablenken. Die Stadt Breslau insbesondere hat, obschon der direkten warschauer Verbindung zur Zeit noch entbehrend, den polnisch-schlesischen Eisenbahnverkehr sich so tributär zu machen gewußt, daß die Handelsbewegung über dort nach Polen und Rußland im Laufe der Jahre um mehr als das Zehnfache gewachsen ist. Nur aus Ueberlieferungen, nicht aber aus der eigenen Wahrnehmung, ist dem gegenwärtigen Geschlechte in unserem engeren Heimathsgebiet der Umfang des Verkehrs bekannt, der über Posen mit jenem polnisch-russischem Gebiete sich vollzog, eines Verkehrs der trotz der bedauenswerthen, in den handelspolitischen Zuständen Rußland's liegenden allgemeinen Hemmnisse auch für uns, wie es für jene Nachbar-Provinzen der Fall ist, einen naturgemäßen Aufschwung hätte nehmen können, wenn die Bahn Posen-Słupce-Warschau rechtzeitig fertiggestellt wäre.

Eure Excellenz fanden noch in den jüngsten Tagen Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie der Bahn von Oels nach Wieruszow der Beruf zufalle, Breslau mit Warschau direkt in Verbindung zu setzen und wie Eure Excellenz in dem Vorhandensein dieses Theilstücks eine Nöthigung zum Weiterbau für die russische Regierung erkenne, welche dieser Weiterführung auf die Dauer sich nicht würde entziehen können. Ganz die gleiche Voraussetzung trifft zu bei der von uns gewünschten Verbindung Posens mit Warschau über Słupce. Auch sind Euer Excellenz frühere persönlichen Aeußerungen sowie auch die Schriftstücke Ihres Ministeriums uns Belege dafür, daß von Ihnen die gleichzeitige Errichtung der Posen-Warschauer und der Breslau-Warschauer Linie als ein unmittelbar zu befriedigendes Bedürfniß erachtet wurde. Euer Excellenz aber wissen zugleich aus eigener Erfahrung daß die Privatkapitalien einem Eisenbahn-Unternehmen Posen-Słupce sich versagen, weil die Ueberzeugung gewonnen ist, daß nicht der Privatbau, sondern allein der Bau seitens des Staates und hiermit der direkte Eintritt des Letzteren in das Interesse die Fortführung nach Warschau sichern kann und sichern worden wird.

Die Bemühungen für Erbauung einer Bahn von Posen nach Kolberg sind an Euer Excellenz oberste Verwaltung von den verschiedensten Seiten so direkt hinangetreten, daß wir den Verlauf derselben, wie sie seit ungefähr 20 Jahren in mannigfachster Gestaltung sich entwickelt haben, vorzuführen uns erlassen dürfen. Heute, wo die in Bebauung begriffene Linie Wangerin-Konitz in Verbindung mit einer Linie Belgard-Neustettin resp. Neustettin-Stolp eine Schädigung der Interessen unserer Stadt und der nordwestlichen Kreise unserer Provinz in sich schließt, falls die Linie Posen-Kolberg über Neustettin nicht schleunig gebaut wird, müssen wir die sofortige Ausführung dieser Linie um so mehr als eine Nothwendigkeit bezeichnen, als unsere Stadt und Provinz für ihren Handels-Verkehr und ihre wirthschaftliche Fortbildung einer bei Kolberg mit der Ostsee in Berührung kommenden Bahn bedarf. Es tritt dazu, daß die gesicherte Erbauung der Posen-Kreuzburger Route und deren zu erwartende Fortsetzung in das Oberschlesische Kohlen- und Eisen-Revier zu einer direkten Bahn von Posen nach Kolberg drängt. Die Provinz Posen erreicht damit eine durch ihre Längen-Achse von Südost nach Nordwest laufende, unsere Stadt als Mittelpunkt treffende Verbindnng zwischen der Ostsee und dem südlichen Schlesien. Von der Stadt Posen aber wird hierdurch eine ihrem Verkehr gefahrdrohende Konkurrenz ferngehalten, welche Unternehmungen, die ohne sie zu berühren, fast an ihren östlichen Thoren vorbeiführen, ihr hinsichtlich des Pommerschen und Schlesisch-Polnischen Verkehrs bereiten müssen.

Den Bau der Posen-Kolberger Bahn aus Privatmitteln zu sichern, ist bis auf den heutigen Tag mißlungen. Mit ihrer Herstellung durch den Staat wird gleichzeitig für die Provinz Pommern ein Schienenweg geschaffen werden, auf welchen Letztere mit uns einen unverkennbar legitimen Anspruch hat.

Posen, den 12. Februar 1873.

Ein amerikanischer Kredit Mobilier-Schwindel.

Ein Pendant zu den vielbesprochenen Enthüllungen des Abgeordneten Lasker betreffs Eisenbahnkonzessionen bietet die Geschichte der Union Pacific-Eisenbahn in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

In der jüngsten Zeit lüftet sich nämlich immer mehr der Schleier, der fünf Jahre lang ein Gaunerstück von kolossalen Dimensionen verhüllte, dessen Entdeckung und Vereitelung nicht schwierig gewesen wäre, wenn der amerikanische Kongreß Ehrlichkeit und Wachsamkeit geübt und die Reg.-Direktoren ihre Psiicht gethan hätten. Nur einer der letzteren, Herr T. L. Williams, war so ehrlich, der Regierung die Augen zu öffnen, aber leider wurde sein Bericht im Ministerium des Innern zu Washington unterdrückt. Da dieser Bericht sich auf die Union Pacific-Bahn allein bezieht, so kann man vorerst nur rücksichtlich dieser Bahn die Summe des geübten Betruges ziemlich genau berechnen. Männer wie Oakes, Ames und ihre Genossen, Kredit Mobilier genannt — beiläufig bemerkt, soll die eigentliche Residenz derselben in dem Musterstaate (Pennsylvanien) sein, wo die Kamerons zu Senatoren, die Hartraufts zu Gouverneuren gemacht, die Betrüger, wenn sie nur Grant-Leute sind, begnadigt werden und das ganze Land durch die Monopole der Eisen- und Kohlenkompagnie unbarmherzig geplündert wird — also der Kredit Mobilier (d. h. Oakes, Ames und Genossen) übernahm es, die zu 1110 Meilen veranschlagte Strecke der Union Pacificbahn zu bauen. Der Baukontrakt war bekanntlich ein geheimes Bündniß zwischen den Gründern des Kredit Mobilier und der in Rede stehenden Eisenbahn-Kompagnie, obgleich die ersteren auch Mitglieder der letzteren waren und sich nur als eine besondre Gesellschaft zur Uebernahme der Baukontrakte zusammengethan hatten. Daß sie schon im ersten Jahre eine Dividende von 35 Prozent zahlten, ist begreiflich, wenn man weiß, in welcher Weise sie die Kompagnie, indirekt also das Land betrogen, welches an diese eine so große Forderung hat. Wir folgen bei diesen Angaben dem gewissenhaften Berichte des Regierungs-Direktors Williams.

Als Regel gilt bei dem Eisenbahnbau, selbst wenn die Bahn durch gut angebautes und theuer zu erwerbendes Land führt, daß die Meile durchschnittlich Pfd. St. 30,000, höchstens Pfd. St. 35,000 kostet. Die Bahn ist so schlecht gebaut, daß sie wahrscheinlich nur Pfd. 25,000 per Meile gekostet hat, aber selbst wenn man Pfd. 35,000 annehmen will, würden die 1110 Meilen Pfd. St. 38,850,000 gekostet haben. Der Kongreß hat dafür eine Darlehnssubsidie von Pfd. St. 29,503,000 bewilligt und später unter Aufgabe seines Prioritätsrechtes der Kompagnie die Emission eines gleichen Betrages von Bonds erster Hypothek gestattet, abgesehen von etwa 12 Millionen Acker Land, die der Kompagnie geschenkt wurden und woraus sie durch theilweisen Verkauf mehrerer Millionen baar gelöst hat. Die Regierungs-Bonds und die Bonds erster Hypothek, beide zusammen 59 Millionen, haben nach Abzug der Agentur- und Kommissions-Expensen einen Ertrag von Pfd. St. 56,647,680 geliefert, die Ausgabe für den Bahnbau und das Betriebsmaterial war, wie eben bemerkt, höchstens Pfd. St. 38,850,000; also hat der Kredit Mobilier nahezu 18 Millionen Dollars dabei profitirt. Die Quelle dieser beispiellosen Gaunerei war der fabelhafte Satz von Pfd. St. 68,000 per Meile, welcher dem Kredit Mobilier bewilligt wurde, und auch dem Kongresse und der Regierung wurde vorgespiegelt, daß es unmöglich sei, die Bahn billiger herzustellen. Daß ein Theil der Kongreßmitglieder den wahren Sachverhalt kannte und bestochen worden ist, unterliegt kaum noch einem Zweifel. Nur so wurde es auch möglich, daß der Kongreß sogar auf die Abrechnung der von der Regierung zu zahlenden Frachtgelder auf die Zinsenschuld theilweise verzichtete, und dadurch zu dem großen Kapital noch eine Zinsenschuld von 6 Millionen Dollars angewachsen ist, ohne Aussicht auf Berichtigung der Zinsen für die Folgezeit, da durch den enormen Betrug bei dem Bau die Kompagnie bettelarm geworden ist.

Es droht übrigens der Union Pacific-Eisenbahn ein harter Schlag durch eine im Repräsentantenhause zu Washington von Herrn Hibbard eingebrachte Bill. Der Gesetzesvorschlag Hibbards geht nämlich dahin, das Gesetz zu widerrufen, durch welches sich die Bundesregierung verpflichtete, für Transporte von Truppen, Kriegsmaterial, Postsäcken und Vorräthen die Hälfte an die Union Pacificbahn baar zu bezahlen, und nur die andere Hälfte der Transportkosten der Bahn für die von ihr geschuldeten Interessen gut zu schreiben.

Die Unionsregierung war nämlich, die oben genannten enormen Unterstützungen ungerechnet, noch so generös gewesen, der Union Pacific-Eisenbahn, wie gesagt, die Hälfte aller Transportkosten in Baar zu zahlen, statt den ganzen Betrag derselben für Abtragung der Zinsen jenes Darlehns in Rechnung zu bringen.

Mit allem dem war aber der Heißhunger der besagten Eisenbahnkompagnie nicht zufrieden. Sie behauptete, daß sie erst im Jahre 1892 zur Verfallzeit der Bonds die Zinsen zu bezahlen habe. Die Regierung ward gezwungen, diese Auslegung des Gesetzes anzuerkennen, und sie bezahlte die ganzen Zinsen im Betrage von Pfd. St. 6,931,752, wovon die Bahn ihres Theils durch Verrechnung der halben Transportkosten Pfd. St. 2,296,875 getragen hat. Geht Herrn Hibbard's Bill durch, so wird in Zukunft die Regierung den ganzen Betrag für Transportkosten, die die Bahn gegen sie beanspruchen kann, als Beitrag zu jenen Zinsen verrechnen.

R. D.

Deutschland.

△ **Berlin**, 15. Februar. Die königliche Botschaft, hat, wie konstatirt werden kann, überall die größte Befriedigung hervorgerufen. Auch der Abgeordnete Lasker erklärte heute im Abgeordnetenhause, daß die Maßregel der Regierung zur Erreichung der von ihm verfolgten Absichten vollkommen genüge. Die „Germania" giebt dagegen ihr Mißfallen darüber zu erkennen, daß die Regierung den König so in den Vordergrund stelle und den Namen desselben als Schild gebrauche. Einer solchen Ausführung steht indessen der tendenziöse Ursprung so offen an der Stirn geschrieben, daß es unnöthige Mühe wäre, näher darauf einzugehen. Das persönliche Eintreten des Monarchen in dieser Angelegenheit hat übrigens Niemanden erstaunt. Einmal ließ es seine hergebrachte Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit nicht anders erwarten, dann aber hat Se. Majestät seine Abneigung gegen die Auswüchse unseres Verkehrslebens wiederholt in energischer Weise kundgegeben. So hört man, daß der König erst jüngst gegen Mitglieder des Heeres, welche bei industriellen Gründungen betheiligt sind, sehr entschiedene Schritte gethan hat. — In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriff auch der Ministerpräsident das Wort und dürften seine Worte geeignet sein, noch weiter alle etwaige Bedenken zu zerstreuen. Von liberaler Seite war nämlich darauf hingewiesen, daß bei der Zusammensetzung der Kommission die Mitglieder des Landtages stets in der Minorität bleiben würden. Graf Roon führte darauf aus, daß dieser Umstand zu keinen Besorgnissen Anlaß geben könne. Die Regierung werde durch ihre Wahl und durch die von ihr zu ertheilenden Instruktionen beweisen, wie sehr ihr eine gründliche und unparteiische Untersuchung am Herzen liege. Man darf wohl sagen, daß das Auftreten des Grafen Roon in dieser Angelegenheit die allgemeinste Anerkennung findet.

Theater.

Heinrich Heine versichert in einem seiner Briefe, daß Langeweile und Verstimmung ihn dahin bringen könnten, Michael Beer, den Bruder Gialomo Meyerbeer's, für einen großen Dichter zu halten. Beer's fünfaktige Tragödie Struensee, welche von Zeit zu Zeit noch auf den deutschen Bühnen erscheint, beweist allerdings welche für die Größe des Dichters und man irrt wohl nicht, wenn man ihre jeweilige Vorführung wesentlich auf Rechnung der von Meyerbeer dazu komponirten Musik schreibt. Michael Beer war dichterisch nicht unbegabt; es fehlte ihm nicht an Empfindung, Geschmack und Sprachgewandtheit, wohl aber an Gestaltungskraft und Kompositionstalent. Sein „Struensee" liefert dafür in mehr als einer Hinsicht Beweise. Am Stoffe liegt es nicht. Der despotische Aufklärungsminister Dänemarks, der Heros einer gewaltthätigen Freisinnigkeit, welcher einer unzeitigen Liebe und zahlreich verletzen Interessen und Hofintrigue zum Opfer fällt, ist zweifels, ohne einer der interessantesten Charakter des vorigen Jahrhunderts. Daß er sich vom einfachen Arzt zum allmächtigen Rezenten eines Königreichs emporsch, — alle von ihm unterzeichnen ten und gesiegelten Verordnungen hatten dieselbe Gültigkeit, als wenn der König selbst sie unterschrieben hätte — hat hier nnr eine Bedeutung zweiten Grades. Das Hauptgewicht liegt auf seinen reformatorischen Thätigkeit. Die Rücksichtslosigkeit, mit der er seine an sich trefflichen Neuerungen ein- und durchführte, ohne mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen, führte seinen Sturz herbei. Der Umstand, daß er ein Ausländer und der Günstling der Königin Mathilde, einer Schwester Georgs III. von England, war, wirkten dazu mit. Hier waren alle Momente für den Helden einer Tragödie gegeben. Zwei gewaltige Faktoren stehen berechtigt gegen einander die reformatorischen Ideen des Ministers und den altgewohnten Institutionen des Landes. Eine Vermittlung zwischen beiden fehlt — aber sie wäre möglich gewesen. Daß Struensee zu sehr auf die Macht des Fortschritts und andererseits zu sehr auf die Festigkeit seiner Position vertraut, ist die tragische Schuld, die ihn umbringt.

Der Beer'sche Struensee weist nichts von den bedeutenden Elementen auf, welche sich an die historische Gestalt knüpfen. Das ist eine pathetischer Jambenheld und Liebhaber. Der Dichter läßt viel von seinen politischen Intentionen, von seiner Bedeutung für das Land sprechen; man erwartet, daß er vor den Augen des Publikums irgend eine gewichtige ausschlaggebende That verrichten werde — aber wo er erscheint, bekundet er kein eigentlich dramatisches Leben. Der bloße Liebhaber einer Königin, ohne weitere Vertiefung, der an seiner Liebe zu Grunde geht, ist an sich noch keine tragische Gestalt.

Die Handlung des Dramas ist außerordentlich einfach, und doch lagen hier spannende Verwicklungen und Katastrophen im Stoff. Das Ganze erscheint als ein fünfter Akt in fünf Abtheilungen. Anstatt den Helden bis zum dritten Akt energisch handeln und in innere und äußere Konflikte gerathen zu lassen, wird bereits im ersten Akte sein Fall vorbereitet. Schon im dritten Akt tritt derselbe ein, und damit ist auch das schwache Interesse, das er vielleicht vermittelst seines Pathos erweckt, zu Ende. Wie die Materialien zur Verurtheilung der Gestürzten beschafft werden, ist für das Publikum ziemlich gleichgültig, ebenso gleichgültig, wie er sich im Kerker beträgt. Obendrein zerfließt hier die Tragik in undramatische Rührszenen.

Da bei Michael Beer's „Struensee" die sträfliche Liebe des Helden zu seiner Königin das Hauptmoment ist, wird der Darsteller desselben einen ziemlichen Grad von Leidenschaft und rhetorischem Pathos entwickeln müssen. Derartigen Anforderungen nun scheint uns das künstlerische Naturell des Hrn. Dr. Hugo Müller, welcher gestern den „Struensee" spielte, nicht recht genügen zu können. Der Ausdruck der Leidenschaft steht dem Künstler nicht in dem Grade zur Verfügung, den der auf dem Kothurn einherschreitende Held verlangt. Die äußere gesellschaftliche Seite seines „Struensee" ließ selbstredend nichts zu wünschen übrig, aber die Leistung als Ganzes konnte uns die Befriedigunz nicht gewähren, welche uns Hugo Müller's Schöpfungen auf anderen Gebieten der darstellenden Kunst bisher gewährt haben.

O. E.

Die Barmherzigen Schwestern als Krankenpfleger.

Ueber die Barmherzigen Schwestern (St. Vinzent a Paulo), deren Haupt-Aufgabe bekanntlich in der Pflege der Kranken besteht, war vor einiger Zeit in den galizischen Zeitschriften ein heftiger Streit entbrannt. Die Veranlassung dazu hatte der Umstand gegeben, daß man in Lemberg diesem Orden die Krankenpflege in den städtischen Lazarethen ganz in die Hand gegeben. Von einer Seite sprach man sich sehr warm für die Barmherzigen Schwestern aus, während von anderer Seite ebenso heftig gegen dieselben zu Felde gezogen wurde. Da auch in unserer Stadt und Provinz die Barmherzigen Schwestern eine weite Verbreitung gefunden haben, und an vielen Orten von ihnen die Krankenpflege geübt wird, so dürften folgende Bemerkungen, welche ein erfahrener polnischer Arzt, Dr. Bulikowski, in dem lemberger „Dziennik Polski" über jene Schwestern macht, nicht ohne Interesse sein:

Wenn man stets die Regel des Ordens der Barmherzigen Schwestern vor Augen hat, dann wird es nicht schwer sein, den Nachweis zu führen, daß die Ursache der vielfachen Unordnungen in den von diesen Schwestern geleiteten Spitälern nicht in den Personen als solchen, sondern in der Institution des Ordens selbst liegen. Wir überzeugen uns alsbald, daß die Forderungen der Ordensregel bis zu dem Grade Fesseln auferlegen, daß sogar diejenigen Schwestern, welche bekannt sind wegen ihrer wirklichen Aufopferung für die Kranken, welche bemüht sind, möglichst den Anforderungen der Aerzte zu genügen, doch dieser Aufgabe nicht gewachsen sind. Jeden Augenblick losgerissen von ihren Pflichten am Krankenbette, um in ihren Sälen und Zellen bald die gemeinsamen Mahlzeiten, bald die gemeinsamen Gebete und frommen Meditationen abzuhalten, müssen sie trotz des besten Willens ihre Pflichten im Lazareth vernachlässigen. Ich behaupte, daß manche Schwestern in jedweder Beziehung vollkommene Achtung und Anerkennung verdienen, und daß sie innerhalb desjenigen Kreises der Thätigkeit, welchen ihnen die Ordensregel gestattet, vollkommen Entsprechendes leisten. Mir geht es nur darum, zu zeigen, ob die Barmherzigen Schwestern als Institution für ein Lazareth vortheilhaft sind, d. h. ob ihre Institution sich mit den Zielen eines Lazareths vereinbaren läßt.

In einer ganzen Reihe von Artikeln hat nun Dr. Bulikowski an der Hand der ärztlichen Erfahrung den Nachweis geführt, daß dies nicht der Fall sei. Es würde zu weit führen, den ganzen Inhalt derselben wiederzugeben. Wir beschränken uns auf Folgendes: „Beide Institutionen, Lazareth und Orden, haben ganz verschiedene Ziele. Die Ordensregel stellt in die erste Reihe: die Rettung der Seele, und legt auf die Rettung des Leibes ein geringes Gewicht; das Lazareth dagegen fragt nicht nach der Seele; es rettet nun der erkrankten Körper. Wir überzeugen uns, daß der Orden der Barmherzigen Schwestern die Pflege des Körpers nur für ein Mittel höherer außerirdischer Ziele erachtet, während dem Lazareth diese Pflege nur einziges Ziel, Grund der Existenz ist. In der Ordensregel heißt es: der Hauptzweck, zu dem Gott die Barmherzigen Schwestern aufrief und sammelte, ist: die Ehre und das Preisen des Herrn und seines Sohnes Jesu Christi! — In gefährlichen Krankheiten, welche schleunige ärztliche Hilfe erfordern, kümmern sich die Barmherzigen Schwestern um diese nicht, sondern fragen zunächst, ob der Kranke schon gebeichtet hat, und bereiten ihn zum Tode vor. Wem der Arzt Schweigen auferlegt, dem führt die Barmherzige Schwester den Geistlichen zu und läßt ihn beichten; und anstatt sich mit kalten Umschlägen zu befassen, geht sie in die Kapelle der Anstalt um das Oel zur letzten Oelung vorzubereiten. Das Lazareth ist im Sinne des Ordens der Barmherzigen Schwestern nur Gegenstand einer Spekulation im katholischen Geiste, und Ziel dieser Spekulation ist: die Vermehrung der Rente, welche die Erde dem Himmel geben soll. Diesen Anschauungen widerspricht durchaus die Institution des Lazareths. Sie hat eine ganz andere Bestimmung, sie ist ausschließlich materiellen Zielen gewidmet und kann sich durchaus nicht um moralische Ziele kümmern. Mit den Fortschritten in der Wissenschaft müssen Verbesserungen im Lazareth eintreten; aber die Ordensregel der Barmherzigen Schwestern widerstrebt grundsätzlich als „unfehlbar" jeder Neuerung, sie ist ein Hemmschuh für jeden Fortschritt. Die Institutionen des Ordens der Barmherzigen Schwestern und des Lazareths sind einander in dem Maße widersprechend, gehen nach so verschiedenen Richtungen auseinander, daß, wenn es sich um die Erreichung des einen Zieles handelt, sie nie und nimmer mit einander verbunden werden dürfen.

— Vor einigen Tagen ging eine Nachricht durch die Zeitungen, welche über ein Gespräch berichtete, welches der Kaiser bei einem kürzlich stattgehabten Hoffeste mit dem Präsidenten des brandenburger Konsistoriums über die Amtsentsetzung Sydow's gepflogen haben soll. Die „Nat. Ztg." erklärte diese Mittheilung für eine Erfindung, indem fromme Wünsche hier die Thatsachen antizipirt hätten. In konservativen Kreisen wurde das Gespräch in folgender verstärkter Version kolportirt. Der Kaiser zu Hegel: „Na, Sie haben Sydow abgesetzt?" — „Ja, Majestät," erwiderte Hegel, „das mußten wir, denn wenn wir nicht mehr an den historischen Christus der Bibel glauben, dann sind wir keine Christen mehr." — „Ja, da haben Sie Recht", antwortete der Kaiser, „so denke ich auch!" Wie die DRC. aus sicherer Quelle erfährt, befand sich die „Nat. Z." selbst im Irrthum. Jener Vorfall hat sich thatsächlich ereignet, und ist das Gespräch zwischen dem Kaiser und dem Präsidenten Hegel, wenn auch nicht mit denselben Worten, so doch in demselben Sinne geführt worden, wie das „Preuß. Volksblatt" angegeben hat.

— Die Stellvertretung des Oberpräsidenten von Hannover, welche bislang dem in diesen Tagen nach Aachen übersiedelnden Regierungspräsidenten v. Leipziger oblag, ist einstweilen seinem Nachfolger in der hannoverschen Landdrostei, v. Bötticher, übertragen. Die Funktionen des Direktors beim Provinzial-Schulkolleg, welche ebenfalls Hr. v. Leipziger wahrnahm, sind dem Oberregierungsrath Rautenberg kommissarisch übertragen. — Der frühere Finanzminister Herr von Patow hat die Oberpräsidentenstelle für Sachsen definitiv angenommen. Die Unterhandlungen begannen mit Hr. v. Patow, indem ihm die Oberpräsidentenstelle von Hannover angetragen wurde. Aus unbekannten Gründen wurde das Anerbieten zurückgezogen, worauf sich Herr von Patow entschloß, seine Residenz in Magdeburg aufzuschlagen.

— Ueber den zum Vorsitzenden der von der Regierung vorgeschlagenen Untersuchungskommission über die Eisenbahnverwaltung ernannten Seehandlungspräsidenten Günther bemerkt die „Trib.":

Derselbe war lange Zeit hindurch Ministerialdirektor im Finanzministerium, als solcher preußischer Bundeskommissar und Vorsitzender des Rechnungs-Ausschusses des Bundesrathes; hier fand er lebhafte Anerkennung seitens seiner Kollegen wegen seiner großen Umsicht und Geschäftskenntniß. Nach der Berufung Camphausens zum Finanzminister trat er an die Spitze der Seehandlung. Er gilt als ein sowohl mit der Verwaltung eng vertrauter, als durch Unparteilichkeit hervorragender Beamter. Gleichwohl hat gerade seine Wahl zum Vorsitzenden jener Kommission in sofern überrascht, als die Seehandlung bekanntlich vielfach bei Finanzunternehmungen, welche sich auf Eisenbahnen bezogen, betheiligt war.

Wie der „D. W. B." hört ist als sicher anzunehmen, daß eine eventuelle Disziplinaruntersuchung gegen Herrn Wagener erst nachdem die Spezialuntersuchungskommission ihre Arbeit beendet hat, eintreten würde. Keinenfalls aber wird derselbe jetzt seine amtlichen Funktionen wieder übernehmen. Die „N. A. Z." kündigt an, daß sie in ihrer nächsten Nummer das umfangreiche Elaborat veröffentlichen werde, in welchem Herr Wagener auf die Lasker'schen Beschuldigungen antwortet. Der Richter, welcher seiner Zeit die Eintragung der Wagener'schen Aktiengesellschaft beim Handelsgericht bewirkt hat, ist, wie die „Ger. Ztg." als zuverlässig erfährt, der Stadtgerichtsrath Elsner von Gronow.

— Seit dem Bestehen des Abgeordnetenhauses war der Andrang des Publikums um Eintrittskarten nicht so enorm wie zu der Sonnabend-Sitzung. Viertausend Meldungen waren eingegangen, kaum so viel hundert konnten berücksichtigt werden. Eine Anzahl von Schutzmännern mußte aufgeboten werden, die Freitag Abend andrängenden Massen zurückzuhalten, fast wäre das Hausthor, welches man schließlich sperrte, erstürmt worden. Während des ganzen Abends hatten zwei Bedienstete des Hauses zu thun, um theils einzelnen Personen, theils ganzen Gruppen zu versichern, die Eintrittskarten seien vergriffen.

— Der „R.-Anz." Nr. 42 veröffentlicht die Konzessions-Urkunde für die Oberschl. Eisenbahn-Gesellschaft, betr. den Bau und Betrieb einer Lokomotiv-Eisenbahn von Oppeln über Gr.-Strehlitz nach Morgenroth nebst Abzweigung nach Gleiwitz und Beuthen, vom 1. Februar 1873; sowie den Zirkular-Erlaß vom 30. Januar 1873, betreffend die Besetzung der Waldwärterstellen bei der Staatsforstverwaltung.

Görlitz, 13. Februar. [Dementi.] Der „Görl. Anzeiger" bemerkt: „Bekanntlich erklärte der Herr Handelsminister Graf Itzenplitz, nicht zu wissen, ob er bei der Einweihung der Görlitzer Bahn hier anwesend gewesen sei. Nach einer Notiz im „Görl. Anz." in Nr. 188 von 1867 ist der Minister am 13. August mit dem ersten Zuge auf der neuen Berlin-Görlitzer Bahn 12¾ Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe eingetroffen und hat dort mit Dr. Strousberg, Krug v. Nidda, Geh. Rath Weishaupt, Ober-Regierungsrath Heise, Geh. Rath Costenoble, Geh. Rath Schwedler, Geh. Rath v. Wegenern und Geh. Rath Jacobi, sowie Geh. Rath Nottebohm ein von dem hiesigen Magistrat gegebenes Diner eingenommen. Ueber dabei vorgekommene Toaste ist uns damals kein Bericht zugegangen; doch hören wir nachträglich, daß allerdings Graf Itzenplitz den Dr. Strousberg hat leben lassen."

Braunschweig, 15 Februar. Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung das Gesetz, die Verhältnisse der Dissidenten betreffend, nach dem Antrage der Kommission mit großer Majorität in der nachfolgenden Fassung angenommen:

Die bürgerliche Beglaubigung von Geburten, Verehelichungen und Sterbefällen solcher Personen, welche weder der evangelisch-lutherischen Landeskirche, noch der reformirten, noch der katholischen Kirche oder der jüdischen Religionsgenossenschaft angehören (Dissidenten) und dies nöthigenfalls durch Auszüge aus dem Dissidentenregister oder sonstwie bescheinigen, erfolgt wie bisher durch Eintragung in das Kirchenbuch, welches für dasjenige evangelisch-lutherische Kirchspiel geführt wird, in welchem der Fall sich ereignete.

Der Antrag der Regierung hatte Eintragung in ein Stadt- oder Amtsgerichts-Register vorgeschlagen.

Frankreich.

Paris, 13. Februar. Die spanischen Ereignisse haben nicht blos eine Fluth von Leitartikeln hiesiger Blätter im Gefolge, sondern sie scheinen bestimmt einen wirklichen Einfluß auf die Lage auszuüben. Die Anologie zwischen dem stillen Streite, den Amadeus gegen seine verschiedenen Parteiministerien führte und dem etwas lauteren Kampfe des Herrn Thiers gegen die Bestrebungen seiner Majorität liegt offen da, und die Organe der Kommission versagen sich das Vergnügen nicht, mehr oder weniger boshafte Anspielungen auf dieselbe zu gründen. Thiers ist deshalb äußerst unzufrieden mit dem französischen Botschafter in Madrid, de Bouillé, der ihn über die dortigen Vorgänge ohne alle Kenntniß ließ und ihm nicht einmal meldete, daß Amadeus die Absicht habe, abzudanken. Das englische Kabinet hatte sofort Kenntniß von dem Entschlusse des Königs erhalten und sowohl in Rom als in Madrid Vorstellungen machen lassen, um Amadeus von seinem Vorhaben abzubringen. Keinem anderen Staatsoberhaupte in Europa konnte in der That die madrider Krisis ungelegener kommen, als gerade dem Präsidenten der französischen Republik. Wenn es in seinem Interesse lag, daß überhaupt, so lange die fremde Okkupation noch fortdauert, auf dem Felde der auswärtigen Politik keinerlei Verwickelung und Schwierigkeiten eintreten, so ist insbesondere ein Regierungswechsel oder gar eine Regierungs-Vakanz in Spanien eines der unbequemsten Ereignisse, welche ihm in der letzten Phase dieser Okkupation begegnen konnten. Es ist dies einer der Fälle, in welchen das berliner Kabinet ziemlich triftige Gründe hat, für die Räumungsfrage sich lediglich auf den Text der Verträge zurückzuziehen. Man denke sich z. B. den Fall, daß Don Carlos im Norden von Spanien Fuß faßt und durch Kriegsglück oder sonstige günstige Umstände das Szepter von Spanien an sich reißt, daß gleichzeitig, und vielleicht mit unter dem Eindrucke einer solchen Wendung, die Fusion der beiden französischen Zweige des Hauses Bourbon zur Wahrheit und Heinrich V. durch eine Intrigue und einen parlamentarischen Staatsstreich der versailler Majorität auf den Thron erhoben wird — könnte das Reich wohl gleichgiltig der Restauration zweier Dynastien zusehen, deren erstes Geschäft wäre, dem Papste wieder zu seiner weltlichen Herrschaft zu verhelfen und mit den Waffen gegen alle seine politischen und religiösen Widersacher beizustehen. Unter anderen Umständen könnte man in Berlin wenig danach fragen, welches Fürstengeschlecht oder welche Regierungsform in Madrid ans Ruder gelangen mag; gegenwärtig, da man den Kampf mit einer weltlichen Macht aufgenommen hat, welche bekanntlich nichts weniger als abgeneigt ist, die Dienste des weltlichen Schwertes anzunehmen, muß man dort auch die unwahrscheinlichsten Eventualitäten in den Kreis seiner Berechnungen ziehen.

Der Rappel schreibt: „Aus den Berichten, welche an das Kriegs-Ministerium eingelaufen, geht hervor, daß von durchschnittlich 305,000 Konskribirten, welche vor der Aushebungskommission erschienen waren, 7700 nur lesen und 69,900 weder lesen noch schreiben konnten. Also können nur 74 pCt. lesen und schreiben, 3 pCt. nur allein lesen und 25 pCt. oder der vierte Theil befinden sich in der gröbsten Unwissenheit. Einer solchen Statistik gegenüber", fügt das Blatt hinzu, „verweigert man uns den unentgeltlichen und obligatorischen Laienunterricht!"

Spanien.

Madrid, 12. Februar. Amadeo's Abdankung tritt erst dann in das rechte Licht, wenn man die Haltung der konservativen Partei, wie sie sich in entscheidender Stunde kund gegeben, in Betracht zieht. Der „Intependence" wird darüber wie folgt geschrieben:]

Am Freitag begab sich Topete in den Palast, um dem Könige zu sagen, daß die Frage wegen der Artillerieoffiziere ihm eine gute Gelegenheit böte, um sich des radikalen Ministeriums zu entledigen; die Armee würde die Entscheidung des Monarchen unterstützen und der Auflösung der Cortes kein Hinderniß entgegenstehen. Der König ließ sich bereden und versicherte Topete, daß er das Dekret Betreffs der Reorganisation der Artillerie nicht unterzeichnen werde. Beim Abschiede sagte der König: „Morgen begegnen wir uns vielleicht in den Straßen von Madrid." Das Ministerium aber, welches den Intriguen der Konservativen auf der Spur war, veranlaßte in den Cortes die Debatte über die Artilleriefrage und überreichte, gestärkt durch das Vertrauensvotum, das bewußte Dekret am Sonnabend dem Könige zur Unterzeichnung. In Anbetracht jener Abstimmungen wagte der König nicht, seine Unterschrift zu verweigern. Topete hatte sich inzwischen schon ein ganzes Ministerium fertig gemacht, dessen Präsident er sein wollte. So wie er erfuhr, daß das Dekret unterzeichnet sei, überstieg die Wuth der Konservativen alle Grenzen, und man beschloß, sofort ein Manifest zu erlassen, in welchem die Partei sich offen gegen die Dynastie aussprechen sollte. Marschall Concha und andere Generale versuchten jedoch Tags darauf noch einen letzten Schritt beim Könige, um ihn zu einem Staatsstreiche zu bewegen, indem sie ihm die Unterstützung der Armee versprachen. Amadeos wies dieses Anerbieten zurück. Kurz nachher stellte sich ihm eine Kommission des konservativen Vereins vor, welche ihm erklärte, daß die Dynastie nicht mehr auf die Unterstützung der konservativen Partei rechnen könne. Da nun ließ der König Zorrilla rufen und that ihm seinen unabänderlichen Entschluß abzudanken kund.

Großbritannien und Irland.

London, 13. Februar. Die Kohlentheuerung beeinträchtigt die Industrie von Tag zu Tag stärker. Laut „Daily News" werden im Laufe der kommenden-Woche 300 Hochöfen, ungefähr der siebente Theil der im nördlichen Eisenbezirke bestehenden, wegen der hohen Kohlenpreise gelöscht werden.

Vom Landtage.

44. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 15. Februar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch Graf Roon, Graf Itzenplitz, Graf zu Eulenburg, Falk und Leonhardt.

Die Tribünen sind nicht nur in einer Weise überfüllt, wie noch niemals, sondern auch die Durch- und Zugänge zur Journalistentribüne sind dem Publikum zur Verfügung gestellt und fast vollständig besetzt, so daß der Verkehr mit den Druckereien und Redaktionen sowie mit dem telegraphischen Bureau so gut wie unmöglich ist.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung und Beschlußfassung in Veranlassung der königlichen Botschaft und über den Antrag Lasker, betreffend die Einsetzung einer Untersuchungs-Kommission in Betreff der Ertheilung von Eisenbahn-Konzessionen.

Zu dem letzteren liegt der vor Erlaß der königlichen Botschaft formulirte Antrag v. Mallinckrodts und des Zentrums vor: Zunächst eine Kommission von 14 Mitgliedern zu wählen und dieser Kommission den Antrag des Abgeordneten Lasker zur Prüfung, insbesondere zur eventuellen konkreten Bezeichnung derjenigen Thatsachen zu überweisen, bezüglich welcher demnächst die Niedersetzung einer Untersuchungs-Kommission nach Maßgabe des Art. 82 der Verfassungs-Urkunde zu beschießen sein wird.

Zur Orientirung sei noch einmal erwähnt, daß der Antrag Lasker, eine Kommission von 7 Mitgliedern (selbstverständlich des Abgeordnetenhauses) mit der Untersuchung betrauen und die Staatsregierung zur Mitwirkung bei ihr einladen wollte, während die in der Botschaft angekündigte königliche Kommission aus 2 Justiz-, 2 Verwaltungsbeamten und je 2 Mitgliedern der beiden Häuser des Landtages unter dem Vorsitz des Präsidenten Günther bestehen soll.

Abg. Lasker als Antragsteller: Seit ich vor acht Tagen hier diese Angelegenheit zur Sprache gebracht habe, haben sich sehr viele Dinge zugetragen, welche sowohl mein Vorgehen rechtfertigen als auch zur Begründung meines Antrages dienen. Unter diesen Vorgängen stelle ich freudig die Worte der gestern gehörten Botschaft voran, weil daraus hervorgeht, daß in der höchsten Spitze unserer Regierung ganz dieselben Anschauungen herrschen und ganz dieselben Ziele verfolgt werden, welche zugleich Anschauungen und Ziele des ganzen Hauses bilden. Nicht gering ist auch zu veranschlagen, daß es, wie mir Zuschriften aus allen Theilen Deutschlands beweisen, nur einfacher, ungeschminkter Worte bedurft hat, um das Gewissen des deutschen Volkes zu erwecken, und einen Wiederhall hervorzurufen, wie solcher seit langer Zeit in inneren Angelegenheiten nicht dagewesen. Alle Seiten des Volkes sind entschlossen, nicht Nachsicht zu haben mit Schäden, welche sich in Handel und Wandel und auch vielleicht in die Verwaltung eingeschlichen haben. Erscheinen auch einzelne Theile des Volks für solche Gefühle halb abgestumpft, so hoffe ich doch, daß die jetzige große Bewegung auch diese wieder ganz und voll dem Gefühle der Ehre zugänglich machen wird, welches dem Charakter des Volkes entspricht. Mir ist selbst aus diesen Kreisen mitgetheilt worden, daß sie in jüngster Zeit vielfach über die Grenze zwischen Recht und Unrecht ins Unklare gekommen sind, und daß viele von ihnen selbst die Gelegenheit zur Bestimmung willkommen heißen, um beurtheilen zu können, wie weit sie das Schickliche verletzt oder eingehalten haben. Nachdem wir beinahe 8 Tage hindurch uns wohl ziemlich einstimmig und ohne Unterschied aller Parteien auf das Ernsthafteste mit diesem Gegenstande beschäftigt haben, glaube ich selbst wahrgenommen zu haben, daß alle die kleinen Bedenken gegen meinen Antrag, Fragen des Verfassungsrechts, einer objektiven Feststellung des Beweismaterials nach und nach verschwunden sind, und ich zweifele nicht, daß auch ohne die königl. Botschaft über die Annahme meines Antrages ein Streit nicht sehr tief gegangen wäre (Widerspruch rechts), daß ihm die große Mehrheit sicher gewesen wäre. (Sehr richtig links, nein rechts.) Ich hatte für diejenigen, welche „nein" sagen, Platz gelassen, indem ich von der großen Mehrheit des Hauses gesprochen habe. (Heiterkeit.) Ich darf deshalb das Dazwischenkommen der königl. Botschaft für einen Akt weiser Politik erklären, weil er möglicher Weise einen parlamentarischen Vorgang abwendet, der sonst unabwendbar gewesen wäre. Aber ich will nicht blos bei dieser formellen Anerkennuug stehen bleiben, sondern weit mehr erfreut mich, aus den Worten der Botschaft zu entnehmen, daß die Regierung ganz die Sprache spricht, welche wir sprechen, daß ihre Gefühle unsere Gefühle sind. Denn deutlicher kann nicht gesprochen werden, als in dem Sinne, es solle Untersuchung eingeleitet werden über alle Thatsachen, welche geeignet sind, Auskunft zu geben über Mängel der Gesetzgebung, Schädigungen des wirthschaftlichen Lebens und Mißbrauch der Verwaltung. Aber nachdem ich diesen Zoll der Anerkennung der Botschaft abgestattet, ziemt es uns, auch an den geschäftlichen Theil der Verhandlung zu gehen und uns klar zu machen, auf welchem der beiden Wege und mit welchen Mitteln unser gemeinsames Ziel am besten erreicht werden kann. Nachdem nun unzweifelhaft der beste Entschluß im Hause und bei der Regierung vorhanden ist, ernste Untersuchung über Mißbräuche, Mängel des Gesetzes und Schäden anzustellen, da ist es nicht mehr ein getrenntes Interesse dieser oder jener Seite des Hauses, dieses Hauses und der Regierung, in welcher Weise die Untersuchung geführt werden soll, sondern nach dem Inhalt der Botschaft wird es eine Angelegenheit aller drei gesetzgebenden Faktoren sein, genau zu überlegen, auf welchem Wege wir zu diesem gemeinsam erstrebten Ziele am besten kommen können. — Lassen Sie mich über einen Theil kurz hinweggehen: über die Zusammensetzung der Kommission. Einer Erwähnung muß ich ihrer insofern thun, als in jedem Kollegium auf das Stimmenverhältniß zwischen Mehrheit und Minderheit die Person des Vorsitzenden durchaus nicht ohne Einfluß ist. Da ich aber in dem Inhalte der Botschaft nichts zu bemängeln gedenke, so habe ich mit der Regierung nur ferner darüber zu verhandeln gewünscht, welche Garantien der so zusammengesetzten Kommission gegeben werden sollen. Hier ist noch freie Hand gelassen und hier ist allerdings die Bürgschaft dafür zu suchen, daß auch nicht ein Schatten darüber schwebe, in der festen Ueberzeugung, daß selbst dem Einzelnen in der Kommission es möglich sein wird, mit seiner Stimme durchzudringen und überall Klarheit hineinzutragen, selbst wenn ein Streit der Meinungen glauben sollte, es könne die Durchforschung des einen oder anderen Gebietes vermieden werden. Ich will ganz objektiv, da ich noch nicht weiß, wie das Urtheil des Hauses ausfallen wird, die schwachen und die starken Seiten beider Untersuchungsarten darthun. Ich sehe keineswegs, daß eine parlamentarische Untersuchung an sich nach allen Richtungen hin die größten Vortheile darbiete und das erstrebte Ziel am meisten sichere, aber das werden Sie nicht übersehen, daß für dieses Haus allerdings eine parlamentarische Kommission zur Herrschaft über das Material und über die Wege, welche zur Untersuchung führen, sehr viele Vortheile darbietet. Vor allem wählen wir eine größere Zahl von Mitgliedern aus unserer Mitte und es wird freier Raum gegeben, verschiedenen Fähigkeiten dieses Hauses vollen Ausdruck zu geben, während naturgemäß in der Wahl zweier Personen die weit größere Beschränkung stattfindet. Zweitens ist jede Kommission dieses Hauses ein Theil des Hauses und durchaus angewiesen, den Beschlüssen desselben Folge zu geben, so daß durch das Gesetz dieses Hauses der Kommission die Direktive vorweg gegeben werden kann, in welcher Weise sie die Untersuchung leiten soll, dann kann die parlamentarische Kommission in jedem Augenblicke, wo ihr Zweifel aufstoßen; an ihren Machtgeber sich wenden und von ihr eine weitere Direktive fordern. Endlich liegt auch naturgemäß in einer parlamentarischen Kommission eine größere Elastizität als irgend eine anderweite konstituirte Behörde zu bieten im Stande ist. Das sind ihre Vortheile. Aber ihre Schwächen sind mir auch nicht unbekannt für den Fall, daß ihr die Staatsregierung die Mitwirkung versagt. Zwar sind verfassungsmäßig die Behörden des Landes und insbesondere wohl die Richter dazu befugt, vielleicht sogar anzuhalten, einer solchen Kommission Auskunft zu geben; es liegen die Präcedenzfälle auch vor aus dem Jahre 1863, wo thatsächlich eine große Zahl von Richtern den Requisitionen der Kommission nachgekommen ist, obschon die Regierung sich damals ausdrücklich gegen die Kommission erklärt und nicht blos ihre Mitwirkung versagt hatte. Aber ich gebe zu, daß wir hier möglicherweise vor einer staatsrechtlichen Streitfrage stehen könnten und daß die Untersuchung dadurch an vielen Punkten eine Unterbrechung erleiden könnte. Auch ist in Bezug auf die Kompetenz, welche eine solche parlamentarische Kommission einzelnen Personen gegeben hat, manches Hinderniße und manche Streitfrage möglich, welche unter Mitwirkung der Regierung sich leicht beseitigen läßt, möglichenfalls unter Zuhilfenahme der Gesetzgebung. Dies sind die starken und die schwachen Seiten einer parlamentarischen Untersuchung, wenn das Haus sie einseitig zu führen verpflichtet wäre, was übrigens hier nicht entfernt anzunehmen gewesen ist. Denn ich mußte ja bei der Regierung den ernstlichen Willen zu der Untersuchung voraussetzen, wie er in der That in der Botschaft sich dokumentirt hat. Anderseits hat auch die königl. Kommission ihre Licht- und Schattenseiten. Zunächst erkenne ich die große Bedeutung des ersten Falles an, in welchem wir zur Untersuchung über Verwaltungsakte eingeladen werden. Dankbar erkenne ich dies als einen großen Fortschritt in unserem politischen Leben an. Hier zum ersten Male wird aus dem Bedürfniß des Herzens von Seiten der Regierung anerkannt: es giebt Lagen, in denen zum Wohle des Landes die Regierung die Mitwirkung der Volksvertretung wünschen muß und nicht blos als Konzession diese zugesteht. Denn die Regierung wollte nicht etwa nur die Gemüther beschwichtigen, indem sie uns einlud, sie hat das Bedürfniß gefühlt, zu solchen Kräften hier heranzugehen, zu einer solchen Autorität, welche vor dem tief bewegten und tief theilnehmenden Volke in der Mitwirkung seiner gewählten Vertreter liegt. Dann bietet die königl. Kommission ihre weiteren Vortheile insofern, als die Regierung der Kommission alle diejenigen Kompetenzen zu Gebote stellen wird, welche sie im Verwaltungswege einzuräumen im Stande ist. Das ist die erste Voraussetzung. Die Regierung wird auf die Vernehmung der Zeugen hinwirken, sie wird von sämmtlichen Gerichten die Theilnahme fordern, sie wird das Vereidigungsrecht für die Mitglieder der Kommission verschaffen und Alles, was nöthig ist zur Erforschung von Thatsachen und wo die Grenze sich herausstellen soll, wenn die Kommission bei ihrer gewissenhaften Untersuchung finden sollte, daß sie mit denjenigen Kompetenzen, welche die Verwaltung ihr einzuräumen im Stande ist, nicht zu ihrem Ziele gelangen kann; da wird die Regierung mit den beiden gesetzgebenden Faktoren zusammenwirken, um der Kommission diese Kompetenz zu verschaffen. — Man hat wohl hier und da geäußert, es wäre besser, gleich am Anfange sich über ein Gesetz zu verständigen, welches das Verfahren der Untersuchungs-Kommission regele. Wenn die Regierung dazu im Laufe der Zeit die Initiative ergreifen will, so werde ich gern mitwirken, aber eine Verzögerung möchte ich in keinem Falle für die Einleitung der Untersuchung herbeiführen. Vor Allem soll der Anfang gemacht werden. Der größte Vortheil aber ist der, daß Abgeordnetenhaus und Regierung gemeinsam wirken und auch nicht der

Tagesüberſicht.

Poſen, 17. Februar.

Wenn es die Welt noch nicht wüßte, daß die ultramontanen Biſchöfe „marſchiren wie ein Regiment“, ſo brauchte man nur einen Blick ins „Univers“ zu thun. Der franzöſiſche Episkopat marſchirt mit Proteſtbriefen gegen Thiers, um ihn zur Einmiſchung in die italieniſchen Angelegenheiten zu treiben. Der belgiſche Episkopat richtet offene Briefe an den Biſchof von Baſel und an den Biſchof von Hebron, um ſie zum Kampfe zu ermuntern, und Louis Veuillot ertheilt dann ſeinen journaliſtiſchen Segen als Großagitator für das Jeſuitenthum. Frankreich iſt noch nicht genug durchwühlt, in ſeiner Volksbildung noch nicht genug zurück, es muß immer mehr, um mit Veuillot zu reden, zum Lazarus werden, damit das Wunder der Auferweckung des franzöſiſchen Volkes geſchehe. Einſtweilen kündigt die „Semaine Religieuſe“ von Saint-Brieuc eine neue Pilgerfahrt zur heiligen Anna von Auray für Oſtermontag und Oſterdienſtag an, „um zur Patronin der Bretagne für die Kirche und für Frankreich zu beten“. Für Deutſchland ſind dieſe Pilgerfahrten beruhigender, als es Truppenmanöver im Feuer ſein würden. Ohne Schaugepränge und Komödien thut es der Franzoſe in ſeiner Eigenſchaft als moderner Römer nun einmal nicht mehr; je ſchlechter die Zeiten, deſto lauter der Ruf nach Brot und zirzenſiſchen Spielen, und nebenbei noch etwas Einmiſchung in fremde Angelegenheiten. Für letzteres muß die ſpaniſche Kriſis jetzt herhalten. Dieſelben Franzoſen, die mit ihrer eigenen Republik nun ſchon ſo lange wie die Ochſen am Berge halten, ſind voll tiefer Weisheit über das, was die Spanier thun müſſen, um ſofort die ihrige unter Dach und Fach zu bringen. Die Herren in Madrid brauchen nur die pariſer republikaniſchen Blätter zu leſen und ſie ſind gerettet, wofern ſie nicht Karliſten ſind; dann aber finden ſie in den Jeſuitenorganen Rezepte in Menge, wie die Republik als Leiter zu Thron und Altar zu benutzen iſt. Dagegen predigt das Organ des alten Thiers: Es fragt ſich nicht, ob Spanien reif für die Republik iſt, ſondern ob es Ruhe und Ordnung halten, Arbeit und Disziplin entwickeln und die Segnungen eines intelligenten Volkes zu Reife kommen laſſen wird.

Nach Berichten von der ſpaniſch-franzöſiſchen Grenze ſcheint Don Karlos die Gelegenheit, welche ihm die Abdankung Amadeus’ geboten hat, nicht benutzen zu wollen, um endlich die Grenze zu überſchreiten und ſich an die Spitze der Karliſtenbanden zu ſtellen. Es ſcheint, daß er ſeine Streitkräfte für nicht hinlänglich organiſirt hält, um den Truppen der madrider Regierung, die jetzt wahrſcheinlich mit größerer Energie auftreten werden, mit Erfolg die Spitze bieten zu können. Uebrigens ſoll er auch erfahren haben, daß die madrider Regierung, wenn er in ihre Hände fallen ſollte, kurzen Prozeß machen, ihn einfach vor ein Standgericht ſtellen und erſchießen laſſen will. Dem Prätendenten ſcheint jedoch ſein junges Leben noch recht lieb zu ſein, und ſo wird er denn wohl einſtweilen noch dieſſeits der ſpaniſchen Grenze bleiben. Die Nachricht von der Abreiſe des Prinzen Alphons aus Wien iſt verfrüht. Die tugendroſige Iſabella beklagt, daß ihr Sohn noch zu jung ſei, um ſelbſt zu handeln.

Der genfer große Rath hat das neue Kirchengeſetz angenommen. Daſſelbe beſteht in drei Artikeln, von denen der erſte den Gemeinden das Wahl- und Abberufungsrecht der vom Staate beſoldeten Pfarrer und Vikare ertheilt, der zweite die Ausübung biſchöflicher Funktionen an die Anerkennung der Perſon des Biſchofs durch den Staat und die Beobachtung aller bürgerlichen Geſetze knüpft, der dritte endlich feſtſetzt, daß die Zahl und Ausdehnung der Pfarreien, die Form und Bedingungen der Wahl der Geiſtlichen, ihr Amtseid und die Fälle wie die Art ihrer Abſetzung, endlich die Organiſation der Kirchengemeinde durch ſtaatliches Spezialgeſetz geregelt wird. Das Placet iſt damit gefallen, ebenſo dem Beſtreben der baſeler Diözeſan-Kantone, Genf zu dem neuen Biſthum Baſel zu ziehen, der Boden weggezogen worden. Kurzer Prozeß, beſter Prozeß.

Die päpſtliche Kurie hat letzten Sonntag im Vatikan wieder zwei Heiligſprechungs-Prozeſſe vorgenommen; den einen über den Benediktiner Labre aus Arras vollendet, den andern über den Kapuziner Burgio aus Sizilien angefangen. Herr v. Corcelles wohnte mit dem ganzen Geſandtſchaftsperſonal und dem franzöſiſchen Konſul der Feierlichkeit bei und nahm in einem der bei ſolchen Gelegenheiten gewöhnlichen politiſchen Ausfälle des Papſtes an die Adreſſe des Hrn. Thiers das Kompliment entgegen, „Gott möge ihm beſſere Rathſchläge eingeben.“ Der heilige Vater ertheilte allen Frommen Frankreichs und Italiens ſeinen Segen, den Präſidenten der franzöſiſchen Republik und Diejenigen, „die in Italien regieren, möge Gott ſegnen“, wenn er will.

Für das auf dieſer Seite Folgende
übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Die Zahl der am Schluſſe des Jahres 1872 im Courſe geweſenen Sparkaſſen-Quittungsbücher der Poſener ſtädtiſchen Sparkaſſe betrug 4936 Stück über 347,904 Thlr. 4 Sgr. 7 Pf. betrug.

Davon hatten eine Einlage

	bis 20 Thlr.	1756	Stück,
von 20	bis 50 „	1072	„
„ 50	„ 100 „	948	„
„ 100	„ 200 „	723	„
„ 200	und darüber	437	„
	Summa:	4,936	Stück

Von dieſen beſaßten:

1. Gewerbe, Stiftungen, Schulen ꝛc.	509	Stück
2. Kirchen .	469	„
3. Wittwen .	336	„
4. Kinder .	873	„
5. unverehelichte Mädchen Nähterinnen ꝛc.	509	„
6. Dienſtboten: a. männliche .	113	„
b weibliche .	489	„
7. Händler .	166	„
8. Handwerker .	611	„
9. Militär .	262	„
10. Beamten .	240	„
11. Landleute .	136	„
12. Arbeiter .	221	„
13. Perſonen unbekannten Standes .	2	„

Poſen, den 10. Februar 1873.
Der Magiſtrat.

Bekanntmachung.

Der Konkurs über das Vermögen des Goldarbeiters **W. Wepold** in Poſen iſt nach vollſtändiger Vertheilung der Maſſe für beendet und der Gemeinſchuldner für entſchuldbar erklärt worden.

Poſen 8. Februar 1873.
Königliches Kreisgericht.
Erſte Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die unterm 21. Dezember 1872 eingeleitete nothwendige Subhaſtation des dem Wirth Stanislaus Maychrzak und deſſen Ehefrau Appollonia geb. Solata gehörigen Grundſtück Neu-Tębno Nr. 1 iſt wieder aufgehoben worden.

Poſen, den 5. Februar 1873.
Königliches Kreisgericht.
Erſte Abtheilung.
Der Subhaſtationsrichter.
gez. **Keyl.**

Bekanntmachung.

In unſer Firmenregiſter iſt unter Nr. 238 die Firma **„Iſidor J. Kayſer** zu Krotoſchin“ und als deren Inhaber der Kaufmann Iſidor Iſaac Kayſer zu Krotoſchin, zufolge Verfügung vom 12. Februar 1873 heute eingetragen worden.

Krotoſchin, den 13. Februar 1873.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Schein eines Zwiespalts hervorgebracht wird, oder der Schein, als ob auf irgend einer Seite eine Verdunkelung angestrebt werde oder ein geringes Interesse für die Klarstellung der Thatsachen vorhanden ist. Aber zur vollen Wirksamkeit dieser Kommission gehört vor Allem, daß man sich unter dieser Behörde nicht ein Kollegium denke, welches mit Stimmenmehrheit entscheidet. Wenn dies der Fall, dann würde ich sagen: so gut der Wille auf beiden Seiten sein mag, wir haben ein unwirksames Instrument geschaffen. (Sehr wahr!) Wenn das Kollegial-Princip mit den Befugnissen, wie sie der Vorsitzende eines Kollegiums gewöhnlich hat, eingeführt wird, würde ich lieber fern bleiben von der Kommission. (Sehr wahr links!) Wir müssen uns also über eine Garantie verständigen für eine zukünftige Geschäfts-Ordnung, um zu wissen, daß jedes einzelne Mitglied völlig freie Bewegung hat. Ich glaube in der Kürze die Hauptpunkte dahin präzisiren zu können, indem ich voraussetze, daß alle übrigen Garantien einer gewöhnlichen Geschäftsordnung und Verfahrens gewiß zugesichert sind: es muß jedem einzelnen Mitgliede das Fragerecht zustehen und zwar durch seine eigene Person und nicht durch den Mund des Präsidenten. Ich würde diesen Umstand kaum erwähnt haben, wenn nicht in unseren altländischen Provinzen zum Theil durch den Wortlaut des Gesetzes, um zum Theil durch eine sehr schlechte Praxis sich die Gewohnheit herausgestellt daß der Vorsitzende allein mit den Zeugen redet. Sodann bringt es die Natur der Sache mit sich, daß jedes Mitglied das Recht haben muß, den Gegenstand zu bezeichnen, dessen Untersuchung es fordert, daß es nicht abhängig sein kann von einem Majoritätsbeschluß, ob ein solcher Gegenstand der Untersuchung bedürftig oder nicht. Wie sehr dies nöthig, werde ich heute sachlich später darthun und Sie werden ersehen, daß täglich das Material in meinen Akten für die Untersuchung sich erweitert, seitdem wir uns in den Verhandlungen befinden. (Hört! links.) Auch Beweisgegenstand und Beweismittel müssen von den Einzelnen bezeichnet werden können, so daß ein Zeuge über einen bestimmten Gegenstand auch wirklich vernommen werden muß und daß über die Zulässigkeit seines Zeugnisses nicht ein Majoritätsbeschluß entscheiden darf. Während nämlich die R gierung anerkennt, es sei ein Interesse vorhanden, beide Häuser in dieser Untersuchung korporativ vertreten zu sehen, sind doch die Mitglieder der Landesvertretung in ausgesprochener Minderheit und jede von ihnen in einer kleinen Minderheit, und doch werden diese Abgeordneten neben der Regierung über das Resultat der Untersuchungs-Bericht erstatten müssen. Mit der Vollziehung der Wahl aber scheiden Ihre Deputirten von ihnen aus, handeln selbstständig unter ihrer eigenenen Verantwortlichkeit und Sie hören von ihnen erst, wenn die Untersuchung abgeschlossen. In der Zwischenzeit muß also unser Interesse von den beiden Deputirten wahrgenommen werden, und darf sie eine Majorität daran nicht hindern (Sehr richtig), denn nach Allem, so sehr ich das Zusammenwirken von Regierung und Volksvertretung für politisch höchst bedeutend halte weil diese Angelegenheit eine Angelegenheit des Gewissens ist, die vor dem deutschen Volke noch weit über die Tragweite politischer Ereignisse hinausgeht, so glaube ich andererseits, ich würde keinen größeren Schaden für das ganze Land kennen, als wenn die Kommission ihr Resultat verfehlen sollte. Unter diesem Resultate verstehe ich keineswegs Beschaffung von Anschuldigungsmaterial, sondern volle Klarlegung, sei es in der Anschuldigung, sei es in der Reinigung. Ich weiß wohl, daß Befugnisse, wie ich sie auseinandergesetzt habe, von einzelnen Mitgliedern gemißbraucht werden könnten, aber dann wird es Ihre Sache sein und die Sache der Regierung, die Garantien in den Personen zu suchen, die zu dieser Kommission gewählt und ernannt werden in Personen, denen nicht etwa daran liegt, ein bestimmtes Ziel, das sie sich vorgesteckt haben, zu erreichen, in dem einen oder anderen Sinne, sondern von denen sie überzeugt sind, daß ihr Gewissen und auch ihr Verständniß sie jederzeit zwingen wird, Wahrheit zu stellen über das, was sie mißbräuchlicher Weise einen Erfolg nennen könnten. Wenn Sie sich aber so in den Personen geirrt haben, dann muß zusammengewirkt werden, daß die Untersuchung zu einem Resultat führe, denn so lange die Angelegenheit hier nicht angeregt war, mögen die Mißbräuche im Lande vorhanden gewesen sein — das Gewissen aber war in keiner Weise so verletzt, als wie wenn Regierung und Landtag sich zusammenthun und es den Angeschuldigten gelingen möchte, der Untersuchung zu entschlüpfen. Das wäre ein heilloser Schaden; aufgeklärt muß werden, daß mit der Fackel bis in den innersten Winkel hineingeleuchtet worden ist und dann wird das Volk beruhigt sein, wie auch der Ausfall der Untersuchung sein mag. Wenn die Regierung uns die nöthigen Garantieen giebt, so würde ich kein Gewicht auf die Form der parlamentarischen Untersuchung legen, denn die Sache geht mir über die Form. Was nun die Ausdehnung der Untersuchung anbetrifft, so glaube ich, in den Worten der Botschaft eine wirklich weite und rückhaltlose Anerkennung einer allgemeinen, über die angeregten Gegenstände zu führenden Untersuchung gefunden zu haben und die Worte lassen auch keinen Zweifel darüber. Es scheidet durch die Gelegenheit und durch die Veranlassung, bei der ich den Gegenstand zur Sprache gebracht habe, ein anderer Zweig des geschäftlichen Lebens aus, bei welchem Mißbrauch der Verwaltung und Unzulänglichkeit der Gesetze großes Unheil stiftet. Ich meine die Gründungen, welche nicht unmittelbar mit dem Eisenbahnwesen zusammenhängen. Wir sind parlamentarisch gezwungen, uns heute auf die Eisenbahnkonzessionen zu beschränken. Damit soll keineswegs ein Urtheil ausgesprochen werden, daß nicht gleichartige Uebelstände durch Unzulänglichkeit des Gesetzes bei den Gründungen anderer Art stattfinden; es wird hoffentlich in Bezug hierauf ein Nachspiel bei einer Gelegenheit gegeben werden, die wohl nicht mehr fern ist in diesem Hause und welches vielleicht erst im Reiche ein Ende finden wird. Für jetzt möchte ich sagen, daß der schlimme Theil der Gründungen als der nächste Angeklagte wartend steht (Heiterkeit). In Betreff des Umfanges der Untersuchung war von mir beabsichtigt, daß er sich erstrecke über den Mißbrauch der Verwaltung, über die Unzulänglichkeit der Gesetze, über die Täuschungen, welche mit den Konzessionen und mit den Baubedingungen getrieben werden, über das Unheil, welches durch diese Täuschungen in das Land gebracht wird, über die gänzlich unzulängliche Weise der Verwaltung des Konzessionswesens und außerdem um darzuthun an einzelnen Beispielen, wie dieses Verfahren, das ich fortgesetzt als ein schwindelhaftes und gegen die Gesetze gerichtetes bezeichnet habe, in ein vollständiges von der Regierung anerkanntes Verwaltungssystem gebracht worden ist (Hört, hört! links) und endlich auch um zu zeigen, wie nahe die Gefahr schon heranstreift an die amtlichen Kreise und vielleicht auch an die Pforten der Landesvertretung. Dazu habe ich in der vorigen Verhandlung Paradigmen gegeben. Keineswegs waren es alle Beispiele, die mir zu Gebote standen; aber ich dachte, es genügt, wenn an ein paar Beispielen gezeigt, welcher Art die Gefahren sind, und daß ich nicht bloß im Allgemeinen Anschuldigungen erhebe. In der That ist ja auch diese Wirkung erreicht worden. Denn verstehe ich die Bewegung im Volke, die dankenswerthe Theilnahme der Regierung recht, so ist auch sie der Meinung, daß wir es hier nicht mit vereinzelten Fällen zu thun haben, sondern mit einer verkehrten Richtung öffentlicher Strömungen und der Verwaltungspraxis. Dieses Material hat sich seitdem erheblich erweitert, doch werde ich auch heute mit Rücksicht auf die einzusetzende Untersuchungskommission nicht mit neuen Thatsachen vorgehen, sondern nur Einzelheiten anführen, welche ich als Ehrenflicht gegen mich und Andere ergänzend anführen muß. In den 8 Tagen der Zwischenzeit ist auffallend wenig berichtigendes Material bei mir eingegangen. Es besteht in Folgendem: Der Freiherr von Patow hat mir geschrieben, daß er meine Belobigung nicht annehmen könne, in Beziehung auf seine Hilfe, welche er dem Abg. v. Lingenthal geleistet habe bezüglich des Baues dankenswerther nützlicher Eisenbahnen. Er hätte sehr gern diese Hilfe geleistet, wenn er sich nicht grundsätzlich von allen Eisenbahngesetzen fern gehalten hätte. Ich schulde Herrn v. Patow diese Erklärung, damit es nicht den Anschein gewinne, als ob er sich ein Lob aneigne, das nach seiner Meinung ihm nicht gebührt. Eine Berichtigung ernster Natur bezieht sich auf den Ministerial-Direktor, der plötzlich entlassen worden ist, gerade der Vorsteher des Departements für den Eisenbahnbau. In bin heute in der Lage zu sagen, daß dieser Beamte so gut wie weggejagt ist von seinem Chef. Der Personenfrage wegen muß ich hinzufügen, daß es nicht der unmittelbare Vorgänger des Herrn Weishaupt, der Geh. Rath von Wolff gewesen, sondern der Ministerial-Direktor von der Reek, der in der Mitte dieses Hauses gesessen hat. Von den Betheiligten ist mir das urkundliche Material zu Gebote gestellt, daß der von mir als Hörensagen bezeichnete Grund, als habe dieser Herr einer Konzession, welche einer von ihm begünstigten Bahn zuwider gewesen, Schwierigkeiten gemacht nicht zutrffti. (Hört! hört!) Ich habe das ganze Material noch n cht bis zu Ende prüfen können, indessen enthält es viel Belastendes für den Handelsminister in diesem Falle. (Hört, hört!) Der Fall betrifft die Berlin-Lehrter Bahn, über welche 6 oder 8 Jahre verhandelt ist in welcher Weise die Konzession finanziell nutzbar gemacht werden soll für den Finanz- und nicht für den Eisenbahnunthernehmer. Ich hatte von diesem Beamten bis vor ganz kurzer Zeit nichts Nachtheiliges aus direkter Quelle gehört. Die Einen sagten, er sei entfernt worden, wegen seines fehlerhaften Benehmens im Amte die andern weil gegen ihn aus den Interessen Strousbergs intriguirt sei. Ob dieser Vorwurf bestehen bleiben wird, ob ein dritter Grund zu dieser plötzlichen Entlassung vorhanden gewesen, weiß ich nicht, aber ich war schuldig, das mitzutheilen, was mir hier mitgetheilt worden ist; denn es war der Wunsch der Nächststehenden, und eine solche Pflicht der Ehre werde ich jeder Zeit abzustatten bereit sein. — Nun ist noch eine Berichtigung von zwei Personen bei mir eingegangen, die irgend eine Person anschuldigen, daß sie sich ihnen gegenüber der Erpressung schuldig gemacht habe, und daß ich wahrscheinlich von diesem Manne meine Information erhalten habe. Da mir dieser Name aber ganz unbekannt ist, so brauche ich die Mittheilung hier wohl nicht in extenso zu machen. So weit sind mir Berichtigungen zugegangen, das ergänzende und belastende Material ist erheblicher. Ich berühre davon ganz leise nur drei Punkte des allgemeinen Interesses für die Untersuchung. Erstens ist von Personen, die die beste Einsicht in die Strousberg'sche Wirthschaft haben, mir erklärt worden, daß ich lange nicht genug unterrichtet sei, auf wie faulen Grundlagen dies ganze System beruht habe. Eine dieser Personen war berufen, ein schiedsrichterliches Urtheil abzugeben, hat aber, weil die Dinge so tief unter ihrem Rechtsgefühl standen, nach Einsicht der Akten die Abgabe dieses Urtheils verweigert. Die andere Person war berufen, Decharge zu ertheilen, ist aber auch nach Monaten noch nicht in der Lage, es zu thun. Beide haben erklärt, vor der Kommission Zeugniß abzulegen, und wir werden also das Strousberg'sche System auch in seinen Einzelheiten noch näher kennen lernen. Den zweiten Punkt erwähne ich, weil dadurch Angaben bestätigt werden, die in feierlicher, amtlicher Form bestritten worden sind in Bezug auf den Fall Wagener. Zweimal bin ich widerlegt worden, offiziös und offiziell, daß der Herr Geh. Rath Wagener nicht zwei Konzessionen außer der pommerschen erhalten habe, als ob es sich überhaupt nicht um zwei Konzessionen gehandelt habe. Nun empfange ich einen Brief mit der eigenhändigen Unterschrift des Herrn Wagener, der wörtlich schreibt: „Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf das gef. Schreiben vom 7. c. ergebenst, daß ich allerdings erwarte, in nächster Zeit die Konzession für zwei Eisenbahnlinien zu erhalten, sie aber bis heute noch nicht erhalten habe. Ist die Sache soweit gediehen, werde ich mich gern Ihres Wunsches erinnern. Berlin, 13. Februar 1872." Es war also die Meinung des Herrn Wagener, daß es sich um zwei Konzessionen handelte, und es war kein Grund, gegen mich so aufzutreten, weil ich von zwei Konzessionen gesprochen habe. Sodann besitze ich jetzt Zeugenmaterial und Abschriften, wonach die Gesellschaft Wagener-Oder-Schuster Gegenreserve ausgestellt hat gegen die Zeichnungen, die dem Herrn Handelsminister zum Nachweis der Aktienzeichnung vorgelegt sind. (Hört! Hört!) Ich stelle die Abschriften dieser Reserve zu Gebote, und die Zeugen haben sich erboten, ausdrücklich mit ihrem Zeugniß aufzutreten und die Originalurkunden vorzulegen, und damit gar kein Zweifel darüber sei, wie diese Reserve lauten, heißt es: „Herr N. zeichnete heute die Summe von 30,000 Thlr., in Worten Dreißigtausend Thalern Pr. Crt. in Stamm-Prioritäts-Aktien der pommerschen Zentralbahn (Wangerin—Konitz) und hat dem unterzeichneten Gründungskomite die betreffende Urkunde übergeben. Die Mitglieder des Komites verpflichten sich dagegen persönlich, die auf diesen Aktienbetrag entfallenden Einzahlungen selbst zu leisten (hört! hört!) und entbinden Herrn N. jeder Verpflichtung, welche ihm aus dieser Zeichnung sowohl der genannten Eisenbahngesellschaft als der Staatsregierung gegenüber erwächst (hört! hört! Unruhe), treten überhaupt durch gegenwärtige Erklärung in Bezug auf Rechte und Pflichten ganz an Stelle des Herrn N., welcher hiernach den Mitgliedern des Komites die volle Disposition über die von ihm gezeichneten Aktien überträgt. Berlin — es ist nämlich ein Formular — (Heiterkeit.) Berlin, 4. April 1870. Das Gründungskomite für die pommersche Zentralbahn (Wangerin-Konitz.) In Vertretung, gez. Weißenborn." Ich weiß nicht, ob klarer Zeugniß abgelegt werden kann, übrigens erbieten sich die Briefschreiber selbst, mehrere solche Reverse beizubringen, ein Umstand, den ich voriges Mal gekannt habe, nur fehlten mir noch die authentischen Beweise. Dies geschah am 4. April 1870, nachdem Herr Wagener in Gemeinschaft mit Herrn Schuster durch öffentliches anlockendes Zirkular die ganze Welt eingeladen hat, die Hälfte der Stammaktien zu zeichnen, weil sämmtliche Stammprioritätsaktien und die Hälfte der Stammaktien bereits fest und sicher bei den Bankiers untergebracht sei (hört! hört!) — also urkundlich eine Vorspiegelung falscher Thatsachen, ich überlasse den Juristen, dazu die juristische Form zu finden (Heiterkeit, sehr gut!). Und dieser Fall ist nicht vereinzelt; ein geprellter Mann aus der Gegend schreibt mir, wie in gar gottesfürchtigen Worten Herr Schuster ihm geschrieben habe, er möge sich nur beruhigen, die Stammprioritätsaktien und Stammaktien seien alle ganz sicher untergebracht, das Geld liege bei den Bankiers, Gott der Herr habe bisher immer seine Unternehmungen gesegnet; (große Heiterkeit, pfui!) er werde sie auch jetzt segnen, und es werde nicht lange dauern, so würden diese Aktien mehr als 100 Prozent stehen. Um dieselbe Zeit oder etwas später haben sie dieselben Herren Wagener und Schuster für 40 Proz. verkauft. (Hört! hört!) Noch andere belastende Umstände liegen vor, wovon ich annehmen muß, daß es nur auf Täuschung der Regierung abgesehen war, weil dieselbe sonst durch Ertheilung der Konzession nicht daran Theil genommen hätte. Denn eine Generalentreprise ist unmittelbar eingeleitet worden über das ganze Aktienunternehmen, also allerdings mit einem insolventen Menschen. Ich wollte hier nur zeigen, daß ich neulich wohl berechtigt war, dieses Geschäft so zu charakterisiren wie ich es gethan habe und daß es mehr und mehr durch sogar als offiziös bezeichnete Nachrichten feststand: Die preuß. Regierung muß unmittelbar und unverzüglich untersuchen, wie ein solcher Beamter noch in amtlichen Verhältnissen bleiben könne. Dieser Theil ist allein Arbeit der Regierung (Hört! Hört!). — Zahlreich ist mir ferner das Material zugegangen, das nicht nur in vereinzelten Fällen, sondern fast gewohnheitsmäßig darthut, mit welcher Prinzipienlosigkeit und Willkühr die Konzessionen gegeben und versagt worden sind (hört! hört!). In noch weit mehr Fällen sind die direkten Bewerbungen der Kommunen zurückgewiesen worden oder unbeantwortet geblieben und die Konzessionen Personen gegeben worden, die sie so ausführen oder auszuführen gedenken, wie ich es à la System Strousberg geschildert habe Ich nenne unter den Beschwerdeführern nur den Namen des Grafen von Arnim-Boitzenburg, der sicher nicht ohne feste Begründung solche Beschwerden gegen die Regierung erheben würde. Ich werde alle diese Fälle der Untersuchungskommission zur Disposition stellen. Der Fall ist nicht vereinzelt, wo gegebene Konzessionen benutzt worden sind, um nur Abfindungen für die herbeizuführen, die die Konzession erhalten haben, und wo der Herr Handelsminister mitgewirkt hat, um diese Konzessionen auf die Hintermänner zu übertragen. Ich habe zum Nachweis dieser Fälle leider heute die Urkunden nicht mitgebracht, die bei mir in einem ganzen Aktenfaszikel vorhanden sind. Uebrigens gehört darunter die Berlin-Lehrter Bahn — die dem Gedächtniß des Herrn Handelsministers nicht entgangen sein wird, ein Fall, in dem die Finanzmänner die nicht die Absicht gehabt haben, die Bahn zu bauen, das Geschäft lediglich sich ausbedungen haben von den Erbauern, daß sie ihnen sie lediglich sich ausbedungen haben von den Erbauern, daß sie ihnen die Aktien zu 60 Prozent überließen und sie dieselben mit 78 Prozent an die Börse gebracht haben. Dies war das Landesinteresse, welches die hiesigen bedeutenden Bankiers bei diesen Bahnen hatten, und der Herr Handelsminister hat dabei mitgewirkt; denn er hat die Konzession an Finanzmänner übertragen, während er unzweifelhaft hätte erkennen können, daß es sich von Seiten der Finanzmänner nur darum handelte, durch den Verkauf der Aktien etwa eine Million zu verdienen und zwar durch Konzessionirung des Staates unter der Mitwirkung des preußischen Handelsministers. Dieser Fall steht nicht vereinzelt. Nach alledem werden Sie mir wohl zugeben, wenn in dieser kurzen Zeit und weithinausgehend über das, was ich früher erwähnt habe, das Material sich mit jedem Tage erweitert, daß wahrscheinlich, wenn erst die Botschaft im Lande erklungen sein wird und an jeden einzelnen Bürger herantritt, daß der Wunsch der Regierung und das Interesse des Landes es sei, Information von allen Seiten zu erhalten, und die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen, das Material sich vielmehr noch vermehren wird, als es mir dem einzelnen Abgeordneten zu Gebot steht; und werden wir mit dem Fragerecht ausgestattet, so werden alle bis jetzt nur angedeuteten Uebelstände in vollem Umfang zum Vorschein kommen Ich habe aber diesen auf den Hrn. Handelsminister sich beziehenden Passus hervorgehoben, weil die königliche Botschaft noch von demselben Minister mit unterzeichnet ist (hört! hört! links), denn ich muß zuletzt hinzufügen: alles, was ich nachweislich aus diesem Material entnehme, hat in mir die Thatsache befestigt: seit Jahren wird das nahezu schwerste technische Departement, das am meisten zu Täuschungen und Entstellungen der Verkehrsverhältnisse mitwirkt, verwaltet ohne zureichende Kenntniß der Thatsachen und ohne Beherrschung des Materials. (Hört! hört! links.) Dies thut dem Mensch als Menschen nun in keiner Weise Unehre, aber im Interesse des Staates ist es allerdings, daß gerade an dieser Stelle eine sehr kräftige Verwaltung gehandhabt und die Grenze genau erkannt werde, wie weit der Vortheil des Landes geht und wo der Nachtheil beginnt. Es soll dies nur eine Mahnung sein, denn schmerzlich ist mir die Erfüllung der Pflicht, auch darüber die Bemerkung zu machen, die ich gemacht habe. Aber es soll dies daran mahnen, daß, wenn Jemand berufen wird, als Nachfolger dieses schwere Amt zu übernehmen, er sich genau prüfe, wie weit er in der That die Fähigkeit zur Verwaltung, die Zulänglichkeit zur Verwaltung dieses schweren Amtes mit sich bringe. (Hört! hört links, Heiterkeit.) Als ich den Gegenstand zur Anregung brachte, wurden wohl von mancher Seite Bedenken erhoben, es meinte der Eine, es würde eine Aufregung hervorgerufen, welche im Lande zerstörenden Tendenzen dienstbar gemacht werden würde, denn es würden die Schäden der erwerbenden Gesellschaft, namentlich der in sehr weitem Stile erwerbenden bloß gelegt und dadurch die ohnehin unzufriedenen unteren Erwerbsschichten noch mehr aufgeregt werden. Ein zweites Bedenken war, es würden dadurch Schäden des Innern bloßgelegt vor dem Auslande. Ich habe mich über diese Bedenken hinweggesetzt, weil ich sie für gar keine Bedenken halte. Nicht das Hervortreten der Krankheit, die Krankheit ist schädlich. (Sehr wahr!) Ja, es geht eine große Aufregung durch das Land seit unseren jüngsten Verhandlungen und wir dürfen diesen Zustand nicht permanent werden lassen, denn ein arbeitsames Volk, wie wir sind, hat keine Zeit, gar zu viele Kräfte für die Aufregung zu verwenden, wir müssen schnell an die Arbeit gehen. Wenn Sie eine Untersuchungskommission einsetzen, die alle Garantien giebt, bei der Regierung und Volksvertretung zusammenzuwirken, bei der jeder einzelne die Gelegenheit hat, ganz und gar das Material dem Lande zu beschaffen, dann wird die Aufregung aufhören und die ruhige Theilnahme wird anfangen. Mir werden Sie das Zeugniß geben, daß ich mit keinem Worte irgend etwas hinzugethan habe, was nicht die Thatsachen an Eindruck haben, hervorbringen müssen. (Sehr richtig, links.) — Den zweiten Mißstand, daß vor dem Auslande Schäden bloß gelegt werden, halte ich für sehr untergeordnet. Ich habe immer die Leute für durchaus oberflächlich und für sehr schlechte Wirthe gehalten, die ihre Wirthschaft nicht einrichten nach ihren inneren Bedürfnissen, sondern nach dem, was die Welt sagen wird. Dies ist der Anfang zu einer Scheinwirthschaft und zur Heuchelei. M. H. Während wir selbst Schäden bloßlegen, wird es uns nicht anstehen, ruhmredig zu sein, aber dies Eine darf ich wohl sagen: ein Volk und ein Staat muß wohl gesund sein, der mit der Ruhe des Gewissens an die Untersuchung solcher Thatsachen herantritt, wie wir es thun. Die Ruhe, mit der wir verhandeln, im Gegensatz zur Aufregung im Volk, die Ruhe, mit der die Regierung unserem Bestreben entgegenkommt, ist mindestens ein Zeugniß guter Gewissen, und schon mit diesem Akt hat die Heilung begonnen. Vielleicht ist es auch eine gute Fügung, daß wir, während der arge Materialismus überhand nimmt, in eine Verhandlung gerathen, in der gezeigt wird, daß materieller Erfolg allein die Staaten nicht erhält, daß die sittlichen Postulate, die ab und zu in der Noth des Volkes zurückgedrängt werden, wenn es sich um die Vertheidigung handelt, niemals zurückgewiesen werden können in den inneren Angelegenheiten. Vielleicht ist es gut, daß wir gerade jetzt zu dieser Mahnung kommen, weil viele, mit Recht begeistert über die nationalen Erfolge, allzusehr den Erfolg, auch den materiellen Erfolg über den sittlichen Inhalt zu stellen verführt sein können. (Sehr gut!) Dann hat es auch sein gutes, daß wir auf der Höhe unseres Ruhmes nicht nur von unsern Ruhmesthaten reden, sondern Zeit und Muße haben, uns auch mit dem zu beschäftigen, was in öffentlicher Erörterung uns nicht zum Ruhm gereichen kann, sondern nur das daran zum Ruhm gereicht, daß wir es untersuchen (Beifall). Man hat, und nicht nur figurativ, von den großen Geldmitteln, die uns jetzt zugeführt werden, von den großen Erfolgen gefürchtet, wir können mit diesen Glücksverhältnissen auch die fehlerhaften, korruptiven Bewegungen erleben, welche unter ähnlichen Verhälnissen in dem alten Rom sich zugetragen haben. Aber meine Herren, diesem Geiste vertraue ich eben, Deutschland ist nicht das alte Rom und das deutsche Volk hat nicht in sich diese Anlage der Verderbniß, wie sie damals das römische Volk in sich gehabt hat. Wir untersuchen unparteiisch, wir prüfen unsere Fehler, verdecken sie nicht, wir stehen gerade vor dem Akt, der diese Untersuchung herbeiführen soll. So wie die Garantien mir gewährt werden einer wahrhaften Untersuchung, wie ich sie vorhin bezeichnet habe, werde ich mit großem Vergnügen dem Vorschlage der Regierung beistimmen, wenn nicht, und insofern heute noch nicht diese Erklärung sollte gegeben werden können, so würde ich Sie eher bitten, Ihren Beschluß lieber zu vertagen, bis wir über diese Punkte mit der Regierung uns verständigt haben. Jedenfalls habe ich aber das Zutrauen zu Ihnen und zur königlichen Staatsregierung, daß wir uns bemühen, den Weg zu finden, auf welchem wir gemeinsam zum Wohle des Landes wirken können und den Schein zu vermeiden, als ob diejenigen, die Gleiches erstreben, doch gegeneinander stehen. (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident Graf von Roon: Auf die sehr umfassende Rede des Vorredners werde ich mich kurz fassen und glaube der Sache damit am meisten zu dienen. Es handelt sich zunächst um die Frage, die als erste Nummer der heutigen Tagesordnung bezeichnet ist. Der Vorredner hat verschiedene Wege zu einem in beiden in Betracht kommenden Fällen zu erstrebenden Ziele, die Vortheile und Nachtheile, die sich an die eine oder andere Untersuchungsweise knüpfen, beleuchtet. Im Großen und Ganzen kann ich ihm darin beistimmen. Die Frage, ob die k. Regierung sich betheiligt haben würde, sich zu einer Mitwirkung verstanden haben würde bei einer parlamentarischen Untersuchungskommission, scheidet in diesem Augenblick aus, die braucht nicht mehr erörtert zu werden. Jetzt steht die Alternative so, ob das Haus sich entschließt, der Aufforderung der Regiernng gemäß in Gemeinschaft mit derselben die Wege zu dem Ziele zu gehen, die auch hier im Hause als wünschenswerth oder erstrebenswerth erscheinen, oder ob die k. Botschaft in Geltung bleiben soll, so weit sie disponirt über die Mittel der Regierung und daneben eine parlamentarische Untersuchungskommission stattfinden solle nach dem Antrage des Herrn Lasker. Die k. Regierung wäre im letzteren Falle allerdings in der Lage, mit gutem Grunde zu erklären, an einer solchen parlamentarischen Untersuchungskommission kann sie sich um so weniger betheiligen, als sie, selbst demselben Ziele zugehend, wie das Abgeordnetenhaus, den Weg bezeichnet hat, auf dem zum Ziele gelangt werden kann. Herr Lasker hat, wenn ich auf den wesentlichen Inhalt weiter eingehe, von Garantien gesprochen. Er wünscht die Mitwirkung der Landesvertretung in der bezeichneten Spezialkommission davon abhängig zu machen, daß die Instruktion, die für diese Kommission gegeben wird, derartig abgefaßt werde, daß jedem einzelnen Mitgliede der Kommission das volle Recht, seine Meinungen, Zwecke und Ziele zu verfolgen beigelegt werde. In dieser Beziehung wäre es unzeitig, eine Kontroverse anzuregen, die gar nicht stattfinden kann. Hat die Kommission, wie es Sr. Majestät ernster Wille ist, die Absicht, mit

er größten Sorgfalt und unparteiisch zu verfahren, so wird natürlicherweise die Mitwirkung jedes einzelnen Kommissionsmitgliedes auch eine unbeschränkte sein müssen. Ich bekenne, daß ich kein Jurist bin und das Gerichtsverfahren nur vom Hörensagen kenne. Aber so viel ich weiß, ist es schon jetzt beim mündlichen Verfahren nach unserer Gerichtsordnung gestattet, daß die einzelnen Beisitzer an der Zeugenvernehmung persönlich theilnehmen können. Wenn das so ist, würde es nicht schwer sein, die Befugnisse der Mitglieder dieser Kommission in der Instruktion durch einfachen Verweis auf das Gerichtsverfahren zu präzisiren. (Widerspruch links.) In dieser Beziehung kann ich nur noch im Allgemeinen zufügen: die königliche Regierung kann Niemanden, keiner Körperschaft im Lande, auch diesem Hause nicht, eine Priorität in dem Interesse zugestehen, welches durch den Beschluß, der event. gefaßt werden soll, und der in dem Lasker'schen Antrage bezeichnet ist, als gefährdet dargestellt wird. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Regierung ein vorzugweises Interesse hat, diejenigen Mißbräuche aufzudecken und diejenigen Uebelstände mit Deutlichkeit zu erkennen, die im allgemeinen Interesse des Landes abgestellt werden müssen; in dieser Beziehung findet also eine Gleichheit der Interessen statt und eine Priorität kann ich nur etwa dem gestellten Antrage, aber nicht dem Ziele des Abgeordnetenhauses zu gestehen. (Beifall rechts.) Die Besorgniß, daß durch Stimmenmehrheit den Intentionen derjenigen Mitglieder, welche aus der Landesvertretung zu der Spezialkommission, die zu wählen sein wird, Abbruch gethan werde, ist nach meiner Meinung schon um dessentwillen nicht zu statuiren, als die Regierung selbst, wenn sie solche Wege geht und solche Ziele verfolgt, in der Wahl der Mitglieder dieser Kommission schon mit derjenigen Sorgfalt verfahren muß, um solche Uebelstände zu vermeiden, die der Vorredner berührt hat. Die Regierung wird bei der Auswahl so verfahren, daß schon in der Wahl der Personen eine Garantie gegen solche Uebelstände liegt. Wenn ich nicht im Stande bin, Ihnen heute diese Personen zu nennen, so liegt das ganz einfach daran, daß darüber noch kein Beschluß der Regierung vorliegt. Wenn ich ferner mir den Fall denke, daß in den Verhandlungen der Kommission Zwistigkeiten darüber entständen, ob diese oder jene Maßregel zu ergreifen sei, ob diese oder jene Personen zu vernehmen seien, ob man dieses oder jenes Beweismaterial herbeizuschaffen hätte, wenn darüber wirklich Zwistigkeiten in der Kommission entständen, so wird ja, das liegt auf der Hand, das Protokoll der betreffenden Sitzung darüber Auskunft geben, und die Mitglieder, die aus diesem Hause gewählt werden und die sich dann etwa in der Minorität befänden, würden ja auf diese Weise vollauf die Gelegenheit haben, ihre abweichende Meinung zu Protoll zu geben (Unruhe und Widerspruch links), ich bin der Ansicht, daß sehr gewichtige Gründe vorliegen, um eine wohlgewählte Kommission zur Statuirung solcher Meinungsverschiedenheiten im Protokoll gelangen zu lassen. Welche anderweitige Garantien für die aus der Landesvertretung zu wählenden Kommissarien etwa noch zu geben sein möchten, ist mir nicht ersichtlich. Die Instruktion wird von Seiten der Regierung mit Rücksicht darauf abgefaßt werden, daß der Kommission in allen ihren Mitgliedern die vollste Freiheit gewährt wird, innerhalb der Zwecke, zu welchen die Kommission da ist. Sodann hat der Abgeordnete noch die Gelegenheit benutzt, um eine Fortsetzung seiner gestern vor 8 Tagen gehaltenen Rede zu halten und das Anklagematerial, das er damals dem Hause mitgetheilt hat zu vermehren. Ich glaube, meine Herren, daß Sie nicht erwarten werden, daß ich in diesem Augenblicke darauf eingehe. Wenn Jemand überstürzt wird mit Thatsachen, die er nicht kennt, so ist er natürlich nicht in der Lage, sie zu widerlegen oder sie zu konstatiren. Es ist, seitdem die Rede vom 7. gehalten worden ist, in Bezug auf meinen amtlichen Wirkungskreis das Nöthige geschehen. Im Uebrigen glaube ich, daß die damals sowie die heut angeführten Thatsachen Material sind für die Untersuchungskommission, die in Betracht kommt, ganz abgesehen von dem Verfahren gegen die eine oder andere Person, was Sache der Regierung allein ist. (Sehr wahr! rechts.) Ich kann mich also nicht darauf einlassen, auf eine Diskussion dieser einzelnen Anklagepunkte gegenwärtig einzugehen. Ich will nur eins bemerken: Wenn irgend ein sittliches Interesse einen beredten Mann bewegt, eine Angelegenheit recht warm zur Sprache zu bringen und seine eigenen in diesem Eifer für Recht und Sitte gefaßten Anschauungen einer Versammlung vorzutragen, so liegt es auf der flachen Hand, daß die Versammlung dadurch in gewissem Grade kaprivirt wird. Die Einflüsse, die persönlichen Einflüsse des Redners, die Wärme der Ueberzeugung, die aus seinem Vortrage ausgeht, theilt sich unmittelbar mit, und deswegen anzunehmen, daß einmal alle einschlägigen Thatsachen wirklich zur Verhandlung gekommen seien, wäre nach meiner Auffassung voreilig, daß aber die Dinge ein anderes Gesicht bekommen, nachdem die Akten vervollständigt sind, ist meines Erachtens auch unzweifelhaft. Ich möchte also an die Gerechtigkeit dieses hohen Hauses appelliren in Bezug auf die von dem Abg. Lasker neulich wie heute erhobenen Anklagen an die Gerechtigkeit, die ganz einfach in dem Spruche ihren Ausdruck findet, man soll Niemand ungehört verdammen. Dies, m. H., ist schwer, diese Gerechtigkeit zu üben, ist nicht leicht, wenn man durch einen so beredten Vortrag nahezu überzeugt wird. (Unruhe links. Sehr wahr! rechts.) Was ich ausspreche, ist meine subjektive Empfindung. Ich bin, wenn ich solch einen überzeugenden Vortrag anhöre, geneigt, ihm seinen vollständigen Einfluß auf mich zu gestatten, aber ich muß mich erinnern, daß die Erfahrung lehrt, daß solche Vorträge einmal nicht erschöpfend sind und zweitens, daß sie in einer bestimmten Absicht gehalten ein Licht auf die Thatsachen wirft, welches gänzlich geändert wird, so wie eine andere Vortragsweise, eine andere Beleuchtung eintritt. Aber fern sei es von mir, durch diese Worte irgendwie beeinträchtigen zu wollen, was in dem Eifer für die Sache gesagt ist, es verlangt nur von mir die Gerechtigkeit, daß ich das Haus ersuche, nicht zu urtheilen, bis die Akten spruchreich sind, und die jetzt einzusetzende Spezialkommission wird vollauf das Material vorfinden, um die Akten spruchreif zu machen. Das hoffe ich, und deswegen schließe ich meinen Vortrag mit dem Wunsche, daß es dem Hause gefallen möge, gemäß der königlichen Botschaft sich an dieser Spezialkommission zu betheiligen. (Beifall von verschiedenen Seiten des Hauses.)

Zum Worte melden sich etwa 8 Redner, davon 4 gegen den Antrag Lasker.

Abg. v. Wedell (Behlingsdorf): Die Stellung meiner politischen Freunde ist folgende: Nach der Rede des Abg. Lasker vom 7. Febr., nachdem der Antrag Lasker uns vorlag, wollten wir einen Gegenantrag einbringen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, zur Untersuchung der durch den Abg. Lasker behaupteten Thatsachen eine Kommission einzusetzen und das Ergebniß noch in dieser Session der Landesvertretung mitzutheilen. Durch die königliche Botschaft ist unsere Absicht vollständig erreicht, und wir hoffen, daß der Abg. Lasker seinen Antrag zurückziehen werde. Einen nachdrücklichen Erfolg würde die Untersuchung nur gehabt haben, wenn die Kommission von der Regierung unterstützt worden wäre. Wenn diese Hülfe nicht vorhanden gewesen wäre, so würde nur die Autorität der Landesvertretung geschädigt werden (Unruhe links). In Bezug auf die allgemeinen Mißstände spreche ich meinen Dank dafür aus, daß so viel thatsächliches Material hier im Hause vorgebracht ist. Wir haben die Mißstände längst erkannt (Hört! Hört! links) und gewünscht, sie mit den gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen. Wir, die auf dem Boden des mühevollen Erwerbes stehen, haben schon längst bedauert, daß der mühevolle Erwerb von dem schwindelhaften überflügelt worden ist. (Bravo! rechts). Wir haben bedauert, daß die Richtung der Zeit eine solche ist, daß alle persönliche Verantwortung zurücktritt und man sich hinter Aktienunternehmungen versteckt. Wir verdammen den schwindelhaften Erwerb, mag er im schlichten Bürgerrock, oder gedeckt durch die Fürstenkrone und durch die Amtswürde auftreten. Die Mißstände sind hervorgerufen durch die moderne Gesetzgebung (Unruhe links! Bravo! rechts). In der modernen Gesetzgebung herrscht die Neigung vor, die Schranken gegen den Mißbrauch zu beseitigen, ohne die Garantieen für den wohlthätigen Gebrauch der Freiheit zu schaffen. Diese Mißstände sind die Folgen des allgemeinen Drängens nach schrankenloser Freiheit. Wenn die Verwaltungsorgane dahin gedrängt werden, so müssen die Verwaltungsnormen solche Erscheinungen bieten. Wir werden bereit sein, solche Erscheinungen, sobald sie an die Oberfläche treten, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, aber nicht nur oberflächlich, sondern von Grund aus; diesen Zweck verfolgt auch die königliche Botschaft. Sie will der Kommission die Aufgabe zuertheilen, zu ermitteln, in wie weit die bestehenden Gesetze in der Lage sind, dem Publikum den nothwendigen Schutz gegen schwindelhafte Unternehmungen zu gewähren, während der Abg. Lasker nur feststellen will, ob die gesetzlichen Bestimmungen in der Vergangenheit innegehalten seien. Man wird auf beiden Wegen möglichst bestrebt sein müssen, Material zu sammeln, um mit Erfolg diesem Krebsschaden entgegenzutreten. Wir wünschen, daß ohne Schonung vorgegangen wird und daß das Urtheil alle die Leute trifft, welche eigennützige Zwecke durch Täuschung des Publikums zu erreichen gesucht und dadurch die öffentliche Moral verletzt haben. Wir wünschen, daß der preußische Beamtenstand gereinigt wird von schädlichen Elementen, damit er auch in Zukunft ein Vorbild unwandelbarer Treue und anspruchsloser Pflichterfüllung und der Stolz jedes Preußen bleibe (Bravo! rechts).

Abg. Reichensperger (Koblenz) (für den Antrag Lasker): Ich habe mich für den Antrag Lasker's gemeldet, weil sonst leicht die Meinung entstanden wäre, daß wir von einer Untersuchung überhaupt nichts wissen wollten und weil die Gefahr nahe war, daß keiner von uns zum Wort kommen würde, wie dies häufig der Fall war. Wir erwarten freilich jetzt, daß der Abg. Lasker seinen Antrag zurückziehen wird, denn es scheint mir, daß nach den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten die Desiderata des Abg. Lasker als realisirbar und begründet erklärt worden sind. Ich glaube, daß seine Wünsche erfüllt werden. Wenn in der Kommission Zwistigkeiten entstehen sollten, so bleibt immer noch der Rekurs an das Haus und die Regierung offen. Der Abg. Lasker hat gewünscht, daß die Fackel nach allen Seiten hin gewendet werden solle, um alle Schäden zu beleuchten. Ich will noch auf einen Punkt aufmerksam machen, auf die Presse. Duch die Presse wird häufig das öffentliche Gewissen wach gerufen, häufig aber auch eingeschläfert. Nur zu oft wird die Presse dazu benutzt, dem Unrecht zur Seite zu stehen und die Schäden zu verdecken. In der Zuschrift des Ministerpräsidenten ist darauf hingewiesen, daß der Abg. Lasker eines Besseren hätte belehrt sein sollen durch die offiziöse Berichtigung der „Norddeutschen Allg. Ztg." (Redner geht nun auf die Aeußerungen des Abg. Lasker in Betreff dieses Artikels genauer ein.) Das allein wird schon genügen, um die einzusetzende Kommission nach dieser Seite zur scharfen Ausschau zu veranlassen. Aber fast alle, die die Zeitungen genauer lesen, werden wissen, daß dies nicht ein einzelner Fall ist, wo eine Zeitung die Vertuschung einer Angelegenheit übernommen hat. Die offiziöse Presse insbesondere ist überaus thätig, das niederzuhalten, was dem augenblicklichen Regierungssystem nicht paßt. Ich erinnere an die Verhandlungen über den Welfenfonds vom 21. Novbr. 1872, bei welchem der Abg. Richter (Hagen) einen Vortrag über das Preßbureau hielt und in klaren und deutlichen Worten, wie er es gewohnt ist, die Prozeduren und Zwecke desselben schilderte. Er fand wenig Anklang im Hause. Sein Wunsch, eine Rechenschaft über die Verwendung des Welfenfonds zu erhalten, scheiterte an vielseitigem Widerspruch. Der Abg. v. Kardorff und Graf Bethusy behaupteten, daß eine Rechenschaft gar nicht abgelegt zu werden brauche. Die Presse, welche der Regierung zur Seite steht, steht auch häufig auf Seiten der Gründer und Abenteurer und durch die Unterstützung der Presse gelingt es häufig, daß solche Unternehmungen, wie der technische Ausdruck lautet, „moussiren." Der gutmüthige Spießbürger wird ermuthigt, seine sauer ersparten Groschen zu den Füßen der großen Gründer niederzulegen, und daher kommt es, daß diese eine reichere Ernte machen, als man erwarten sollte. Die Presse, welche für die Börse arbeitet und ihren Titel davon hernimmt, soll brillante Geschäfte machen nicht durch die Abonnements oder Inserate, sondern dadurch, daß sie ihre Spalten für Aufsätze öffnet, welche auf eine Exploitation des Publikums hinausläuft. Das Prosperiren mancher Zeitungen hängt lediglich davon ab, welche Gelder sie zusammentrommeln; sie werden durch alle diese faulen Unternehmungen gehalten. (Sehr richtig!) Die Mitglieder der Untersuchungskommission werden diese Punkte, den Gründungsschwindel im Allgemeinen und seine Verzweigung namentlich über die Presse streng verfolgen müssen, und da werden wir schöne Geschichten zu hören bekommen. Der Vorredner hat diese Uebelstände mit dem ganzen Gange der modernen Gesetzgebung in Verbindung gebracht. Ich bin dieser Meinung auch. Ich verweise nur auf die Aufhebung der Wuchergesetze. (Unruhe links. Das Treiben der Gründer und Abenteurer sieht dem Wucher ähnlich wie ein Ei dem andern. Mit den alten Wuchergesetzen wäre freilich gegen die Leute nichts auszurichten. Aber wenn die Wuchergesetze aufgehoben werden, so scheint es dem Volke, als wenn der Wucher etwas Erlaubtes wäre. Etwas anderes ist es, wenn der Wucher überhaupt als strafbar erklärt wird. Wenn die Strafbarkeit beseitigt wird, scheint der Wucher dem Volke etwas Erlaubtes. (Unruhe links.) Meine Herren, ich glaube den Mitgliedern dieses Hauses scheint es nicht, aber dem Volke. — Man gebe sich nicht der Hoffnung hin, daß durch solche Untersuchungen eine Heilung angebahnt wird. Ich bin überzeugt, daß das Uebel im wesentlichen nur nach einer andern Seite gedrängt wird, daß man neue Kautelen suchen wird, hinter denen man sich decken kann. Von verschiedenen anderen Palliativen, die von den Abgg. Lasker und Berger vorgeschlagen sind, erwarte ich eben so wenig eine Abhilfe. Wenn die Eisenbahnen ganz dem Staate übergeben werden, ist auch nichts geholfen, (Abg. Richter (Hagen): Sehr richtig!) Wenn z. B. Hr. Wagener an die Spitze des Eisenbahnwesens käme, so müßte ich eine wirksame Aenderung vollständig in Frage stellen; die Verführung würde an die einzelnen Beamten in noch bedeutenderem Maße herantreten und die Bestechung bis in das Herz des Staatsorganismus treten. Man sollte nicht eine solche Angelegenheit verwerthen, um seine Eisenbahntheorie zur Ausführung zu bringen, sondern nur dahin zu wirken, daß bei der Anstellung und Ueberwachung der Beamten die möglichste Sorgfalt angewendet und nicht nach Parteitendenzen, Gunst und Rücksichten re fahren wird, daß vor allen Dingen der Charakter und die Prinzipien des Anzustellenden geprüft wird. Nur in diesem Falle gewährt ein Beamter vollständige Garantie. Zum Schluß noch die Bemerkung, daß ich den wiederholten Angriffen auf den Handelsminister in keiner Weise sekundiren will, schon deshalb nicht, weil ihm gerade von den Seiten, die ihn von seinem Posten entfernt sehen möchten, das Zeugniß gegeben wird, daß er ein ehrlicher Mann sei, und ein ehrlicher, wenn auch weniger erfahrener Mann ist mir lieber, als ein unehrlicher routinirter. (Große Unruhe.) Ich stelle diese Aeußerung nur denjenigen entgegen, die direkt gegen den Herrn Handelsminister gericht sind. — Wenn der Abg. Lasker seinen Antrag zurückzieht, so fällt selbstverständlich unser Amendement fort.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Der Herr Abgeordnete Lasker ist heute in neue Spezialitäten eingegangen: ich werde darauf nicht eingehn. Ich und meine Verwaltung haben bisher noch nicht Gelegenheit gehabt uns über alle Spezialien vollständig zu äußern. Wir werden diese Gelegenheit an anderer Stelle finden und sie, so gut wir können, benutzen. Gewiß hat Herr Lasker nicht ein Wort gesagt, von dessen Wahrheit er nicht überzeugt ist; er wird aber zugeben, daß es auch noch Thatsachen geben kann, die er bisher nicht gewußt hat, und die wir, wenn wir einmal darauf zu sprechen kommen werden, sei es, wo es sei, herbeibringen werden, und danach werden mehrere Fälle sich noch ganz anders gestalten, wie es heute schien. — Herr Lasker hat gewissermaßen Beschwerde geführt oder sich darüber gewundert, daß ich noch unter der Allerhöchsten Botschaft stehe. Meine Herren, ich habe selbst die Untersuchung dringend gewünscht und danke es Sr. Majestät, daß er mir erlaubt hat im Amte zu sein und daß ich die Untersuchung durch meine Unterschrift unter der Botschaft habe bestätigen können. M. H., ich stelle die Sache höher wie mich, aber ich will nicht feldflüchtig erscheinen während der Schlacht; ich will mir nicht den Schein geben, als hätte ich in Beziehung auf mein Bewußtsein und mein Gewissen etwas zu fürchten. Ich weiß genau, daß ich mit Wissen und Willen nicht gefehlt habe, und wenn ich aus Unwissenheit oder Unvollkommenheit meiner Persönlichkeit gefehlt habe, nun, m. H. dann wird es die Untersuchung herausstellen und ich werde es mir gefallen lassen müssen. Aber, m. H., ich will nicht feldflüchtig erscheinen und mir nicht den Schein geben, als wollte ich die Herren, die mit mir in meinem Ministerium gearbeitet haben, allein lassen und mich zurückziehen. Denn ich habe die Ueberzeugung, daß wir Alle mit bestem Wissen und Gewissen gedient haben. Fehlbar sind sie auch wie ich und wie alle Menschen. Dies wollte ich nur konstatiren, daß ich nicht die Schlacht verlassen will, wenn sie brennt. (Beifall rechts.)

Abg. Löwe: Ich begrüße die königliche Botschaft, denn in ihr spricht sich das Verlangen aus, daß die Regierung die Untersuchung nicht allein in die Hand nehmen will, sondern die Mi... ...ung des Landtags wünscht. Ich bin vollständig der Ansicht, daß die gemischte Kommission nicht nur den vorliegenden Fall untersuchen, sondern ihre Thätigkeit auch auf weitere Gebiete erstrecken müsse; wir haben schon die Beamtenschaft und die Presse als solche nennen hören. Wir haben nicht blos Schuldige, die abgeurtheilt, sondern Uebelstände, denen abgeholfen werden muß. Darüber sind wir alle einverstanden. Wir erkennen die Größe des Uebels an. Aber ich habe aus der königlichen Botschaft noch nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß allen Ansprüchen unsererseits genügt werde. Ich kann über die Zusammensetzung nicht so leicht hinweggehen, wie der Abg. Lasker, und blos eine Geschäftsordnung und Instruktion fordern. In der geringen Anzahl der parlamentarischen Vertreter erkenne ich einen fundamentalen Mangel und fürchte, daß daran die ganze Arbeit scheitern wird. Das scheint mir ein trauriger Trost, daß ein Rekurs an das Haus und die Regierung offen bleibe. Nach einiger Zeit wird die Sache langweilig und todtgeschwiegen oder es tritt eine Gleichgiltigkeit ein, welche die Sache erschwert. Wenn der Abg. Reichensperger die hiesige Presse angegriffen hat, so ist es für mich ein wahrer Trost, daß die rein politische Presse in den ersten Stellen ihrer Leitung noch mit durchaus zuverlässigen, ehrlichen Leuten besetzt ist. Ich weiß zwar nicht, wie lange das noch dauern und ob die Presse nicht auch der Aktienunternehmung verfallen wird. (Heiterkeit.) Vorläufig ist diese Ehrenhaftigkeit noch vorhanden. Ich kann dem Abgeordneten v. Wedell nicht ganz darin beistimmen, daß die heutige Gesetzgebung daran schuld ist; wenn aber die in den Genossenschaften nach dem System Schultze-Delitzsch eine geführte solidarische Haftbarkeit aller Genossenschafter auch für andere Aktienunternehmungen eingeführt würde, so wäre der Täuschung des Publikums der Boden entzogen. Ich glaube, darüber werden wir noch im Reichstage sprechen müssen. Wenn je zwei Vertreter des Abgeordneten- und Herrenhauses in die Kommission gewählt werden sollen, so sieht es beinahe so aus, als ob von der rechten und linken Seite je einer entsandt werden solle, damit alle Parteien vertreten sind. So einfach ist unsere Parteistellung nicht; wir bilden nicht eine Regierungs- und eine Oppositionspartei. — Ich glaube den Herrn Ministerpräsidenten recht verstanden zu haben, wenn ich meine, daß den Kommissionsmitgliedern die persönliche Unverantwortlichkeit für ihre Worte ebenso zusteht, wie den Abgeordneten. Ich bezweifle aber noch, ob die Kommission ihrer Aufgabe gewachsen sein wird. Der Herr Ministerpräsident weist zwar darauf hin, daß nur durchaus würdige Personen gewählt werden sollten. Aber ich möchte doch, um vor Fehlgriffen zu warnen, darin erinnern, daß für die Verhandlungen über die soziale Frage mit der österreichischen Regierung der Geh. Rath Wagener gewählt wurde. Ich hätte überhaupt gewünscht, daß der Landesvertretung erst Gelegenheit geboten wäre, mit der Regierung in Verhandlung über die Kompetenzen, die Instruktion und die Zusammensetzung der Kommission zu verhandeln. Ich möchte an die Staatsregierung die Frage richten, ob es nicht möglich wäre, einen Weg zur gemeinsamen Berathung über diese Punkte zu finden, ehe wir zur Wahl schreiten.

Ministerpräsident Graf Roon: Ich will nicht auf alle die umfassenden Bedenken eingehen, welche vom Abg. Lasker und mehr noch vom Vorredner erhoben sind. Ich will nur im Namen der Regierung kurz die Gründe anführen, welche sie bei Abfassung der Botschaft leiteten. Sie hat sich sehr wohl überlegt, was sie that, als sie die Botschaft so formulirte, wie sie Sr. Majestät vorgelegt wurde. Denn nach der amtlichen, ehrlichen Ueberzeugung des Ministeriums wird die so zusammengesetzte Kommission bei dem fest ausgesprochenen Willen in Bezug auf den zu erreichenden Zweck so vollkommen funktioniren, wie überhaupt eine solche Kommission funktioniren kann. Das ist die Ueberzeugung der Regierung; von derselben zurückzutreten habe ich keinen Anlaß. Ich bin auch überzeugt, daß die Auswahl der betreffenden Personen eine neue Garantie gewähren wird, glaube ferner ebenso sicher, daß die Instruktion so gefaßt werden wird, daß alle Bedenken des Abg. Lasker und die noch zahlreicheren und schwereren des Abg. Löwe erledigt werden. Die Mitgliedschaft der Kommission, möge sie nun von der Regierung oder einer der parlamentarischen Körperschaften originiren, ist nach meiner Meinung eine Berechtigung, um jeden in den Stand zu setzen, reines Material herbeizuschaffen, neue Beweisstücke zu liefern und auch in Bezug auf die Inquirirung, die Fragestellung neben dem Präsidenten mitzuwirken. Ich glaube, daß das überhaupt bei jedem gerichtlichen Verfahren zulässig ist, und wenn dies hier und da aus dem Bewußtsein entschwunden sein sollte, so bedarf es ja nur der ausdrücklichen Erklärung, daß den Einzelnen jede Rechtfertigung zu Theil werden soll. Weiter zu gehen bin ich außer Stande, und bei billiger Erwägung werden Sie selbst sagen, daß eine königliche Botschaft nicht ein Ding ist, was man heute macht und morgen zurücknimmt. (Beifall.)

Abg. Rauchhaupt: Es ist verfassungsmäßig gar nicht festgestellt, ob eine parlamentarische Untersuchungskommission die Kompetenzen eines Gerichtshofes hat. Wir sind kein englisches Parlament und es ist zweifelhaft, ob eine solche Kommission das Recht hat, Zeugen zu vernehmen. (Heftiger Widerspruch links.) Ich bestreite dies Recht ja nicht; ich sage nur, daß es nicht überall anerkannt ist; lesen Sie doch Ihren Kollegen Rönne durch. Stürmische Heiterkeit.) Ich berufe mich ferner auf das Zeugniß Ihres leider zu früh verschiedenen Parteigenossen Twesten, welcher ausdrücklich dagegen gesprochen hat, dem norddeutschen Reichstag das Recht der Niedersetzung parlamentarischer Untersuchungskommissionen zu gewähren. Der Weg, welchen die Regierung vorschlägt, ist völlig korrekt und nur auf ihm ist das gewünschte Ziel leicht und sicher zu erreichen. Wohin soll die Perspektive führen, welche Hr. Lasker uns eröffnet hat, daß schon neue Angeklagte vor der Thür stehen, wenn die Sache erledigt ist? Sie brandmarken nun wohl mit Recht Herrn Strousberg, aber Sie vergessen dabei, daß sein System allgemein adoptirt ist, daß viele der Bahnen, deren Bau der Handels-Minister, wie Sie ihm beständig vorwerfen, den Kommunen verweigert, nur mit dem System Strousberg zu bauen sind. Das ist der große Rechenfehler in Ihrer Opposition gegen die Eisenbahn-Politik des Handelsministers. Ich bitte Sie, den Lasker'schen Antrag abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion; der Antragsteller Lasker erklärt, daß er mit Rücksicht namentlich auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten nach der Rede Löwe's, welche ihm keinen Zweifel mehr übrig ließen, daß die Regierung alle von ihm geforderten Garantien zu gewähren bereit sei, seinen Antrag zu Gunsten der königlichen Botschaft zurückziehe. (Beifall.)

Das Haus beschließt darauf einstimmig mit Ausnahme der Abgg. Eberty und Kerst, die Einladung der Botschaft zu akzeptiren und zwei seiner Mitglieder in die niederzusetzende Spezialuntersuchungs-Kommission zu wählen.

Vor fast völlig leeren Bänken findet darauf noch die Berathung einer Petition des Weichenstellers Schmidt statt, welcher sich beschwert, von der Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn widerrechtlich entlassen worden zu sein; auf Antrag des Referenten Prinz Hohenlohe wird die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Schluß $2\frac{1}{2}$ Uhr; nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr (Wahl der zwei Mitglieder für die Spezialuntersuchungskommission; Etat des Staatsministeriums und kleinere Gesetzentwürfe.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. Februar.

— Die heute Morgen fällig gewesene berliner Posten sind uns erst nach 10 Uhr zugegangen, so daß sie im Morgenblatt nicht mehr Aufnahme finden konnten. Als Grund der Verspätung ist uns mitge-

theilt worden, daß der Kourierzug Berlin=Bromberg in Kreuz den Anschluß nicht erreicht habe.

§§ **Joseph Lukaszewicz**, der bedeutendste polnische Kulturhistoriker, ist im Alter von 74 Jahren auf dem ihm gehörigen Rittergute Targoszyce (im Kr. Krotoschin) Donnerstag den 13. Februar gestorben. Derselbe wurde im J. 1799 unweit Posen, wo sein Vater ein Rittergut besaß, geboren, war nach dem Verluste des väterlichen Vermögens und nach beendeten Studien eine Zeit lang als Privatlehrer in der Stadt Posen thätig, wurde später Lehrer der polnischen Sprache am deutschen Gymnasium zu Posen, und war von 1820—1852 Bibliothekar der Raczynski'schen Bibliothek. Gemeinsam mit Poplinski besaß er in unserer Stadt eine Buchhandlung und Buchdruckerei, und gab von 1838 — 40 ein literarisches Wochenblatt, 1840 — 46 eine andere literarische Zeitschrift „Oredownik" und außerdem eine literarische Zeitschrift fürs Volk heraus. Im Jahre 1852 übernahm er alsdann die Verwaltung des Rittergutes Targoszyce, welches seiner Familie unerwartet zugefallen war. In der Wasserstr. zu Posen besaß er außerdem das große, jetzt Smakowska'sche Grundstück. — Lukaszewicz hat sich ganz besondere Verdienste um die Erforschung der Geschichte der Dissidenten im ehemaligen Polen erworben, und sind die von ihm verfaßten Werke, welche diesen Gegenstand behandeln, meistens auch ins Deutsche übersetzt worden. Es sind dies im Ganzen 4 Werke: Die Geschichte der Dissidenten in der Stadt Posen, der böhmischen Brüder im ehemaligen Polen, der Kirche helvetischen Glaubensbekenntnisses in Littauen, sowie im ehemaligen Kleinpolen. Außerdem verfaßte er die Geschichte der Schulen im Königreich Polen und Littauen, eine historische Beschreibung der Kirchen in der ehemaligen Diözese Posen, und ein „historisch=statistisches Bild der Stadt Posen in früheren Zeiten" (zwei Bände, erschienen im Jahre 1838). Ueberdies übersetzte er die historia naturalis von Plinius ins Polnische und gab die „Geschichte der polnischen Kirchen" von Ostrowski neu heraus. Seine sämmtlichen historischen Werke zeugen von außerordentlichem Quellenstudium, so daß sie für das Studium der älteren inneren Geschichte Polens als Quellen zu betrachten sind, und zeichnen sich durch Objektivität der Darstellung aus. Ueber die Jesuiten fällt Lukaszewicz an einer Stelle seiner Werke folgendes Urtheil: „Auf den Jesuiten also, die sich der öffentlichen Erziehung der polnischen Nation bemächtigt hatten, und ihr absichtlich eine verwerfliche Richtung gaben, lastet die Hauptschuld an dem Untergange Polens!"

— **Prüfung.** Am vergangenen Sonnabend fand am hies. königl. Friedrich=Wilhelms=Gymnasium die mündliche Abiturienten=Prüfung unter Vorsitz des Herrn Schulraths Polte statt. Zehn Primaner erhielten das Zeugniß der Reife, darunter 4 unter Erlassung der mündlichen Prüfung. — Hr. Dr. Wachsmuth, welcher der Anstalt circa 10 Jahre angehört hat, ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Emden in Ostfriesland berufen worden.

— **Personalveränderungen in der Armee.** Campe, Oberst=Lt. u. Kommdt. von Kolberg, unter Belassung à la suite des 1. Niederschl. Inf. Regts. Nr. 46, zum Komm., von Metz, v. Gründler, Oberst und Kommdr. des 4. Großh. Hess. Inf. Regts. (Prinz Carl) Nr. 118, unter Stellung a la suite dies. Rgts., zum Kommand. v. Kolberg ernannt. v. Tschirschky u. Bögendorff, Oberst=Lt. vom 1. Hess. Inf. Regt. Nr. 81, mit der Führung des 4. Großh. Hess. Inf. Regts. (Prinz Carl) Nr. 118, unter Stellung a la suite dies. Regts., beauftr. v. Brandenstein, Oberst u. Kommdt. von Metz, mit Pension u. d. Uniform des Regts. Nr. 47 mit den bestimmungsmäßigen Abzeichen z. Disp. gestellt.

r. **Verkäufe.** Das Matschke'sche Grundstück auf der Fischerei (früher Hrn. Professor Dr. Motty gehörig) ist für 27,500 Thlr. an den Pferdehändler Hrn. Krayn, und das Landsberger'sche Grundstück, Alter Markt 49, für 33,000 Thlr. an den Möbelhändler Hrn. Lövy verkauft worden.

— **Auswanderung.** 154 Personen, welche die preußischen Staaten verlassen haben, um sich der Militärpflicht zu entziehen, sind von den k. Kreisgerichten zu Wongrowiec und Pleschen zu 50 Thlr. Geldstrafe ev. zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt. 89 Personen sind aus demselben Grunde bei den k. Kreisgerichten Rawitsch, Birnbaum, Wongrowiec, Gnesen und Schrimm angeklagt worden.

r. **Der allgemeine Männergesangverein** hielt am Sonnabend im Saale von Sterns Hotel einen sehr stark besuchten Ball ab.

♂ **In einem Tingeltangel** auf St. Martin entstand in der Nacht von Freitag zu Sonnabend unter den angeheiterten Gästen eine große Schlägerei, in Folge deren durch eine Militär=Patrouille zwei der Gäste verhaftet und der Polizei überliefert wurden.

♂ **Diebstähle.** Ende Dezember v. J. wurde hier einem Ackerbauschüler aus Zabikowo von einem Wagen ein Schoppenpelz im Werthe von c. 70 Thlr. gestohlen; nachträglich hat sich herausgestellt, daß derselbe von dem Diebe in einer hiesigen Pfandleihanstalt für 6—8 Thlr. versetzt worden ist — Gestohlen wurde ferner dem Kutscher einer Bäckerei auf der Gr. Ritterstr. eine silberne Ankeruhr, und in einem Hause am Wilhelmsplatze, wahrscheinlich durch einen Bettler, eine alterthümliche goldene Uhr.

— **Polizeibericht.** Gefunden ein Portemonnaie mit 3 Sgr. 3 Pf., eine Damenhandtasche enthaltend 2 Taschentücher; verloren eine silberne Ankeruhr.

† **Ostrowo**, 12. Febr. [Vaterländischer Frauenverein. Geschenke. Liebhabertheater. Treibjagd.] Die Mitgliederzahl des hiesigen Vaterländischen Frauenvereins betrug am Schlusse des Jahres 1871 — 100, dazu sind im Laufe des Jahres 1872 hinzugetreten 24, und ausgeschieden 17, bleiben mithin ult. 1872 — 107 Mitglieder; die Einnahme betrug im vorigen Jahre incl. des Bestandes aus dem Vorjahre 394 Thlr. Die hiesige Schützengilde hat von den in Glogau ausrangirten Kanonen einen Sechspfünder erhalten, welcher im Laufe dieser Woche hier eintreffen und im Schützenpark aufgestellt werden wird. — Der Frauenverein der Gustav=Adolpf=Stiftung in Anklam hat der evangelischen Kirchengemeide Raschkow in verflossener Woche einen ansehlichen Geldbetrag zum Kirchenbau übersandt. — Der hiesige Verein „Casino" veranstaltete am letzten Freitage im Schützenhause eine Liebhaber=Vorstellung Zwecks Unterstützung der durch die Sturmfluth im November v. J. Verunglückten, welche den Betrag von 80 Thlr. ergab. — Freund Lampe hat in diesem Winter dem Waidmann reichliche Ausbeute geliefert. Bei einer Treibjagd auf der gräflich Skorzewski'schen Feldmark Raschkowek erlegten 10 Schützen 185 Hasen und 1 Fuchs, vor acht Tagen wurden ebenfalls von sechs Schützen ca. 90 Hasen geschossen.

E. **Exin**, 12. Februar. [Ortszuwachs. Kirchliches. Jüdische Schule.] Die von der hiesigen Pfarre vor zwei Jahren abgezweigte neue Pfarre Schipiory hat zwar 1900 Seelen, ist aber doch nur eine der ärmlichsten, da deren Eingesessene fast alle nur kleine Kolonisten bis zu höchstens 15 Morgen Torfland und wohl auch etwas leichtem Sandboden sind. Sie fahren einspännig für kärgliches Fuhrlohn den Gyps von Wapno nach Nakel, oder gehen nach erfolgter Landbestellung und Ernte auf Tagelohn, wenn sich dann nur noch Arbeit darbietet. Nun wird die Hauptortschaft Schipiory, die allein 180 Familien ohne die Katholiken und Lutheraner zählt, noch einen Zuwachs von etwa 60 solcher Nahrungen erhalten, da von dem dicht angrenzenden Waldboden der Grundherrschaft Grocholin 1000 Morgen in eben solchen Parzellen mit 32 Thlrn. der Morgen bereits zum Verkaufe gekommen sind, und in eben solchen Parzellen soll auch noch das derselben gehörige Vorwerk Alt=Schipiory zum Verkaufe kommen, wenn sich kein Käufer für das Ganze findet. Von jenem Waldlande sind 5 Morgen, die unweit des Schulhauses liegen, zum Kirchen= und Pfarrhausplatze genommen, jedoch wird es mit dem Bau noch lange dauern. Von dem Geschenk des Kaisers, 10 Zentner Metall eroberter französischer Geschütze, sind in der Königl. Stück= u. Glockengießerei zu Dresden zwei schöne Glocken von 6 und 4 Zentnern mit dem deutschen Adler gegossen. Da wegen der gehabten Guß= und Transportkosten nur noch 20 Thlr. auf einen eichenen Glockenstuhl verwendet werden konnten, so ist dieser so niedrig ausgefallen, daß man mit der Hand die Lager der Glocken erreichen kann, und daher vermag sich leider der Schall auch nicht in seiner ganzen Fülle auszubreiten. Am Sonntage vor 14 Tagen wurden die Glocken geweiht. — Die auf dem alten Platze neu erbaute evang. Pfarrkirche in Brostowo bei Miasteczko ist fast vollendet und soll gleichzeitig mit der Einführung des neu anzustellenden Pfarrers eingeweiht werden. An Stelle der noch nicht 50 Jahre stehenden thurmlosen massiven evang. Kirche zu Samoczyn, die ein sehr geschmackloses äußeres Ansehen hat, auch nur niedrig und für die über 5000 Seelen enthaltende Kirchengemeinde viel zu klein ist, soll in Nächstem eine der Stadt angemessene große Kirche mit Thurm gebaut werden. Ein noch dringenderes Bedürfniß ist eine neue geräumige Kirche für die noch größere Pfarrgemeinde Nakel, die leider trotz ihrer viel größern Wohlhabenheit noch keinen Anfang mit der Ansammlung von Baumitteln gemacht hat. Was dort möglich war, könnte hier noch viel eher geschehen, um das nur 50 Fuß lange und 35 Fuß breite Kirchlein zu beseitigen. — Es ist der hiesigen jüdischen Gemeinde genehmigt worden, ihre bisherigen beiden Schulklassen in eine Klasse zu vereinigen, da die Schülerzahl sich gegenwärtig nur auf 60 Kinder beläuft, und es wird die Wahl des Lehrers noch in dieser Woche erfolgen.

Aus dem Gerichtssaal.

⚖ **Posen**, 17. Februar. [Schwurgericht.] Heute hat unter dem Vorsitz des Kreisgerichts=Direktor Herrn Beisert aus Kosten die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode begonnen. Vorzugsweise sind es wieder die bei der Verbrecherwelt unserer Provinz fast gewerbsmäßig gewordenen Verwechselungen von Mein und Dein und so beliebten, oft den Tod zur Folge habenden Körperverletzungen, welche den Gegenstand der Aburtheilung bilden werden. Folgende Anklagesachen stehen an den einzelnen Tagen zur Verhandlung an:

Montag, den 17. Februar:

1) wider den Hausbesitzer Michael Politowicz wegen schwerer Körperverletzung,

2) wider den Tagelöhner Wojciech Ziminski und die unverehelichte Marianna Molska wegen schweren Diebstahls, Letztere im wiederholten Rückfalle, und die Einlieger Ludwig und Marianna Preja'schen Eheleute wegen Hehlerei.

Dienstag, den 18. Februar:

1) wider die Tagelöhner Andreas Kanafa und Johann Szymański wegen schweren Diebstahls, Ersterer im wiederholten Rückfalle,

2) wider den Arbeiter Wojciech Grzeszkowiak wegen eines einfachen und eines schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall,

3) wider die Tagelöhner Wilhelm Gerbling und Karl Fromm wegen thätlichen Angriffs eines Forstbeamten.

Mittwoch, den 19. Februar:

1) wider die Tagelöhner Franz Pawlak und Johann Wiatr wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit töotlichem Erfolge,

2) wider die Tagelöhner Wojciech Klimczak und Anton Wojciechowski wegen zweier schwerer Diebstähle im wiederholten Rückfalle und den Schänker Franz Hoderny wegen Hehlerei.

Donnerstag, den 20. Februar:

1) wider die unverehelichte Magdalena Nadolna wegen vorsätzlicher Brandstiftung und den Tagelöhner Stanislaus Jus wegen Theilnahme daran,

2) wider die Tagelöhner Julius Lange und Joseph Gorny wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle.

Berlin, 15. Februar. Der erste der Prozesse, welche aus den zu Anfang d. J. wegen Veröffentlichung des auf Deutschland bezüglichen Passus der Allokution des Papstes vom 23. Dezember 1872 stattgehabten Zeitungskonfiskationen resultiren, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Germania", Paul August Majunke, gerichtet, kam heute vor der siebenten Kriminaldeputation des Stadtgerichts zur Verhandlung. Der Gerichtshof war zusammengesetzt aus den Stadtgerichtsräthen Meißner, Bahr und Klingner, die öffentliche Anklage führte der Staatsanwalt Simon von Zastrow, der Angeklagte vertheidigte sich selbst.

Die Anklageschrift führt aus, daß die „Germania" in ihrer Nr. 297 vom 28. Dezember an der Spitze des Blattes die Allokution des Papstes und in derselben den auf Deutschland bezüglichen inkriminirten Passus mitgetheilt, und diesen selben Passus in Nr. 299 vom 31. Dezember in einem „die Nichtswürdigkeit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" überschriebenen Artikel wiederholt habe. Sie fährt dann fort: „Es ergiebt sich aus der in dem inkriminirten Passus enthaltenen Gegenüberstellung der „Gesetze und Verordnungen der weltlichen Macht" mit den „Gesetzen Gottes und der Kirche", daß die in dem Passus geschilderten Verfolgungen der katholischen Kirche bewirkt sein sollen durch die von der deutschen Regierung ausgehenden Gesetze und obrigkeitlichen Anordnungen, durch welche die katholische Kirche in Mitleidenschaft gezogen ist. Es ist notorisch, daß die in dem Passus behauptete Thatsache der geschilderten Verfolgung erdichtet ist. Mit Rücksicht auf die publizistische Thätigkeit des Angeklagten ist nicht zu bezweifeln, daß er bei Veröffentlichung des inkriminirten Artikels wußte, daß die gedachten Thatsachen erdichtet waren. Bei der notorisch die Reichsregierung in ihren Maßnahmen wider den Ultramontanismus bekämpfenden Tendenz der „Germania" ist anzunehmen, daß der Angeklagte die erwähnten Artikel veröffentlicht hat, um dadurch die bezeichneten Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen. Zugleich ergiebt sich aus dem Schlußsatze des inkriminirten Passus, in welchem die „Lenker der Staaten" in Gegenüberstellung der „Unterthanen" zur Umkehr ermahnt werden, daß die in einer das Bewußtsein der Beleidigung erkennbar machenden Form geschilderten Verfolgungen der katholischen Kirche auch dem Kaiser des deutschen Reiches insofern zur Last gelegt werden sollen, als ohne dessen Willen die bezeichneten Anordnungen der Obrigkeit nicht hätten in das Leben treten können. Demgemäß wird der Redakteur Majunke angeklagt, durch zwei selbstständige Handlungen mittelst der Presse erdichtete Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet sind, öffentlich behauptet und verbreitet zu haben, um dadurch Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen und durch eben dieselben Handlungen wiederholt den Kaiser, seinen Landesherrn, beleidigt zu haben."

Nachdem der Angeklagte zugegeben, die beiden Artikel vor der Veröffentlichung gekannt zu haben und dieselben verlesen worden, ergriff der Staatsanwalt das Wort zu seinem Plaidoyer. „Die hier in Rede stehende Angelegenheit, so begann er, hat die Gemüther aller Deutschen tief erregt und selbst im Landtage zu weitreichenden Debatten Veranlassung gegeben, so daß jeder Jurist sich wohl schon seine Meinung über den Fall gebildet hat. Es ist sehr schwer, hier sine ira zu reden. Wenn Sie, meine Herren Richter, wie ich hoffe, ein verurtheilendes Erkenntniß abgeben, so treffen Sie damit keineswegs den politischen Gegner, sondern Sie konstatiren nur das öffentliche Gefühl für Recht und Sittlichkeit, Sie zeigen damit nur, daß in Preußen kein Raum für Verleumdungen ist. Wir sind gewissermaßen in der glücklichen Lage, die Strafbarkeit der Artikel aus der Person des Angeklagten heraus zu beurtheilen, denn er wird vermuthlich die Allokution ebenso wenig verleugnen wie die Führer seiner Partei, d. h. die Allokution wird so aufzufassen sein, als wäre sie aus der Feder der Redaktion der „Germania" geflossen. Es wird Niemand darüber im Zweifel sein, daß die Worte der Allokution so gesetzt sind, daß jeder sofort die Verleumdung herausfühlt, denn nachdem von den heftigen Verfolgungen der Kirche gesprochen, wird gesagt, gerade im neuen deutschen Reiche werde am eifrigsten am Sturze der Kirche gearbeitet." Der Staatsanwalt beleuchtet darauf den Wortlaut der Allokution, um zu zeigen, daß alle Kriterien des § 131 St.=G.=B. in derselben enthalten sind. Es genügt für den Strafrichter schon, daß eine einfache unwahre Thatsache behauptet wird, und als eine solche unwahre Thatsache muß die Behauptung aufgefaßt werden, die katholische Kirche werde in Deutschland verfolgt. Wenn man von einem Staatsanwalt sagen wollte, er verfolge Unschuldige, so würde der Gerichtshof keinen Anstand nehmen, wegen Verleumdung einzuschreiten, sofern die Thatsache falsch ist. Wird denn nun aber die katholische Kirche verfolgt? Man wird bei der Beantwortung dieser Frage die ganze kirchliche Bewegung, die Anordnungen der Regierung in dem Wollmann'schen Falle, das Jesuitengesetz u. s. w. ins Auge fassen müssen. Daß diese Gesetze gemeint sind, ergiebt sich aus dem Geschrei der ultramontanen Partei, aus der Abfassung der Allokutio selbst; alles deutet darauf hin, daß die Angriffe der Allokution gegen die erwähnten Anordnungen der Obrigkeit gerichtet sind. Tendenz und Wirkung dieser Gesetze gehen aber nur dahin, Gebiete für den Staat zurück zu erobern, welche von der Kirche widerrechtlich usurpirt sind; diese Ansicht, ja diese Gewißheit ist allseitig anerkannt und gewiß konnte sich auch der Mann dieser Wahrheit nicht verschließen, welcher die Bekämpfung der Reichsregierung auf kirchenpolitischem Gebiete zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat. Ebenso zweifellos ist, daß die Anordnungen der Obrigkeit durch die Unterstellung die Staatsangehörigen würden dadurch zu einem Religionskriege gegen einander gehetzt, verächtlich gemacht, und man darf wohl annehmen, daß der Angeklagte zu diesem Zwecke alle Mittel benutzte. Die Majestätsbeleidigung anlangend, so ist zu beachten, daß der König durch den konstitutionellen Usus nicht zum willenlosen Werkzeug der Minister gemacht wird, vielmehr die Gesetzgebung nur ein Akt des Allerhöchsten Willens verbleibt. Der Schluß des inkriminirten Passus, die Gegenüberstellung der „Lenker" und „Unterthanen" des Staats, und die Aufforderung an Erstere, abzulassen von den Arbeiten am Sturze der Kirche, zeigt aber zur Genüge die Absicht und das Bewußtsein der Beleidigung des Königs, wenn auch der Ausdruck des Originals „impudenter", zu deutsch „schamlos" in „ohne Scheu" abgeschwächt ist. Der inkriminirte Passus ist zweimal in verschiedenen Nummern abgedruckt, was nach früheren Obertribunalserkenntnissen ein zweimaliges Vergehen involvirt. Bei der Strafabmessung ist zu berücksichtigen einerseits, daß die Allokution bestimmt war, in jede Hütte der Giftstoff der Unzufriedenheit mit der Regierung zu tragen, andererseits die Schwere der Majestätsbeleidigung. Ich beantrage gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten.

Der Angeklagte Majunke wies zunächst auf die juristisch unhaltbare Deduktion hin, daß er sich mit dem Inhalt der Allokution identifiziren müsse, weil dieselbe an der Spitze des Blattes, „da, wo sonst die Thronreden stehen", abgedruckt sei. Die Allokution ist ohne ein selbständiges Urtheil abgedruckt, also nur die objektive Mittheilung eines Aktenstücks, obgleich ich zur Sache selber nicht damit zurückhalte, daß ich mit den Worten des Papstes vollkommen einverstanden erkläre. Die katholische Kirche in Preußen lebte bis zum Jahre 1871 im vollsten Frieden mit der Regierung, ja sie erfreute sich größerer Freiheiten wie in den katholischen Ländern, sie durfte sich der größten Gerechtigkeit rühmen, wie dies der Bischof von Paderborn auf dem Konzil 1870 auch anerkannte. Da auf einmal begann der religiöse Sturm, es wurden Gesetze im Reichstage eingebracht, welche ohne jede Veranlassung die Grenzen der katholischen Kirche einengten, wie beispielsweise der Kanzelparagraph und das Jesuitengesetz. Das Vorgehen gegen die Schulschwestern und Schulbrüder im Elsaß, das Vorgehen gegen den Bischof von Ermland konstatirt ferner die Verfolgung der katholischen Kirche, und die Regierung überschritt sogar nach dem Ausspruch des Disziplinargerichtshofs ihre Kompetenzen bei der Maßregel gegen den Armeebischof, alles nur um den Preis der Störung des konfessionellen Friedens, während die Katholiken ihre Friedensliebe durch die Wahl ausgesprochener Regierungsfreunde in das Parlament dokumentirten. Aber weder mir, noch dem Papste ist es in den Sinn gekommen, diese Maßregeln der Regierung verächtlich zu machen; es handelte sich nur um eine Kritik derselben, vielleicht allerdings um eine herbe. Die katholische Kirche hat zu ihrem obersten Prinzip den Autoritätsglauben; dem ordentlichen Katholiken ist es ausdrücklich verboten, eine Autorität zu verletzen, gleichviel ob innerhalb oder außerhalb der Kirche, weil jede Obrigkeit von Gott eingesetzt ist. Ich habe mich deshalb auch immer ausdrücklich aufgelehnt gegen das Gebahren der offiziösen Presse, die erhabene Person Sr. Majestät in den Staub der Debatte hinabzuziehen. Daß der Kaiser vom Papste überhaupt nicht gemeint sein kann, geht auch schon daraus hervor, daß die Reichsgesetzgebung verfassungsmäßig nur Sache des Reichstags und des Bundesraths ist, daß er nicht einmal ein suspendirendes Veto hat, mithin keine persönliche Schuld an den Reichsgesetzen tragen kann. Dazu kommt noch, daß die Beziehungen zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Papste von jeher die intimsten waren, wie Fürst Bismarck selber in dem Schreiben an den Grafen Frankenberg vom 19. Juni 1871 anerkennt. — Der Angeklagte beleuchtet darauf die Genesis des Prozesses; er erinnert daran, daß Graf Eulenburg im Abgeordnetenhause ausdrücklich sagte: dem auswärtigen Amte liege daran, einen Ausspruch des Gerichts über die in der Allokution enthaltenen Beleidigungen zu extrahiren, und das bald darauf durch die Zeitungen die Nachricht ging, der Reichskanzler sei unwillig über die vielen Konfiskationen, weil es an einer einzigen schon genug sei. Das zeuge von einem ganz willkürlichen diplomatischen Manöver. Ferner erinnerte der Angeklagte daran, daß sämmtliche berliner Zeitungen, mit alleiniger Ausnahme der „Germania", polizeilich vor der Veröffentlichung der Allokution verwarnt wurden, die sonst in der ganzen Welt völlig unbeanstandet blieb, und schloß mit den Worten: „Meine Herren Richter, das ganze Ausland sieht auf Ihren Spruch, um daran abzumessen, ob man in Preußen das für ein Unrecht hält, was man in andern Ländern dafür nicht erkannt hat!"

Das Urtheil des Gerichtshofes lautete nach dreiviertelstündiger Berathung dahin, daß der Angeklagte weder der Verbreitung wissentlich falscher Thatsachen noch der Majestätsbeleidigung schuldig, deshalb von der Anklage freizusprechen und die Konfiskation der beschlagnahmten Zeitungsnummern aufzuheben sei. In den Urtelsgründen wurde ausgeführt, daß der § 131 St.=G. B. greifbare Thatsachen voraussetze, die Allokution aber nur als eine Ansicht oder Meinung aufzufassen sei; ebenso sei die Absicht der Beleidigung nicht erwiesen, denn aus der Stellung des Angeklagten als Chefredakteur eines kirchlichen Organs könne noch nicht geschlossen werden, daß er mit der Mittheilung der Allokution die Anordnungen der Regierung verächtlich machen wollte. Auch die Majestätsbeleidigung könne nicht als vorliegend erachtet werden, denn aus dem bloßen Gegenüberstellen der Lenker und der Unterthanen des Staates sei nicht ohne weiteres zu folgern, daß der Kaiser damit gemeint ist.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die am 15. Februar ausgegebene Nr. 7 der „Gegenwart" von Paul Lindau, Verlag von Georg Stilke in Berlin, enthält: Feldmarschall, Geheimer Rath und Volksvertreter. Von Ernst Fröhlich. — Die „Gebildeten" und die Kirche. Von M. L. — Wundersucht und Wallfahrtswuth im neuen Frankreich. Von Carus Sterne. — Literatur und Kunst: Alexander von Humboldt. Von Dr. Dühring. Römische Volksdichtung. Von Gustav Floerke. — Aus der Hauptstadt: Das Wagner=Konzert. Von H. Ehrlich. — Berliner Humor und Berliner Redensarten. Von M. v. Szeliski. — Offene Briefe und Antworten. Herrn Bone, Gymnasialdirektor, Kritiker und dergl. Von P. L. — Offener Brief betreffend Schlachtenbilder. Von P. — Notizen. — Bibliographie. — Inserate.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Die Gesammtausprägung** der Reichsgoldmünzen stellt sich bis 1. Februar d. J. auf 459,252,290 Mark, wovon 345,174,220 Mark in Zwanzigmarkstücken und 114,078,070 Mark in Zehnmarkstücken bestehen.

Wien, 14. Februar. Die Generalversammlung der Kreditanstalt wird am 29. März stattfinden. Die Dividende beträgt 22 Fl.

Wien, 15. Februar. Die heutige „Neue Fr. Presse" dementirt die an der Börse cirkulirenden Gerüchte, daß die Dividende der Kreditanstalt nur 15 Fl. betrage und fügt hinzu, daß die diesmalige Jrzerdividende genau die Höhe der vorjährigen erreichen werde.

Breslau, 14. Februar. [Wolle.] Der Begehr nach den besseren Qualitäten hat sich im Laufe der letzten Woche in überraschender Weise gesteigert und die Umsätze waren der Nachfrage entsprechend von ungewöhnlichem Umfange. Ein saganer Fabrikant allein kaufte ca. 400 Ztr. feine weiße schlesische Wollen von 84—105 Thlr., der Agent eines rheinischen Hauses ein gleiches Quantum mittelfeiner schlesischer Einschuren von 75—82 Thlr., der Chef der Großenhainer Aktien=Gesellschaft ca. 200 Ztr. odessaer Kunstwäsche in den Achtziger Thalern und ein spremberger Tuchmacher ca. 180 Ztr. russischer

Rückenwäsche Anfangs der Sechsziger Thaler. Außerdem haben noch einige Ankäufe von hochfeiner polnischer Wolle zu ca. 80 Thlr. und von Gerberwolle in den Funfzigern, sowie geringer posenscher Wollen in den Sechsziger Thalern stattgefunden, so daß sich das gesammte umgesetzte Quantum auf nahe an 2000 Ztr. beläuft. Nichtsdestoweniger haben die Preise sich im Allgemeinen nicht geändert und in den seltenen Fällen, wo dies vorkam, stellten sich solche eher zu Gunsten der Käufer. Von neuen Zufuhren haben wir ca. 1000 Ztr. erhalten, meist russischen Rückenwäschen und gewaschenen Kapwollen. (Br. Z.)

Vermischtes.

* **Berlin**, 15. Februar. Die „Trib." erzählt: Das Differenzspiel an der Börse hat wieder ein Opfer gefordert und eine bis dahin gut situirte Familie in Jammer und Noth gestürzt. Der Kaufmann T., welcher vor einigen Jahren aus der Provinz Posen hierhergezogen war und ein Geschäft mit Rauchwaaren und Produkten etablirt hatte, welches sich des größten Aufschwungs erfreute, wollte auch gern mit einem Male und ohne Mühe reich werden und begab sich zur Erreichung dieses Ziels auf das schlüpfrige Parquet der Börse. Gegen „Einschuß" (Kaution) fand er bald Gegenliebe bei „feinen" Börsenspielern, die ihn, da er behufs Wiedererlangung der ersten Verluste immer waghalsiger und leidenschaftlicher wurde, in kurzer Zeit um sein ganzes Vermögen brachten. Zuletzt verkaufte er heimlich den größten Theil der Ladenvorräthe und verschwand — Niemand weiß, wohin — Frau und Kinder in Verzweiflung zurücklassend.

* **Stettin**, 12. Februar. Ueber die Kreuzfahrt des Kanonenboots „Komet" zur Beseitigung der aus dem Novembersturm herrührenden Schiffstrümmern zwischen Rügen und den südlichen dänischen Inseln bringt jetzt die „Nordd. Allg. Z." nachstehende Angaben. Zu Anfang seine Kreuzfahrt fand der „Komet" zwischen Moen, Arcona und Darseron zwei Mal größere treibende Trümmerhaufen, welche er vermittelst angesteckter Taue und Ketten auseinanderriß und dann für den Verkehr der Schiffe unschädlich machte. Das erste Wrack wurde unter Moen angetroffen, es war völlig gekentert, mit Holz geladen und alle Anstrengungen dasselbe fort zu bugsiren, erwiesen sich als nutzlos, vermuthlich, weil mit dem Kentern zugleich beide Anker gefallen waren. Es gelang nach großer Anstrengung, die eine der Ketten zu sprengen, ohne daß es jedoch möglich wurde, das Wrack von der Stelle zu bewegen, auch vermochten die abgefeuerten Granaten dasselbe nicht zum Sinken zu bringen. Das schlechte Wetter verhinderte zunächst den weiteren Versuch, das Wrack mit Torpedos aufzusprengen, nöthigte vielmehr zur Umkehr. Als „Komet" mit besser werdendem Wetter seine Arbeit wieder aufnehmen wollte, traf er rechts im Fahrwasser unter Moen ein zweites Wrack, dessen Mast über der Wasseroberfläche hervorragte. Es gelang trotz des wiederum sehr stürmisch gewordenen Wetters, dem gesunkenen Schiffe auf dem Grunde einen Torpedo zu appliziren, dessen Sprengung sich von der besten Wirkung erwies. Der Mast versank und die angestellten Lothungen ergaben an dieser Stelle keine Differenzen in der Wassertiefe. „Komet" wollte hierauf dem ersten Wrack ein gleiches Schicksal bereiten, aber es war inzwischen verschwunden, und alles Suchen blieb erfolglos, wahrscheinlich hatten See und Sturm in Gemeinschaft das halb begannene Zerstörungswerk fortgesetzt und beendigt. Die forthwährend angestellten Lothungen, besonders über den Stellen der aufgefundenen und zerstörten Wracks haben durchgehends keinen Unterschied mit den in den Karten verzeichneten Wassertiefen ergeben.

Briefkasten.

A. N. in **Ciesle.** Ihr Wunsch wird vom 1. April ab erfüllt werden.

S. in **G.** Dank für die Uebersetzungsberichtigung.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 17. Februar.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbes. Graf Szoldrski aus Rostworowo, Frau v. Skrzydlewska u. Familie aus Lechlin, Graf Kwilecki aus Kobelnik, Komtesse Mycielska aus Chociszewo, Frau von Stablewska aus Dlonie, v. Sokolnicki aus Pruszkowo, die Gutsbesitzer Prodakowski aus Lemberg, v. Hulewicz aus Mlodziejewo, Fabbrucci aus Hummel, Krüger aus Zelgniewo, Graf von der Rosen aus Lemberg, Arzt Dr. Paulen aus Breslau und Dr. Schwarz aus Liegnitz, Rentier Glochinski aus Krakau, Fabrikbesitzer Prödinger aus Oppeln, Fabrikant Hellmann aus Dresden, Frau Schröder Wittwe aus Gr. Münsterberg, Oberamtmann Opitz aus Lowencin, Bürgermeister Schwittay aus Mogilno, Generallieutenant Excel. v. Wittig a. Kassel, die Kaufleute Wildt und Bethke aus Mogilno, Besel und Blau aus Stettin, Ucko aus Mainz, Lyßmann aus Crefeld.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufl. Würtzburg a. Berlin, Wagner a. Leipzig, Goldstein a. Breslau, Rheinecke a. Turn, Willmann a. Berlin, H. Paeltz a. Greiz, Salinger a. Hamburg, Knüttel a. Barmen, Schönderant a. Breslau, Lande a. Berlin, Strauß aus Würtzburg, Hessel a. Stettin, Kaul a. Berlin, Goldammer a. Magdeburg, Schneider a. Berlin, Abraham a. Danzig, Windel a. Schwelm, Pioch a. Mannheim, Wendroth a. Lüttich, Kandler a. Jülich, Werner a. Berlin, Greinsmann a. Breslau, Schmidt a. Hamburg, Schlesinger a. Berlin, Rittgbs. Frau v. Tempelhof a. Dombrowka, Jakobi a. Trzianka, Bukatsch a. Przybroda, Lüdemann a. Sendziwojewo, Kunath mit Familie a. Niewierz, Hildebrand a. Sliwno, Kand. med. Gortricka a. Breslau, Konsul Scheibel.

HOTEL DE ROME. (Julius Buckow.) Die Kaufleute Zech aus Leipzig, Dittmann aus Berlin, Moll aus Cöln, Labaume aus Meursaolt, Zabel aus Berlin, Sachs aus Pest, Pincus aus Breslau, Woyt und Blaß aus Berlin, die Rittergutsbesitzer Eichler aus Dorn, v. Kierski aus Pobórka, v. Zakrzewski aus Zabno, v. Swiniarski aus Jankowo, v. Chosławski aus Górzno, v. Taczanowski aus Choriń, v. Nowacki aus Neugut, v. Rajkowski aus Koszuty, v. Trzebiński, Dr. Köhler aus Kosten, Dr. Brökere aus Schrimm, Gutsverwalter Zanowski aus Dąbki, Kreisger.-Direktor Beisert a. Kosten, Rittergbs. Graf Mycielski u. Gemahl. a. Kobylepole, Graf Dąbski u. Gem. a. Kołaczkowo, Majorathsherr Graf Kwilecki-Węsierski a. Wróblewo, Professor u. Direktor der Sternwarte Galle a. Breslau, Fürst Anton Sułkowski a. Reisen, Privatmann v. Koschytski a. Glogau, Kaufleute Auerbach a. Breslau, Wartenberg a. Berlin, Correl a. Berlin, Meier a. Ehrenbreitenstein. Generalmajor v. Bothmar a. Glogau, Major Kipping a. Glogau, Major May a. Glogau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Neab a. Dresden, Naisler a. Breslau, Schorchmann a. Berlin, Immer a. Bromberg, Schnell a. Görlitz, Distr.-Kommissarius Profé a. Kłecko, Künstler Taborowski a. Berlin, Hertze a. Berlin, Kreisphysikus Dr. Loewy aus Wreschen, Apotheker Duhme a. Wongrowitz, Rentier J. Schlesinger a. Menphis, Goldring a. Neu-Orleans, Administr. Schlenger a. Polen, Ingenieur Scheibler a. Stettin, Banquier Marcus a. Berlin, Hausbesitzer Werner und Fr. a. Koblenz, Grenz-Revid. Bienkowski aus Gromice, Mühlenbesitzer Topel a. Fraustadt, Inspektor Strahler aus Pndowo, Bahninspektor Singler a. Weißenbach, Techniker Wandel a. Berlin, Telegraph Krause a. Glogau, Premier-Lieut. Bendick a Borek, Gutsbesitzer Schreiber und Fr. a. Talowice, Rittgbs. Smidowski a. Kriewen, Schymanowski a. Pudewitz, Lieutenant Hausfeld a. Liegnitz, Hofrath v. Kryzyzewski a. Petersburg.

SEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Graf a. Breslau, Wiener, Seelig und Wassermann aus Berlin, Holde jun. und Markuse aus Crossen, Stargardt aus Schwerin a. W., Glaß a. Grätz, Mottek aus Samter, Kaphan aus Miloslaw, Lewin aus Cerkow, Mirels, Stock, Sokolowski und Banner aus Wreschen Igel aus Lemberg, Ober-Inspektor Christ und Frau aus Wierczonka, Fabrikant Dessen aus Breslau.

KRUG'S HOTEL. Die Kaufl. Goldmann a. Neutomischel, Entreß und Fr. a. Berlin, Veteran Grabarkiewicz a. Kobylin, Viehhändler Brzuszkiewicz a. Pakość, Fran Eberty a. Allitsch, Frau Pastor Wiedemann a. Czempin, Fr. Lehrer John a. Czempin, Gasthofbesitzer Palitzki a. Neutomischel, Gutsbs. Heinrich Bruck und Frau a. Michorzewko, Mühlenbesitzer Gottlieb Schlecht und Fran aus Neu-Dombrowo, Wirthschafts-Kassier Adelstein aus Grodkau, Robert George a. Berlin, Bergmann a. Berlin.

Bekanntmachung.

Die diesjährige **ordentliche General-Versammlung** der Meistbetheiligten der Preußischen Bank wird auf

Freitag, d. 21. März d. J.
Nachmittags 5½ Uhr.

hierdurch einberufen, um für das Jahr 1872. den Verwaltungsbericht und den Jahres-Abschluß nebst der Nachricht über die Dividende zu empfangen und die für den Zentral-Ausschuß nöthigen Wahlen vorzunehmen. (Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846. §§ 62. 65. 67, 68, 97 und Allerhöchster Erlaß vom 30. März 1857. Gesetz-Sammlung Seite 240.)

Die Versammlung findet im hiesigen Bank-Gebäude Ober-Wallstraße Nr. 10 und 11 statt. Die Meistbetheiligten werden zu derselben durch besondere, der Post zu übergebende Anschreiben eingeladen.

Berlin, d. 14. Februar. 1873.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Chef der Preußischen Bank
Graf v. **Itzenplitz.**

Meseritz, den 8. Februar.

Die Chausseegeld-Hebestelle **Dürrlettel** auf der Meseritz-Bentschener Provinzial-Chaussee soll auf 2 Jahre 11 Monate vom 1. Mai c. ab bis zum 1. April 1876 anderweit verpachtet werden.

Hierzu steht am

Dienstag, den 4. März cr.,
Vormittags 11 Uhr,

in meinem Amtsbüreau hierselbst Termin an und werden zu demselben Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen, daß vor dem Termine 100 Thlr. baar oder in Staatspapieren als Bietungskaution bei der hiesigen Königlichen Kreiskasse niedergelegt werden müssen.

Die Lizitations- und Kontraktsbedingungen liegen während der Dienststunden in meinem Büreau zur Einsicht aus.

Königlicher Landrath.

Lehrerstelle in Triest.

An der gemeinschaftlichen evangelischen Schule in Triest ist zum 1. September d. J. eine Lehrerstelle neu zu besetzen. Haupterforderniß sind bei allgemeiner pädagogischer Tüchtigkeit, Geschick und einige Erfahrung im Elementarunterricht u. im deutschen Sprachunterricht. Das Anfangsgehalt beträgt 700 Fl. Dazu kommen bei pflichttreuer Amtsführung fünf Quinquennalzulagen von je 100 Fl. Für den eventuell in höheren Klassen zu ertheilenden wissenschaftlichen Unterricht wird eine besondere Funktionszulage gezahlt. Die Anstellung erfolgt unter der Bedingung gegenseitiger sechsmonatlicher Kündigung. — Bewerber wollen ihre an „die evangelische Schuldeputation" gerichteten Meldungen nebst Zeugnissen möglichst bald, jedenfalls vor dem 15. März d. J. dem Unterzeichneten einsenden.

Wailand, Direktor.

Handels-Register

Zufolge Verfügung vom heutigen Tage ist eingetragen:

1. in unser Firmenregister unter Nr. 1360 die Firma **Ludwig Auerbach**, Ort der Niederlassung Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Ludwig Auerbach zu Posen;
2. in unser Prokurenregister bei Nr. 143 die dem **Ludwig Auerbach** zu Posen für die Handlung Firma: **Gebr. Auerbach**, deren Niederlassungsort Posen — Nr. 95 des Firmenregisters — ertheilte Prokura ist erloschen.

Posen, den 11. Februar 1873.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Handels-Register.

In unser Firmenregister ist bei der unter Nr. 1356 aufgeführten Firma **August Sniechotta**, deren Niederlassungsort Posen und deren Inhaber der Kaufmann August Sniechotta zu Posen ist, zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Die Firma ist in **Aug. Sniechotta** verändert und berichtigt.

Posen, den 10. Februar 1873.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Die dem Grundbesitzer **Ludwig Schubert** und seiner Ehefrau Josepha verwittwet gewesenen Olenderczyk geborenen Kwiatkowska, zu Grünewiese gehörigen Grundstücke Nr. 21 Grünewiese und Nr. 349 Pleschen ersteres mit 23 Hektaren, 61 Aren, 40 Quadrat Metern der Grundsteuer unterliegend und mit einem Grundsteuerreinertrage von 72,82 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 25 Thlr. veranlagt, letzteres mit 12 Hektaren, 08 Aren und 90 Quadrat-Metern der Grundsteuer unterliegend und mit einem Grundsteuerreinertrage von 50,12 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 20 Thlr. veranlagt, sollen im Wege der nothwendigen Subhastation

am 23. April d. J.,
Nachmittags 3 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Gerichts versteigert werden.

Pleschen, den 14. Januar 1873.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.

Bekanntmachung.

Mein in der Stadt Sternberg dicht am Markt belegenes Grundstück, bestehend in einem vor drei Jahren neu erbauten massivem Wohngebäude, Ladeneinrichtung, Getreideboden, Schuppen, Kellerei und schönem Obstgarten beabsichtige ich Kränklichkeitshalber sofort aus freier Hand zu verkaufen. In demselben wird seit 30 Jahren ein Manufakturen-, Kurz-, Colonialwaaren- und Ledergeschäft, mit dem besten Erfolg betrieben, doch eignet sich dasselbe seiner günstigen Lage wegen zu jedem anderweitigen Unternehmen. Anzahlung ca. 2000 Thaler.

Sternberg i. d. N., im Februar.

Marcuse.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Jerzyce** unter **Nr. 146** belegene, dem Bauunternehmer **Valentin Schmidt** und dessen Ehefrau **Ottilie** geb. **Reich** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 1 Hektar 46 Aren 50 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 5 Thlr. 3⅗ Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 329 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der **nothwendigen Subhastation** am

Dienstag, den 20. Mai d. J.,
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des Königl. Kreisgerichts hierselbst, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 6. Februar 1873.

Königl. Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.
Keyl

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Chomęcice** unter der **Nr. 20** belegene, den **Thomas** und **Ottilie**, geb. **Golak**, **Cegłowski**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 22 Hektaren, 24 Aren, 30 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 68 Thlr. 17 Sgr. 4⅘ Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 12 Thlrn. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag, den 13. Mai d. J.,
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Königl. Kreisgerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 7. Februar 1873.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastationsrichter.
gez. **Keyl.**

Kempen, Reg.-Bezirk Posen, den 6. Februar 1873.

Polizeibeamter.

In hiesiger Stadt ist eine Polizeidienerstelle mit 250 Thlr. jährlichem Gehalte sofort und zwar für die ersten 6 Monate probeweise zu besetzen. Zivilversorgungs- und anstellungsberechtigte Militärpersonen wollen sich unter Vorlegung ihrer Militärzeugnisse und eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes bei dem Unterzeichneten melden. Einige Kenntniß in der polnischen Sprache ist erforderlich.

Der Magistrat.

Für Holzhändler.

Eine Waldfläche von ca. 3500 Morgen groß, sowie eine solche von **ca. 3000 Morgen**, in der Nähe der **Eisenbahn**, weist reellen Selbstkäufern unter **günstigen** Bedingungen nach

Herm. Hirschberg
in Lauenburg
in Pommern.

Nothwendiger Verkauf.

Die im **Samter**'schen Kreise belegenen, dem Rittergutsbesitzer Grafen **Stanislaus Bninski** zu Biezdrowo gehörige Herrschaft **Biezdrowo**, wozu die Dörfer Biezdrowo nebst Vorwerk, Zakrzewo, Popowo, Kobusz, Gogolice, Krzywołęcki und Pierwoszewo das Vorwerk Mokrz, der Krug Gogolicki, ein Krug Zielonagóra und die Kolonie Neubrück gehören, deren Besitztitel auf den Namen des Grafen Stanislaus Bninski berichtigt steht, und welches mit einem Flächen-Inhalte von 4189 Hektaren 94 Aren 10 Quadratstab der Grundsteuer-Reinertrage von 4015,45 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 587 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

den 22. April 1873,
Vormittags um 9 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Gerichts versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein von dem Grundstücke und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten, oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III. des unterzeichneten königlichen Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 26. April 1873,
Vormittags um 11 Uhr,

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Samter, den 16. Dezember 1872.

Königl. Kreisgericht.
Erste Abtheilung.
Der Subhastationsrichter.

Für Gutsbesitzer.

Zum Ankauf, Pachten, auch Cessions-Pacht haben sich zahlungsfähige Landwirthe gemeldet.

Amtmann F. Bahrfeldt,
Berlin. Prinzenstr. 14.

Konditorei-Verkauf

in der Provinz, bestens eingerichtet mit feiner Kundschaft und Gast-Geschäft ist sofort billig zu verkaufen. Näheres in der Expedition d. Blattes.

Gutskäufe, Pachtungen, Geld auf Güter, Wirthschaftsbeamte, Maschinen, Geräthe, Vieh jeder Art und Race, künstlichen Dünger, Versicherungen gegen Hagel, Feuer und Leben vermittelt und nimmt Aufträge und Aufschläge vertrauensvoll entgegen. Inowraclaw.

Feodor Schmidt.

Zum Bau eines neuen katholischen Schulhauses in der Stadt Samter, sollen sogleich **1[illegible]0,000** gut ausgebrannte **Mauersteine** und **100 Kubikmeter Feldsteine** gegen baare Bezahlung angekauft und angeliefert werden.

Frankirte Offerten werden vom Herrn M. Dutkiewicz, Mitgliede des Repräsentanten-Kollegiums der katholischen Schulgemeinde in Samter entgegen genommen.

Samter, den 10. Februar 1873.

Die Repräsentanten
der katholischen Schulgemeinde.

Auktion.

Freitag, den 21. Februar,
Vorm. 9 Uhr ab,

werde ich im **Auktionslokale Magazinstraße Nr. 1** verschiedene

Kleidungsstücke, Wäsche rc.

um 12 Uhr

1 Flügel und mehrere Tonnen Heringe

versteigern.

Rychlewski,
Königl. Auktions-Kommissarius.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag den 20. Febr. 1873 Vormittags 9 Uhr werde ich in dem ehemals Zimmerich'en Geschäftslokale am Neumarkte hierselbst

Maschinengarn u. Seide, Tapisserie- und Galanterie-Artikel, sowie Geschäfts-Utensilien

gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkaufen.

Rogasen, den 15. Febr. 1873

Der gerichtl. Aukt.-Kommiss.
Jahnz.

Mein in **Obornik** in der Czarnikauer Straße Nr. 68 belegenes **Wohnhaus**, will ich für den Preis von 3500 Thaler verkaufen. Anzahlung 2000 Thaler, bemerkt wird, **daß vorläufig die Holzablösungsrente hiesiger Stadt, wofür früher auf das Grundstück jährlich 5½ Klafter Kiefern Klobenholz verabfolgt wurde jetzt zu einer Rekterschule verwendet wird**, und können namentlich Käufer, welche viel Knaben zu unterrichten haben, ein vortheilhaftes Geschäft machen. Vermittler verbeten.

Hausbesitzerin
Pauline Frisch.

Eine komplette **Kupferschmiede** mit Wohnhaus und Vorräthen sofort zu verkaufen.

Filehne,
A. Friedemann.

Frische schlesische **Leinkuchen** empfehlen zu ermäßigten Preisen

Gebr. Auerbach.

Vortheilhafter Geschäftskauf.

Ein seit 10 Jahren bestehendes Cigarren- u. Tabak-Geschäft mit guter Kundschaft und bester Lage ist wegen Krankheit des Besitzers zu verkaufen. Adr. **R. Z.** poste rest. Bromberg.

Neue Akademie der Tonkunst in Berlin,

Grosse-Friedrichsstr. 94,
unweit der Linden.

Am 1. April beginnt der neue Cursus 1, Elementar- und Compositionslehre; 2, Methodik; 3, Pianoforte; 4, Solo- und Chorgesang; 5, Violine; 6, Violoncello; 7, Partitur- und orchestrales Clavierspiel; 8, Quartettklasse; 9, Orchesterklasse; 10, Italienisch; 11, Deklamation.

Mit der Akademie steht in Verbindung

ein Seminar

zur speciellen Ausbildung von Clavir- und Gesanglehrern und Lehrerinnen.

Auswärtige finden gute Pensionate und unmittelbaren Nähe der Anstalt.

Ausführliches enthält das durch die Buch- u. Musikhandlungen und durch den Unterzeichneten zu beziehende Programm.

Berlin, im Februar 1873.

Prof. Dr.
Theodor Kullak,
Hofpianist.

Der Ein- und Verkauf aller **Staatspapiere, Eisenbahnactien, Bank- und Industriepapiere** wird prompt ausgeführt.

Zeitgeschäfte werden gegen Depôt bestens effectuirt.

R. Fraenckel,
Bank-Geschäft.
Berlin, gr. Friedrichstraße 57.

Eine geübte Friseurin empfiehlt sich. Näheres bei Frau **Lagowska**, Lindenstraße 1. a.

Am 3. März fährt ein großer **Möbelwagen** leer nach Frankfurt. Herrschaften, welche diese Gelegenheit benutzen wollen mögen sich gefälligst wenden an **Karl Bußmann** in Frankfurt.

In **Zalasewo** bei Schwersenz steht vom 10 Februar cr. ab beim Unterzeichneten ein Beschäler, Stachelschimmel, hannoversche Race, 5 Jahr alt, 5 Zoll groß, Deckpreis 2 Thlr. 5 Sgr.

A. Riedel, Wirthschaftsbesitzer.

Beste Gaskohlen, Stück- und Klein- für Gasanstalten, Prima Qualität offerirt billigst

Philipp Nathan,

Friedrichsgrube per Orzesche.

Kleesaaten
und
Feldsämereien

kauft jedes Quantum

A. S. Lehr,
Gr. Gerberstr. 18.

---

80 **Stämme** gutes mittel starkes kiefernes Bauholz sind sofort in Je ykowo bei Puzewitz zu angemessenem Preise abzugeben.

O. Jaensch.

Das Dominium **Nitsche** bei Czempin verkauft 30 Scheffel **Saatlein** von vorzüglicher Qualität, ebenso 100 Klaftern trocknes eichnes **Klobenholz,** und eine Partie eschnes **Nutzholz.**

600,000 Stück

Mauersteine, vorzüglich erster Klasse stehen im Ganzen oder in Posten nicht unter 200,000 Stück zum Verkauf bei

Albert Schlarbaum,
Gnesen.

Kleesaaten
und
Sämereien

jeder Art in frischester Qualität offerirt billigst

A. S. Lehr,
Gr. Gerberstr. 18.

Riesen-Runkelrübensamen

gelber Pohlscher Gattung verkauft den N.-Scheffel mit 5 Thlr. das Ltr. mit 3 Sgr.

Heinze,
Vorwerksbes. in Klecko.

Für Gärtner.
Zehn Frühbeetfenster mit Glas stehen billig zum Verkauf bei
M. Kaul, Breitestraße 15.



Das Dominium **Nitsche** bei Altboyen hat importirte, einjährige **Oxfordshire-down-Böcke** abzugeben.



15 Stück schweres kernfettes Vieh, 7 Stück Holländer Bullen

reiner Race, von $1\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ Jahr, stehen zum Verkauf auf Dom. **Sokolnik** (Posterpedition).

Die **Pianoforte-Fabrik** von *C. Kirst* vormals *A. Pfeiffer* in **Glogau** empfiehlt unter fünfjähriger Garantie fest gebaute

Pianinos

mit vollem Ton in Polysander und Nußbaum zur **170 Thlr.,** geschweift in f. f. Maser **180 Thlr.,** franco **Posen.**

Für Fleischer.

Auf dem Dom. **Koninko b. Posen** sind bis ult. Februar **25 Stück Mastvieh** zu verkaufen, darunter 16 Stück junge Ochsen.

Der Unterzeichnete empfiehlt sich, gestützt auf die besten Empfehlungen und Zeugnisse von Seiten **des Landwirthschaftlichen Provinzial-Vereins zu Aurich,** zur Vermittelung von Ankäufen

Ostfriesischen Hornviehs
(Holländer)

und versichert die geehrten Auftraggeber der promptesten und gewissenhaftesten Bedienung.

B. J. Smid
Rittergutspächter
auf **Midlum** b. **Emden (Ostfriesland).**

Annonce.

Ein guter Wagen, ein- u. zweispännig, (Sandschneider) und ein Paar do. Kutschgeschirre zu verk. **Lowencin** b. Schwersenz.
A. Opitz.

Für Zimmermeister.

Wegen Aufgabe des Geschäfts sind preiswürdig zu verkaufen:
1 Erdbohrer, 100' lg., mit abgedrehten Stoßenden, dazu 2 Schaufeln, 1 Steinbohrer u. Schlüssel; 2 Satz Pumpenbohrer, 12 Satz sehr gute Setzschrauben, Schrauben-Schneidezeuge, Klober, Taue, Ketten, Bohrer, Hobelbänke, Hobel, Sägen, Aexte, 1 Rammbär u. a. m., sowie circa 100 Ctr. Dachpappe, erste Qual. — Anfragen durch *A. B. 60* Lissa R./P.

Emser Pastillen
gegen Catarrhe, Verschleimung, Halsweh etc.,
Kissinger Pastillen
gegen Verdauungsbeschwächung, Bleichsucht, Blutleere,
Friedrichshaller Pastillen
gegen Magensäure, Aufstossen, Verstopfung,
Krankenheiler Pastillen
gegen Scropheln, Haut- und Drüsen-Krankh.,
in plombirten Schachteln und Flacons mit Gebrauchs Anweisung à 30 Kr. = $8\frac{1}{2}$ Sgr., nur echt auf Lager in Posen in *Elsner*'s Apotheke und bei Apoth. *Kirschstein,* in Nakel bei Apoth. *Weise,* in Rawicz b. *M. O. Riemschneider,* in Uscz in der Apotheke.

Soeben ist erschienen die 32. Aufl. des weltbekannten, lehrreichen Buchs

Der persönliche Schutz

von **Laurentius.** In Umschlag versiegelt.
Tausendfach bewährte Hilfe und Heilung (20jährige Erfahrung!) von

Schwäche-

zuständen des männl. Geschlechts, Nervenleiden 2c., **den Folgen zerrüttender Onanie und geschlechtlicher Excesse.** — Durch jede Posener Buchhandlung, sowie von dem Verfasser, Hohestraße, Leipzig, zu beziehen. **Preis** $1\frac{1}{3}$ Thlr.
Armen, wenn sie dies durch Atteste bescheinigen, gratis.
Laurentius.

Vor den Nachahmungen und Auszügen dieses Buchs, — **kleinen Sudelschriften,** die unter den Titeln Jugendfreund, Selbsterhaltung und **ähnlichen,** in fast allen Zeitungen marktschreierisch ausgeboten werden —, wird wohlmeinend **gewarnt.** Daher achte man darauf, die echte Ausgabe, die
Original-Ausgabe von Laurentius
zu bekommen, welche einen Octav-Band von 232 Seiten mit 60 anatom. Abbildungen in Stahlstich bildet und mit dem Namensstempel des Verfassers versiegelt ist.

Schwedische Jagd-Stiefel-Schmiere aus der Fabrik von **C. G. Hanke in Wittich.**

Bei regelmäßigem Gebrauch dieser reinen, fetten Lederschmiere wird jedes lederne Schuhwerk, Treibriemen, Spritzenschläuche, Wagenverdecke, Geschirre u. s. w. wasserdicht und gänzlich vor Bruch geschützt. Niederlage bei Hrn. **R. Brasch,** Wasserstraße 6.

Dosen à 18, 10 und 5 Sgr.

In einer Minute

verschwindet jede üble Mundgeruch, ob von Zahn- oder anderen Krankheiten herrührend, durch Anwendung des k. k. priv. **Prager Mundwassers,** geprüft von der medicin. Fakultät und für Oesterreich-Ungarn patentirt. Dieses **Mundwasser** weicht in seiner Wirkung von allen ähnlichen Präparaten ab, indem es die Zähne derart konservirt, daß bei stetem Gebrauche nie die Cartes (Zahnfraß) entstehen kann und bei bereits ausgefressenen Zähnen dieselbe gänzlich aufhört. Es befestigt die Zähne, erhält sie frisch und gesund, schützt vor jedem Zahnschmerz.
Preis pr. Flacon mit Gebrauchsanweisung 20 Sgr.
General-Depot bei
G. L. Reuling's
Nachfolger in Frankfurt a. M.
Depot bei *S. Spiro* in Posen, Schuhmacherstraße 6.

Ich bin am Dienstag den 18. Februar in Posen von Vormittags 9–1 Uhr und Nachmittags von 2–4 Uhr in „Mylius Hotel" zu sprechen und ertheile Jedermann gern unentgeltliche Auskunft über den Gebrauch der berühmten **Wipprecht'schen Tropfen.**

H. Lovie aus Breslau.

☞ Briefe treffen mich ebenfalls in obigem Gasthofe an.

Die Wipprecht'schen Tropfen bewähren sich so außerordentlich gegen Kopf-, Nerven- und Magenleiden, so daß dieses so wohlthätige und bewährte Mittel die weiteste Verbreitung finden möchte, welchem Wunsche ich mich aus vollster Ueberzeugung anschließe.
Berlin den 10. August 1870.
Medizinalrath Dr. **Müller.**

Avis! Fr. Hamb. Speckbücklinge und Kieler Sprotten empf. bill. **Kletschoff**

Lasker's

Rede nach dem stenographischen Bericht. Preis 5 Sgr. bei

Louis Türk.

Zu der am 5. April 1873 stattfindenden

Kölner Pferde- u. Equipagen-Lotterie

sind Loose à 1 Thlr. in der Expd. der Posener Zeitung zu haben.

Thorstr. 15 sind 2 geräumige Läden nebst Schaufenster wovon einer mit Wohnung zum 1. April zu vermiethen, während der andere sofort bezogen werden kann.

Umzugshalber sind vom 1. April **a St. Martin Nr. 76** im 2. Stock drei Zimmer nebst Küche und Zubehör zu vermiethen.

Graben 33 ist vom 1. März 1 möbl Stube zu verm.

Gesucht in Posen zwei Zimmer nebst Cabinet Belle-Etage in der Wilhelmstr. zum 1. März.

Gefl. Offerten nebst Preisangabe **sub D 8887** befördert die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse in Berlin.**

Das Dom. Strzeszki bei Schroda sucht zum 1. April einen tüchtigen, deutschen, verheiratheten

Wirthschaftsbeamten.

Gehalt 150 Thlr., und entsprechendes Deputat. Persönliche Vorstellung erforderlich.

Einen Fabrikinspektor bei 800 Thlr 1 Lagerverwalter und 2 junge Leute f. leichte Comtoirarb. b. 360–480 Thlr. Jahresgeh. gesucht d. **F. W. Dasse,** Berlin, Blumenstr. 55.

Loose der Deutschen Lotterie

zur Gründung der **Friedrich-Wilhelm-Stiftung,** sind. a 1 Thlr., in der **Exped. der Posener Zeitung** zu haben.

Als **Eleve** zur Erlernung der Landwirthschaft findet ein junger Mann unentgeldliche Aufnahme auf einem Dominium bei Posen. Bedingung ist daß derselbe aus anständiger Familie ist und die nöthige Schulbildung genossen hat. Auskunft ertheilt die Expedition.

Auf dem **Dom. Kazmierz** bei Samter findet z. 1. April d. J. ein guter unverheiratheter **Gärtner** Stellung.

Ein Diener,

der gute Zeugnisse aufzuweisen hat, wird zum sofortigen Antritt oder zum 1. April auf's Land gesucht. Näheres bei Frau **Fehlan** in Posen, Königstraße 11.

Für mein Modewaaren-, Konfektions- und Wäschegeschäft suche ich zum sofortigen Antritt oder per 1. April a. c. einen **tüchtigen Verkäufer,** der der polnischen Sprache mächtig und gute Zeugnisse aufzuweisen hat.

Moritz Meyer,
Thorn.

Für ein Baugeschäft mit lebhaftem Holzhandel wird ein gesetzter junger Mann, vielleicht Kaufmann, da Fachkenntniß nicht Bedingung, zur Buchführung und sonstigen Nebenbeschäftigung unter bescheidenen Ansprüchen zu engagiren gesucht.
Offerten nimmt die Exped. d. Blattes unter R. B. in S. entgegen.

Für meine Lederhandlung suche ich einen Commis und einen Lehrling.
S. H. Kuttner.

Ein sehr tüchtiger, praktischer

Wirthschaftsbeamter

im besten Alter, verheirathet, ohne Kinder, dessen Frau zugleich eine tüchtige Wirthin ist, sucht bei bescheidenen Ansprüchen **zum 1. April**

Stellung.

Derselbe ist der polnischen Sprache mächtig, auch im Forstfach bewandert und überhaupt erfahren. Eine ganz selbstständige Stellung wird von ihm nicht beansprucht, wünscht vielmehr dem Prinzipal, je nach Größe des Areals, als erster oder zweiter Beamter zur Seite zu stehen.
Der Austritt aus gegenwärtiger Stellung erfolgt wegen vollständiger Wirthschafts-Aenderung. Reflektanten belieben ihre gefl. Offerten sub Chiffre **O. 3289** an d. **Annoncen-Expedition** von **Rudolf Mosse** in **Breslau** zur Weiterbeförderung einzusenden.

Ein tüchtiger energischer **Landwirth** 40 Jahr alt, verheirathet, nur ein Kind, welcher längere Jahre Güter mit gutem Erfolg bewirthschaftet, beider Landessprachen mächtig, sucht zum 1. Juli anderweitig Engagement. Franco Adressen erbittet man unter N. V. 99 in der Exped. d. Pos. Ztg. abzugeben.

Eine gebild. Dame (evangelisch) in gesetzten Jahren aus guter Familie und besten Empfehl. wünscht zum April od. später Stellung zur selbst. Führung eines Haushalts oder zur Gesellschaft und Stütze der Hausfrau. Dieselbe ist jetzt noch in einem angesehenen Hause auf dem Lande und sieht weniger auf hohes Gehalt als auf freundliches Entgegenkommen. Gefäl. Adrs. werden gebeten an B. Schröder Sohno bei Zempelburg, Westpreußen, zu senden. —

Durch das Placirungs Bureau

E. Anders, Markt 65

können **sehr viel Wirth. u. Köche, Stubenmädch. u. Kinderfrauen** gute Stellung erhalten.

Ein Commis, Specerist, welcher mehrere Jahre in bedeutende Engros- u. Detail-Geschäften thätig war, sucht. v. 1. April cr. veränderungshalber Stell. Off. unter H. Z. poste restante *Strzelno.*

Der Wirthschafts-Inspector **Scharth** früher zu Kawolowo pr. Margonin, wird hiermit aufgefordert, seinen jetzigen Wohnort in 14 Tagen mir anzuzeigen.

Peter Simon,
Schneidermstr. in Poln. Lissa

Allen Stellensuchenden

empfiehlt sich zur schnellen u. sicheren Erlangung eines Engagegements, ohne Vorschußzahlungen, (Prinzipälen resp. Engagirenden vollst. kostenfr.) das internationale Vermittl.-Bureau von
August Froese in Danzig.



Sämmtliche Sänger Posens,

die **nicht** Mitglieder des Allgemeinen Männer-Gesangvereins sind, laden wir zur Betheiligung an dem im Juli d. J. hier stattfindenden **10. Provinzial-Sängerfeste** ganz ergebenst ein. Hieran knüpft sich die Verpflichtung zur regelmäßigen Betheiligung an den Gesangübungen, welche allwöchentlich **Donnerstags,** Abends 8 Uhr **in der Loge** abgehalten werden. Meldungen erbitten wir am nächsten Donnerstage im Vereinslokale.

Der Vorstand des Allgem. Männergesangvereins.

Circus Salamoński.

Dienstag den 18. Februar 1873, **Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr,**

Große Vorstellung.

zweites Auftreten der beiden berühmten spanischen Turner

frères Segundos.

Auf vieles Verlangen:

Das Schulpferd Faust,

arabischer schwarzbrauner Hengst (von Herrn Lieutenant v. Neuhaus hierselbst gekauft) seit kurzer Zeit dressirt und vorgeführt von Herrn

Stallmeister **Hugo Blennow** von Posen.

Zum zweiten Male:
wird die Directorin Frau Lina Salamonski die 4 arabischen Hengste vorführen.

Herr Roewens als englischer Jockey,

Imitation des engl. Jockey von kl. Fredi.

Ein **Commis** sucht p. 1. April c. in ein Destillations-Geschäft Stellung. Gefällige Offerten erbitte poste restante *F. R.* Kempen Regierungsbez. Posen.

Verloren

wurde Freitag Abend von einem Offizierburschen auf dem Wege Wilhelmstraße, Wilhelmsplatz, Lindenstraße Friedrichsstraße eine **goldene Uhrkette,** mit Uhrschlüssel, Pettschaft, zwei Medaillons mit Portraits, und einer großen Koralle. Der ehrliche Finder wird ersucht, dieselbe Mühlenstraße 22 (Kratochwill Mühle), 1 Treppe, gegen Belohnung abzugeben.

Verein junger Kaufleute.

Dienstag, den 18. d. M., Abends 8 Uhr,

Vortrag des Herrn Dr. **Pauly:**

Ueber Nahrungs- und Genußmittel.

Eintrittskarten hierzu für Herren u. Damen verabfolgt unser Kassirer Herr W. Brandt, gegen Vorzeigung der Mitgliedkarte.

Der Vorstand

Vorlesung

zum Besten d. Diakonissen-Hauses.

Dienstag, den 18. Februar, Abends 6 Uhr.
in der Aula der Realschule.
Herr Hofprediger und Garnisonpfarrer **Frommel** aus Berlin:
„Elsässische Charakterköpfe."
Eintrittskarten in den Buchhandlungen der Herren **Heine** am Markt **Rehfeld** am Wilhelmsplatz und Abends am Eingang der Aula.
Nächsten Dienstag, den 25. Februar **keine** Vorlesung.

Anmeldungen zum **Abonnement** für Pflege **erkrankter Dienstboten** in der **Diakonissen-Anstalt** werden fortgehend angenommen Vorm. von 10 — 11 Uhr.
Schlecht Königstr. 15B

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter **Flora** mit dem Kaufmann Hrn. **Max Witkowski** aus Trzemeszno beehre ich mich Verwandten und Bekannten hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Posen, den 17. Febr. 1873.
Abraham S. Peisers Wwe.

Flora Peiser
Max Witkowski.
Verlobte.
Posen. Trzemeszno.

Rosalie Sandberg,
H. Michael Heimann
Verlobte.
Fraustadt. Glówno Mühle b. Posen.

Am 15. d. Mts. starb unsere liebe Schwester **Sophie** in Teplitz.
Fritz und **Emil Weicher.**

Tiefbetrübt widmen Freunden und Bekannten die traurige Anzeige von dem heut früh $4\frac{1}{4}$ Uhr erfolgten sanften Tod des Emeritus Prediger **Hunold,** Vater, Großvater und Urgroßvater in einem Alter von 89 Jahren 9 Monaten und 9 Tagen
Züllichau, 16. Februar 1873
Die Hinterbliebenen.

Statt besonderer Meldung.

Gestern Abend $6\frac{1}{4}$ Uhr wurde mir meine geliebte Frau in Folge eines Gehirnleidens durch den Tod entrissen.
Ludwigsberg b. Moschin 16. Febr. 1873
Krüger.

Stadt-Theater.

Montag den 17. Februar.
6. Gastspiel des Herrn Dr. **Hugo Müller. Die Bekenntnisse. Er kompromittirt seine Frau.**
Dienstag, den 17. Februar.
Vorletztes Gastspiel des Hrn. Dr. **Hugo Müller,** Regisseur vom Wallner-Lebrun-Theater zu Berlin. Auf Verlangen:

Maria und Magdalena.

Schauspiel in 5 Akten von P. Lindau.

Volksgarten-Theater.

Heute Montag: Extra-Vorstellung (**Ohne Tabaksrauch**).
Zum Benefiz für Herrn *F. W. Schulz.* Zum ersten Male:
„Treffkönig",
oder:
Der Dämon des Spieles.
Lebensbild mit Gesang in 2 Abtheilungen und 6 Bildern.
☞ **Nur die mit „Benefiz-Vorstellung" bezeichneten Tages-Billets haben Gültigkeit.**

Die **Wahrsagerin** wohnt jetzt noch kurze Zeit im Schwarzen Adler große Gerberstr. 8/9, v. 2 Tr., Zimmer Nr. 15.

Eine Sänger-Familie.
Vier Damen und ein Herr, höchst anständig, welche mit den neuesten Liedern und Couplets versehen, außerdem humoristische Scenen und Duette im Kostümen aufführen, sowie 2 der Damen Ballet tanzen, sucht im frequenten Lokal Platzment. Adr. nebst Bedingungen werden franko erb. Danzig, Heiligegeiststraße Nr. 58 bei **W. Schubert.**

Börsen-Telegramme.

Börse zu Posen
am 17 Februar 1873.

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 95 G., do. 4% neue do. 91¾ bz, do. Rentenbr. 93¾ G., do. Provinz.-Bankaktien 112 B., do 5proz. Provinz.-Obligat. 100½ bz, do. 5% Kreis-Obligat. 100½ bz. do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig. 100 G. do. 4½% Kreis-Oblig. 93 B, do. 4% Stadtobl II. Em 90½ G., do. 5% Stadt-Oblig. 100½ bz, preuß. 3½prozentg. Staatsschuldsch. 90¾ G., preuß. 4proz Staatsanl. 9?½ G., 4½-proz freiw do. 104 B, do. 3½proz Präm.-Anl. 126 B Nordd. Bundesanl. —, Märk.-Posener Eisenb.-Stamm Aktien 60¾ bz., russische Banknoten 82¾ bz, ausländische do. 99¾ G. Tellus-Aktien (Bninski Chlapowski, Plater & Co.) —, Ostdeutsche Bank 100¾ bz., Ostd. Produkt.-Bank 83½ G, Provz.-Wechs. u. Disk.-Bank 96¾ bz., Aktien Kwilecki, Potocki & Co —, poln. 4proz. Liquidationsbriefe 65¾ B.

Privat-Cours-Bericht.
Posen 17. Februar. **Tendenz:** Fest.

Deutsche Fonds

Posen. 3½proz. Pfandbr.	95	G
dito 4proz. Pfandbr.	91¼	bz
dito 4proz. Rentenbr.	93¾	bz
dito 5proz. Prov.-Obl.	100½	G
dito 5proz. Kreis-Obl.	100½	bz
dito 4½proz. Kreis-Obl.	91	B
dito 4proz. Stadtoblg.	88½	G
dito 5proz. Stadtobl.	100¾	bz
Nordd. Bundesanl.	—	—
Preuß. 4½proz. Konsols	—	—
dito 4proz. Anleihe	—	—
dito 3½proz. Staatssch.	93¾	G
Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S.	—	—

Ostd. Produktenbank	84	B
Pos. Pr. Wechsl. Disk. B	—	
Pos. Provinzial-Bank	112	B
Pos. Bau-Bank	—	
Schles. Bankverein	160½	B
Tellus-Aktien	112½	G
Preuß. Kredit	142¼	G
dito Bodenkredit	181	G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	—	—
Bergisch-Märkische	—	—
Berlin-Görlitzer St.-A.	—	—
Böhmische Westbahn	110¾	B
Brest-Grajewo	—	—
Crefeld, Kr. Kemp. 6pr.	—	—
Köln-Mindener	167½	B
Galizier (Carl-Ludwb.)	104¾	G
Halle-Sorau-Guben	66	G
dito Stammprior.	—	—
Hannover-Altenbecken	—	—
Kronprinz-Rudolphsb.	78½	G
Lüttich-Limburg	—	
Märkisch-Pos. St.-Akt.	60¾	bz G
dito Stamm-Prior.	84½	G
Magd.-Halberst. 3½pr. B.	—	—
Oestr.-Franz. Staatsb.	—	—
Oesterr. Südb. (Lomb.)	—	—
ultimo	118½	bz
Ostpreuß. Südbahn	—	—
Rechte Oderuferbahn	—	—
Reichenberg-Pardubitz	—	—
Rhein-Nahe	47½	G
Schweizer Union	28½	B
dito Westbahn	55½	B
Stargard-Posen	100½	G
Rumänische	46	bz G
Berlin-Dresden Stamm	—	

Ausländische Fonds.

Amer. 6proz 1882 Bonds	—	—
dito dito 1885 Bonds	—	—
Oesterr. Papier-Rente	64½	G
dito Silberrente	68	bz G
dito Loose von 1860	97½	G
Italienische Rente	65½	B
Russisch-engl. 1870er Anl.	—	
dito dito 1871er Anl.	—	—
Russ. Bodenkredit-Pfbr.	91½	B
Poln. Liquid.-Pfandbr.	—	—
Türk. 1865 5proz. Anl.	52½	G
dito 1869 6proz. Anl.	64½	B
Türkische Loose	175½	G
Russische Noten	82¾	B
Oesterreichische Noten	92¾	B

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein	156½	G
dito Bank	—	—
dito Produkten-Handbk.	—	—
dito Wechsler-Bank	62	G
Breslauer Diskontobank	122½	G
Berliner Disk.-Kommd.	—	—
Central-Genoss.-Bank	—	—
Deutsch. Hyp.-Bk. Berlin	—	—
Centralb. f. Ind. u. Hand	110	G
Kwilecki, Bank f. Ldw.	96	B
Meininger Kreditbank	—	—
Oesterr. Kredit	207½	bz
Ostdeutsche Bank	100¾	bz

Industrie-Aktien.

Marienhütte	—	—
Redenhütte	—	—
Berl. Holzkomptoir	107½	B
Berl. Viehhof	—	
Hoffmann Waggonfabr.	—	—
Lauchhammer	115½	G
Pos. Bierbrauerei	100	G
Laurahütte	—	—

Oberschl. Walzwerke 103 bz. G. Südende 111 bz.

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 52½. pr Februar 52½, Febr.-März 52½, März-April —, Frühjahr 53, April-Mai 53 Mai-Juni 53½.

Spiritus [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt. Tralles). Gekündigt 15,000 Liter. Kündigungspreis 17½. pr. Februar 17½. März 17$\frac{7}{12}$. April 17⅝, Mai 18⅞ Juni 18⅛, Juli —.

[Privatbericht.] **Wetter:** trübe **Roggen** (pr. 1000 Kilogr.) geschäftslos. Kündigungspreis 52½. pr. Febr. 52½ nom., Febr.-März do, Frühjahr 53 G., April-Mai do, Mai Juni do.

Spiritus (pr. 10,000 Liter pCt.) unverändert Kündigungspreis 17½ Gekündigt 20 000 Liter. per Febr. 17½ bz. u. G., März 17$\frac{7}{12}$ bz. u. B., April 17$\frac{7}{12}$ bz. u. G., April-Mai 17⅞ bz u. B., Mai 17⅞ bz. u. G., Juni 18¼ bz u G., Juli 18$\frac{7}{12}$.

Posener Marktbericht vom 17. Februar 1873.

			Preis. Höchster Th.	Sgr	Pf	Mittlerer Th.	Sgr	Pf	Niedrigster Th.	Sgr	Pf
Weizen fein	per 42	Kilogr.	3	15	—	3	10	—	3	7	6
„ mittel	„	„	3	4	—	3	2	6	3	—	—
„ ordinär	„	„	2	28	9	2	27	6	2	25	—
Roggen, fein	40	„	2	6	—	2	5	—	2	4	—
„ mittel	„	„	2	3	9	2	3	6	2	2	6
„ ordinär	„	„	2	1	3	2	1	—	2	—	—
Große Gerste	37	„	1	26	3	1	22	6	1	20	—
Kleine „	„	„	1	25	—	1	21	3	1	20	—
Hafer	25	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kocherbsen	45	„	2	5	—	2	4	—	2	3	—
Futtererbsen	„	„	1	27	6	1	26	3	1	25	—
Winter-Rübsen	37	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommer-Rübsen	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	35	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	50	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wicken	45	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lupinen, gelbe	45	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ blaue	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rother Klee	50	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißer	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Posener Privat-Marktbericht vom 17. Februar 1873.

Weizen: matt.	p. 1050 Kil.	feiner	88—93 Thlr.
		mittel	80—83 „
		ordinär und defekt	70—75 „
Roggen: unverändert.	p. 1000	feiner	56—57 „
		mittel	54—55 „
		ordinär	50 52 „
Gerste: ohne Umsatz.	p. 925	feine	45—46 „
		mittel und ordinär	42—44 „
Leinsaamen: preishaltend.	p. 925		3$\frac{1}{12}$—3¼ „
Hafer: dringend offerirt.	p. 625	feiner	26—27 „
		mittel und defekt	24—25 „
Erbsen: matter.	p. 1125	Koch-	53—54 „
		Futter-	47—49 „
Oelsaaten:	p. 1000	Raps	
		Rübsen	
Wicken: gefragt.	p. 1125		42—45 „
Klee: beachtet.	p. 50	roth	13—15 „
		weiß	15—20 „
Buchweizen: niedriger.	p. 875		45—48 „
Lupinen:		gelbe	
		blaue	

Feinste Waare über Notiz.

Breslau, 15. Februar. Die gestrigen ungünstigen Berliner Notirungen verstimmten die heutige Börse. Zu den herabgesetzten Kursen entwickelte sich jedoch im Laufe der Börse Kauflust. Die Umsätze waren wenig bedeutend Gegen Ende der Börse befestigten sich die Kurse einzelner Spekulations-Effekten. Kredit 205¾ a 206 bez. u. Gd. — man wollte wissen, das die Super-Dividende derselben 22 Fl. betragen würde. Lombarden 117⅞ a ½ bez. u. Gd. Franzosen trotz der bekannt gewordenen Mindereinnahme von 100,000 Fl. 201¾ Gd. Banken wenig geändert. Maklerbank ziemlich lebhaft. Anfangs 146 Etwas bez., schließen 147 bez. Wechslerbank 130 Gd. Eisenbahnen still. Industrie-Effekten lebhaft Eisenbahnbed. Anfangs stark weichend bis 164½ gehandelt, schlossen 166 Laurahütte 255 Etwas a 256½ bez. u. Gd. Baubank 111 bez. u. Gd. Fonds sehr fest. Geld flüssig. Nachbörse unverändert Berliner und Wiener Kurse bekannt. Laura, Prämie soll die Notiz vom 13. Februar 265—4 statt 2?4—3 wie irrthümlich notirt ist, lauten. Schles. Bod.-Kred.-Pfandb. 96½ Br. Schles. Bod.-Krd.-Aktien-Bank 106½ Br.

Berlin, 15. Febr. [Wöchentlicher Börsenbericht.]. Außerhalb der Börse hatte sich in dieser Woche Manches ereignet, was stark auf den Geschäftsverkehr hätte einwirken können; doch ist die Börse auf ein Terrain zurückgegangen, wo sie schwer von derartigen Vorkommnissen beeinflußt werden kann. Seitdem der Welt und Markt beherrschende Einfluß von Paris gebrochen ist, verlieren die Börsen gewissermaßen ihre internationale Zusammengehörigkeit und wenden sich mehr dem Handel mit solchen Werthen zu die nur ein lokalisirtes Interesse bieten nämlich den Industriepapieren von denen wiederum Bergwerks und Hüttenaktien am meisten beliebt waren Die sonst in dieser Woche vorgekommenen Ereignisse waren ganz besonderer Art; die Abdankung des Königs Amadeo II. hat sich nicht von großer Tragweite erwiesen; nur auf die Pariser Börse rief sie einigen Eindruck hervor Derselbe konnte aber keineswegs seinen Reflex auch auf die anderen Börsen des Kontinents werfen, da Paris überhaupt eine zu isolirte Stellung unter den Börsen augenblicklich einnimmt Eine ganz unwesentliche Bewegung zeigte sich in Folge der Proklamation der spanischen Republik in Wien, woselbst der Kurs der Anglobank stark in Baisse ging, da die Bank mit einigen Pariser Häusern bei der neuesten spanischen Anleihe betheiligt ist und man nun den dem Institut daraus erwachsenden Gewinn gefährdet glaubt. Eine zweite Angelegenheit berührte unsere Börse schon mehr und dies war die Rede des Abgeordneten Lasker. Der erste Schreck ging so weit, daß man selbst die Aktien der Bank, deren Leiter angegriffen waren, mit einer starken Kursherabsetzung bedachte. Aber schon der nächste Tag zeigte, daß man von dem ersten Eindruck sich bald wieder erholte. Man erkannte den Muth und die Geschicklichkeit des Redners an aber man fand auch in seiner Auffassung und in den Thatsachen so viele Irrthümer und hoffe, die zu erwartende Untersuchung werde noch mehr der letzteren herausstellen. Wir wünschen gewiß eine strenge Strafe dem etwa Schuldigen, können aber darin, daß ein Geheimer Rath eine Bahnkonzession erwirbt und dieselbe dann gegen 40,000 Thlr. Abstandsgeld an eine Gesellschaft abtritt, durchaus nicht ein solches Crimen entdecken, daß deswegen ein solcher Staub aufgewirbelt werden mußte Der Abg. Lasker verwahrt sich dagegen, daß er keineswegs auf das gesammte Preußische Beamtenthum den Stein wälzen wollte und betont ausdrücklich, daß der Fall ganz vereinzelt stehe; um so weniger wäre es nöthig gewesen, solch einen Lärm zu schlagen, der selbst die Krone veranlaßte, mit voller Strenge die Untersuchung zu veranlassen.

Die Börse aber wand denn den gehabten Schrecken auch sehr bald und behauptete sich in leidlich fester Stimmung, doch blieb der Verkehr wiederum in engsten Grenzen und nur die Montanwerthe bewahrten ungeschwächt ihre Anziehungskraft, sie gingen zu steigenden Kursen in recht bedeutenden Beträgen um. Die Spekulationswerthe fanden wenig Beachtung waren heute z. B. aber recht fest, und selbst Franzosen behaupteten sich gut, obgleich ihre jüngste Wocheneinnahme wieder ein kleines Minus von 100,000 Fl. zeigte. Lombarden blieben ruhig und ziemlich im gleichen Kursniveau. Oesterreich. Kreditaktien jedoch verkehrten etwas bewegter. Diese waren von Wien aus steigend und nahmen auch hier einen Anlauf. Man sprach von einem Hausse-Konsortium das sich für dies Effekt gebildet haben soll in Wahrheit lag aber nur das neu aufgewärmte Geschäft die Ungarische Eisenbahnen betreffend vor. In Oesterr. Renten ging viel um, doch ließ die Nachfrage in den letzten Tagen nach. Während der Verkehr an Lebendigkeit verlor, griff auch eine mehr gedrückte Haltung Platz. Amerikaner und Türken matt, franz. Rente sehr still. Von Russ. Werthen zeichneten sich Anleihen, besonders 1871 und 1872er durch sehr bedeutendes Geschäft aus, auch Prämien-Anleihen und Bodenkredit nicht unbelebt. Preuß. und deutsche Fonds blieben fest aber still. Auch in Bahnen ließ der Verkehr nach und reducirte sich in den letzten Tagen auch ein Minimum, nur einige leichte Bahnaktien waren mehr favorisirt. Bankaktien bei ziemlich ruhigem Geschäft meist fest, etwaige Kursrückgänge fanden nur in kleinsten Dimensionen statt, und trafen fast nur die schweren Papiere dieser Art.

Produkten-Börse.

Magdeburg, 13 Februar Weizen 76—80 Rt., Roggen 55—60 Rt., Gerste 56—76 Rt., Hafer 45—50 Rt. für 2000 Pfd. (B. u. Hdls.-B.)

Königsberg, 14. Februar. (Amtlicher Produktenbericht. In Quantitäten pro Tonne von 2000 Pfd. Zollgewicht.) — Weizen loko unveränd., hochbunter 83—88 Rt. B., bunter 75—83 Rt. B., rother 75—82 Rt. B. — Roggen still, loko inländischer 47—52 Rt. B., loko russischer 45—50 B., pro Frühjahr 50 B., 49½ G., Mai Juni 50 B., 49½ G. — Gerste loko große 42—50 Rt. B., kleine 42 49 B. — Hafer loko 33—40 Rt. B., pr. Frühjahr 40½ B., 39½ G. — Erbsen loko weiße 43—46 Rt B., graue 42—60 B., grüne 42—48 B. — Bohnen loko 40 46 Rt B. — Wicken loko 30—40 Rt. B. — Leinsaat loko feine 78—90 Rt. B., mittel 65—78 Rt B., ordinäre 45—65 Rt. B. — Rübsaat loko pro 200 Pfd. 90—100 Rt. B. — Kleesaat, loko rothe pro 200 Pfd. — Rt. B weiße flau — B. — Thymotheum loko pro 200 Pfd 18—22 Rt. B — Rüböl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 11½ Rt. B. — Leinöl loko pro 100 Pfd ohne Faß 12½ Rt. B. — Rübkuchen pro 100 Pfd. 2½—2⅝ Rt. B. — Leinkuchen pro 100 Pfd. 2½—2⅝ Rt. B.

Spiritus-Bericht. Spiritus loko ohne Faß per 100 Litres pro 100 pCt. Tralles und in Posten von mindestens 5000 Litres loko ohne Faß 18½ Rt. B, 18$\frac{5}{12}$ G. (K. H. Z.)

Breslau. [Amtlicher Produkten-Preisbericht vom 15 Februar.]

Kleesaat, rothe, fest ordinär 11½—12½ mittle 12½—13½, fein 14½—15½, hochfein 15¾—17½ Rt. — Kleesaat, weiße, unverändert, ordinär 11—13 mittel 14 15½ fein 17—19½, hochfein 20—21½ Rt. — Roggen (p. 1000 Kilo) still pr Febr. 56 B., April-Mai 56 B., 55¾ bz. u. G., Mai-Juni 56 B., Juni-Juli 56 B, Sept.-Okt. 52½ B., 52 G. — Weizen per 1000 Kilo per Febr. 85 B — Gerste per 1000 Kilo per Febr. 52 G. — Hafer per 1000 Kilo per Febr. 42 G. April-Mai 43¾ B. u. G. — Raps per 1000 Kilo per Febr. 100 G. — Rüböl etwas matter, per 100 Kilogr. loko 21¾ B., pr. Febr 21—½ B., neue Usance 22 B, Febr.-März 21—½ B., neue Usance 22 B, April-Mai 21$\frac{5}{12}$—⅜ bz., neue Usance 22½ B., Mai-Juni 22¼ B., Sept.-Okt. 23¼ B. — Spiritus wenig verändert pr 100 Liter loko 17⅞ ½ G., per Febr. 17⅞ G., April-Mai 18$\frac{1}{12}$—⅛ bz., G. u B. — Zink ohne Umsatz.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 15 Februar. (Landmarkt.)

In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deput.	feine Th.	Sgr	Pf	mittle Th.	Sgr	Pf	ord. Waare Th.	Sgr	Pf
Weizen w.	8	24	—	8	2	—	6	20	—
do. g.	8	8	—	7	24	—	6	18	—
Roggen	6	—	—	5	24	—	5	11	—
Gerste	5	12	—	5	6		4	24	—
Hafer neu	4	10	—	4	4	—	4	2	—
Erbsen	5	10	—	4	25	—	4	15	—

Per 100 Kilogramm feine mittle ord. Waare.

Festsetzg. der Handelsk.-Kommission	feine Th.	Sgr	Pf	mittle Th.	Sgr	Pf	ord. Waare Th.	Sgr	Pf
Raps . . .	9	27	6	9	12	6	8	27	6
Winterrübsen	9	5	—	8	20	—	7	27	6
Sommerrübsen	9	5		8	7	6	7	7	6
Dotter . .	8	15		7	25	—	7	—	—
Schlaglein . .	9	—	—	8	15	—	7	15	—

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 15. Febr. Wetter: Thau-. Morgens 3° —, Mittags 1° +. — Weizen: 125 128pfd. 78—83 Thlr. 129—131pfd. 84—85 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — Roggen 120 122pfd. 52—53 Thlr pr 1000 Kilogramm. — Erbsen nach Qual. 42 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr. — Spiritus 17¼ Thlr pr. 100 Liter à 100%. (Bromb. Ztg.)

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. Februar 1873 12 Uhr Mittags 0,80 Meter.
16 „ „ „ „ 0,82 „

Preis-Courant
pro 100 Pfund
der Mühlen-Administration zu Bromberg
vom 15. Februar 1873.

Benennung der Fabrikate.	Unversteuert. Th.	Sgr	Versteuert. Th.	Sgr	Benennung der Fabrikate.	Unversteuert. Th.	Sgr	Versteuert. Th.	Sgr
Weizen-Mehl Nr. 1.	6	10	7	1	Futter-Mehl . .	2	—	2	—
„ „ „ 2.	5	26	6	27	Kleie . . .	1	24	1	24
„ „ „ 3.	3	20	—	—	Graupe Nr. 1. .	8	10	8	23
Futter-Mehl . .	2		2		„ „ 3. .	6	16	6	29
Kleie . . .	1	12	1	12	„ „ 5. .	4	22	5	5
Roggen-Mehl Nr. 1	4	10	4	17	Grütze Nr. 1. .	5	4	5	17
„ „ „ 2.	3	26	4	3	„ „ 2. .	4	20	5	8
„ „ „ 3.	2	8	—	—	Koch-Mehl . .	2	26	—	—
Gemengt-Mehl (hsb.)	3	22	3	29	Futter-Mehl . .	1	22	1	22
Schrot . . .	3	—	3	5					

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.